

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne  
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 6. Mai 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 6121.

### Anßerordentlicher Kongreß der Socialdemokratie Belgiens.

Brüssel, den 4. Mai.

Der Kongreß wurde Sonntag früh 10 Uhr im Maison du Peuple zu Brüssel eröffnet. Die Genossen Maes und Demblon präsidierten. Mehr denn 700 Delegierte sind erschienen.

**Tagesordnung:** 1. Die politische Situation. (Bericht des Parteivorstandes.) 2. Die Wahlen am 25. Mai.

Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wird die Absendung von Kondolenztelegrammen an die Familien der gefallenen Märtyrer und ein Telegramm des Dankes an die deutsche Socialdemokratie für die Unterstützung beschlossen. Vandervelde zeigt den Empfang von weiteren 5000 Mk. als Unterstützung der deutschen Genossen an. (Ausklangender Beifall.)

Nach langer Debatte wird mit knapper Majorität die Öffentlichkeit des Kongresses beschlossen. Es wird zum ersten Punkt der Tagesordnung geschritten.

**Barby:** Schwere Vorwürfe sind im Laufe der letzten Tage gegen den Parteivorstand erhoben worden. In der Kammer kam uns, als wir den Antrag, die Verfassungsrevision vorzunehmen, stellen wollten, die Regierung mit einem Antrag, die Revision am 16. April vorzunehmen, zuvor, und wir stimmten diesem ganz un erwartet kommenden Regierungsantrag zu. Dann kam allerdings der Pferdefuß etwas deutlich zum Vorschein, da durch die Annahme auch die Votierung der Kredite erst vorher vorgenommen werden mußte. Wir fühlten, daß hier etwas „schief“ war. Was weiter folgte, ist bekannt. — Nun zum Streik oder dessen Beendigung. Wir wußten, nach Ablehnung der Revision war der Streik ein Sprung ins Leere. Wir sagten uns, wenn der Streik fortgesetzt wird, hat der König einen Vorwand, uns nicht entgegen zu kommen. Wir wollten dem König alle Verantwortung zuschieben.

**Vandervelde:** Mein Vordredner sagte, Fehler sind gemacht worden. Jedemal, wenn eine Niederlage zu verzeichnen ist, sieht jeder Fehler. Wenn ein Sieg davon getragen wird, ist die Taktik bewundernswert. Wie konnte man die Votierung der Kredite verhindern? Wir befanden uns vor der Abstimmung der 7/12-Kredite, welche die Anwendung der Obstruktion nicht gut erlaubten. Mit dem Heer von Gendarmen und Polizei konnten wir es eben nicht aufnehmen. Wer ist unter uns, der sich mit der Verantwortlichkeit belasten will, unsre Kämpfer vor die Gewehrläufe zu führen? — Die Partei sah die Gefährlichkeit der Situation und trat in den Generalstreik ein. Die Liberalen waren manchmal windige Ullierer. Klein wir haben auch den Chef der Liberalen selbst uns zuzurufen: Arbeiter haltet aus mit gekreuzten Armen! Woeste erklärte selbst, daß die Majoritätspartei auf keinen Fall nachgeben würde, weil das Selbstmord bedeute. Die Liberalen hätten lieber Verge von Leichen ausfrümen lassen, ehe sie nachgegeben hätten. Die Ereignisse lehrten uns, daß die Feinde zu allem entschlossen waren, nur nicht zu einem Entgegenkommen. — Die Revision war verworfen. Niemand unter Ihnen wird behaupten wollen, daß nach dem der „Moniteur“ am Sonntag unsre Hoffnung auf Intervention des Königs nicht befähigte, der Streik noch etwas an der Situation hätte ändern können. Was soll man zu den Lügen der liberalen Presse sagen, daß beispielsweise die Loge der Freimaurer die Beendigung des Generalstreiks beschloßen und daß Färemont, Janson (Liberal) und ich dabei in der Loge mitgewirkt hätten. Färemont hat diese thörichte Lüge schon dementiert; ich thue das jetzt. Ich erkläre, daß ich seit den Wochen der Bewegung die Freimaurerloge nicht betreten habe. Ich und andre Genossen sind in die Loge eingetreten, um dort für unsre Ideen Propaganda zu machen, um dort neue Kämpfer zu werben. Die Loge und die Liberalen haben keinen Einfluß auf die Beendigung des Streiks gehabt. — Der Streik kam unerwartet. Hätte er länger gedauert, würde die Phalanx unserer Streiter Läden erhalten haben. Zwei Wege gab es. Den Kampf bis zum äußersten fortsetzen, was die große Masse der Arbeiter mit stürmischer Begeisterung verlangte, oder Beendigung des Kampfes bezw. des Streiks. Die Mitglieder des Parteivorstandes wußten wohl, der Beschluß auf Beendigung könnte ihrer Popularität schaden. Aber sie zogen es vor, lieber unpopulär zu werden, als die Interessen des Proletariats aufs Spiel zu setzen.

Wir werden den Kampf schon in einigen Wochen weiterführen. Aus der heutigen Versammlung wird eine Einigkeit größer denn je hervorgehen.

**Collean-Luzemburg:** Ich hätte gegen die Beendigung des Streiks gestimmt, oder mich enthalten. Aber wenn der Parteivorstand also beschloßen hat, so ließ er sich von den Gedanken leiten, der Regierung die Gelegenheit zu nehmen, unsre besten Kämpfer zu fälligen. Eins ist klar. Von heute an ist eine Revolution in Belgien unumgänglich, aber ebenso unumgänglich sind alle Kompromisse mit bürgerlichen Parteien geworden. Die Liberalen haben uns immer verraten und wir müssen demzufolge mit einer reinen socialistischen Klassenpolitik den Anfang machen. Eine Taktik gegen alle bürgerliche Parteien wird nur alle unsre Kämpfer zu der größeren Begeisterung und Anstrengung anspornen.

**Delegierter von Herfial:** Die widersprechende Stellungnahme des Parteivorstandes vom Freitag zum Sonntag, den 20. April, hat eine Bestärkung ohne gleichen in unsren Kreisen hervorgemittelt. Wenn nun auch die zur Erklärung der gefassten Beschlüsse vorgeführten Gründe gewichtig sein mögen, so können sie diese dennoch

nicht rechtfertigen. Sie können die klaffenden Widersprüche zwischen Thaten und Versprechungen wie die sich widersprechenden Aktionen selbst nicht erklären.

Das Argument, daß Liberale, Industrielle, dann, wenn der Streik beendigt sei, zu unsren Gunsten beim König intervenieren würden, ist nicht ausreichend. Auch die ausgedrückten Hoffnungen auf den König sind zur Erklärung nicht ausreichend. Wie oft hat man mit Worten gespielt wie: „Wir gehen bis ans Ende; oder wir steigen in die Strahl.“ Wie oft haben uns unsre Abgeordneten gefragt: „Seid Ihr bereit, oder können wir auf Euch zählen?“ Als wir bereit waren, als wir das Signal erwarteten, blieb dieses aus; an dessen Stelle hielt man uns Predigten, wie: „Nüchtern ausstehen, Kampf nicht nötig“ usw. Auch die Abgeordneten kamen ihrem oft gegebenen Versprechen, als die ersten den Kampf in der Kammer zu beginnen, nicht nach. Sie hielten das alles nicht mehr für nötig.

Die Niederlage ist trotzdem nicht zu groß, wenn wir die Lehren aus diesem Kampfe ziehen. Versallen wir nicht mehr, wie es schon heute wieder den Anschein hat, in den alten Fehler!

**Lecku,** Mitglied des Parteivorstandes: Bei den ganzen Rednern habe ich eine Oberflächlichkeit gefunden. Keiner hat die Frage gründlich erörtert.

Die meiste Verblüffung haben die beiden sich widersprechenden Beschlüsse vom Freitag, den 18. und Sonntag, den 20. April hervorgerufen. Wir haben leider Genossen, in deren Kopf der Gedanke einer Niederlage nicht hinein wollte. Sie konnten nicht begreifen, daß wir am 18. April, als die Revision abgelehnt war, wir wirklich verloren hatten. Als ihre Hoffnungen an diesem Freitagnachmittag zu nichte waren wollten sie immer noch glauben, daß 300 000 Mann den Sieg nicht mehr herbeiführen konnten. Man schielte dann nach den Liberalen und den König. Auch diese blieben hart. Die optimistischen Genossen wurden durch die nackten Thatsachen endlich gezwungen, sich vom Freitag bis zum Sonntag mit der Niederlage vertraut zu machen — das sind die Ursachen dieser leider so viel diskutierten Beschlüsse. — Wir sind nicht bis ans Ende gegangen; nicht aus Furcht, sondern im Parteinteresse. Zu spät haben wir gemerkt, daß der Widerstand weniger bei der Regierung als bei dem König zu suchen war. Wir haben hieraus die Lehren gezogen und werden uns von neuem mehr mit der republikanischen Propaganda zu beschäftigen haben.

**Destree,** Abgeordneter von Charleroi: Freitag, den 18. April, erhielten wir gleichzeitig die Nachricht von der Ablehnung der Revision und die Fortführung des Streiks bis ans Ende. Die Fortsetzung des Kampfes rief großen Jubel hervor. Raum waren indes die nötigen Vorbereitungen für einen langen Kampf getroffen, da traf wie ein Blitz aus heiterem Himmel die Order ein, den Streik zu beendigen. Im ersten Augenblick wollte dies niemand glauben. Als die Nachricht sich bestätigte, legten die besten Kämpfer heftige Proteste ein. Die Ruhe trat erst ein, als von Brüssel einige Genossen erschienen und uns die Gründe ihres Schrittes auseinandersetzten. Der Delegierte von Charleroi im Parteivorstand hatte den Auftrag, Sonntag, den 20. April, für Fortsetzung des Streiks zu stimmen. Er hat seinen Auftrag nicht erfüllt und ist auch von seinen Mandanten desavouiert worden. Auf jeden Fall waren wir bereit, den Kampf bis ans Ende zu führen. Aber das Unglück war, daß über das „jusqu'au bout“ (bis ans Ende) die Meinungen sehr geteilt waren. Wir verstanden darunter, nicht eher aufzuhören, mit allen Mitteln bis zum endlichen Siege zu kämpfen. Die andern verstanden darunter, so lange die Alliierten mit uns gingen. Wer hätte von uns geglaubt, daß der Kampf beendet werde, noch ehe er begonnen? Daß der Kampf aussichtslos gewesen wäre, kann niemand beweisen. Wohe Vermutungen ersetzen nicht Gründe. Die Verhältnisse waren so, daß wir den Kampf getrost und mit guten Aussichten hätten ausführen können. (Widerpruch.) Hätten Sie Angst bekommen vor den Gewehren der Civilgarde? (Rufe: Nein, nein.) Fühlten Sie sich nicht stark genug, die ganze Lande zum Teufel zu jagen? (Ja, ja. Ausklangender Beifall.) Ja, wir haben zu viel in Phrasenrevolution, zu wenig in wirklichen Thaten machen sehen. Wir werden deshalb künftig Vorsicht üben müssen vor den revolutionären Phrasendreschern, Vorsicht vor denen, die revolutionäre Phrasen gar kein drechseln, aber im Momente der Erfüllung der Worte ausreihen. (Minutenlanger Beifall.)

Ich mißbillige den Beschluß (Beendigung des Streiks) des Parteivorstandes. Er hatte nicht das Recht, das zu beschließen, ohne die Gruppen zu konsultieren. Die Arbeiterklasse hat gezeigt, daß sie der ganzen Aufgabe besser gewachsen und instinktiv die Sachlage besser beurteilt hat, als unsre ganzen Parlamentarier. Die Arbeiterklasse ist mündig geworden, sie verlangt überall gefragt zu werden. Ja, sie lehnt selbst das Gute ab, das man ihr, ohne sie zu fragen, geben will. Wir verlangen, um solche Vorfälle künftig zu verhindern, eine Reorganisation des Parteivorstandes. Wir wollen ihn zusammengelegt wissen aus selbständigen unabhängigen Genossen, Mitgliedern der Syndikate, aus Arbeitern. Wir wollen, daß die Arbeiter, die die Beschlüsse ausführen und die Folgen tragen müssen, auch diese selbst fassen.

Eins steht fest: die Kompromisse sind für immer vorbei. Die Liberalen liegen uns schon im Stiche, als wir mit Obstruktion drohten und sie fragen uns heute spöttisch: Warum habt ihr keine Obstruktion gemacht? Als der Chinafeldzug begann, haben die Liberalen Bürgermeister der vier größten belgischen Städte

sich bemüht, Soldaten auf die chinesische Schlachtbank zu schicken. Und bei der Wahlrechtsbewegung haben diese liberalen Bürgermeister, unsre alliierten „Freunde“, keine Hand zu unsren Gunsten gerührt. Ja, im Gegenteil, ihre Reute von Politzisten haben sie gegen uns losgelassen. Wir Revolutionäre werden, allein auf unsre eigene Kraft vertrauend, den Sieg erlangen. (Zosender Beifall.)

**Dubin** (Abg.) protestiert gegen die Rede Destrees. (Stürmische Unterbrechungen.)

**Verdure** (Delegierter der Borinage) greift den Parteivorstand heftig an. (Zumult. Abg. Delporte und Warly: Sie lügen, lügen.)

**Vandervelde** springt auf die Bühne und will sprechen. Die ganze Masse ruft: „Schweigen Sie — — —“. Sobald Vandervelde zum Sprechen anhebt, beginnt der Chorus: „Schweigen, Schweigen.“ (Abg. Tertwegne wechselt heftig Worte mit seiner Nachbarn.)

**Verdure** setzt seine gegen den Parteivorstand gerichtete Verlesung fort. Er läßt die Begebenheiten in kritischer Form Revue passieren.

**Ausele:** Ich bin gegen die eingelassenen Resolutionen, wie gegen jede, die nicht ohne Umschweife die Stellungnahme des Parteivorstandes guthießt. Die Stellungnahme der Liberalen und des Königs hatte auf unsren Beschluß nur einen sekundären Einfluß. Die Interessen des Proletariats vor allem diktierten unsre Beschlüsse. Sie sprechen, wir sind geschlagen, wir haben die Schlacht verloren. Ich bin nicht dieser Ansicht. Ich fühle mich nicht geschlagen. Wir haben nur einmal den Kampf für einen Augenblick eingestellt. Das ist alles. Morgen wird es weiter gehen. Unsre Feinde waren auf alles gefaßt, bewaffnet bis an die Zähne und entschlossen, den Kampf auf Leben und Tod zu führen. Sie wußten, um was es sich für sie handelte. Und es ist klar, daß ein solcher bewaffneter Feind nicht auf den ersten Anlauf geschlagen werden kann. Das wird erst nach zwei, drei oder mehr Schlachten möglich sein. Ich habe während meiner politischen Thätigkeit alle bürgerlichen Parteien bekämpft und bin dann doch mit ihnen wieder zu weilen zusammen gegangen. Wer wagt daraus abzuleiten: ich sei kein guter Socialist? Auch kann ein taktisches Vorgehen wie das bei dem Revisionskampf in Zukunft abermals notwendig werden.

Was hat der Kampf gelehrt?

Er lehrt uns, daß die liberale Regierung sehr gut weiß, daß das allgemeine Wahlrecht ihr den Garau macht; daß sie sich mit aller Macht gegen dessen Einführung sträuben muß. Der kompakten liberalen Masse müssen wir unsere Einigkeit, unsere gemeinsame Energie und Solidarität entgegensetzen, dann werden die Passen niemals wieder als Majorität in die Kammer eingehen. Immer vorwärts, gemeinsam vorwärts für das allgemeine Wahlrecht. (Stürmischer sich wiederholender Beifall.)

Der Kongreß stimmt die Internationale an.

Es kommt zur Abstimmung. Die Resolution, die die Beschlüsse des Parteivorstandes ohne Umschweife guthießt, wird gegen eine starke Minorität angenommen.

Der Kongreß wurde 6 Uhr geschlossen. —

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Mai.

#### Die Zuckerfrage im Reichstag.

Das Haus stand am Montag so unter dem unmittelbaren Eindruck der Nachricht von dem Eisenbahnunglück bei Delitzsch, das einem Mitglied des Hauses das Leben gekostet hat, daß die dritte Lesung der Diätenvorlage für die Zolltarif-Kommission fast unbemerkt vorüberging. Von keiner Seite wurde mehr ein Wort darüber verloren. Die Linke beschränkte sich darauf, durch die Abstimmung gegen den Entwurf zu protestieren.

Schneller auch, als sich voraussehen ließ, wurde die akademische Erörterung über den Toleranzantrag des Centrums zu Ende geführt. Unsere Fraktion hatte ihrem Antrag auf Fortfall des Religionsunterrichtes in allen öffentlichen, der allgemeinen Erziehung dienenden Schulen eine genauere Form gegeben. Den principiellen Gedanken dieses Antrages vertrat heute Bebel gegen die Angriffe des nationalliberalen Dr. Sieber, und Kunert schloß sich ihm an, um seinen Streit mit dem polnischen Abg. Fürst Radzwill auszufechten. Aber auch gegen die ausdringliche Rentorschaft des Herrn Richter mußte sich Bebel wenden. In seiner Liebedienerei gegen das Centrum bemerkte es der freisinnige Führer höchst unangenehm, daß unsre Redner sprachen und Anträge begründeten. Bebel wies ihn energisch in seine Schranken zurück. Bei einem weiteren Paragraphen des Toleranzantrages hatte dann Stadthagen noch einen kleinen Konflikt mit Herrn Dr. Sieber, bei dem er die Lächer auf seiner Seite hatte. In seinem Kerger zog sich Herr Dr. Sieber einen Ordnungsruf zu.

Die Hauptaufmerksamkeit des Hauses aber galt dem Gegenstand der Tagesordnung, wo die materiellen Interessen am stärksten in Bewegung gesetzt werden: der Zuckerfrage. Die Angelegenheit schien dem Reichskanzler so wichtig, daß er sich an der Spitze der beteiligten Ressortminister im Hause einfand und die Vorlage in einer langen Rede begründete. Neue Gründe für die Notwendigkeit, sich der Brüsseler Konvention anzuschließen, hatte Graf Bülow nicht anzuführen. In der Hauptsache waren seine Worte darauf berechnet, die Rechte durch aller-



hand Lebenswürdigkeiten gefügiger zu machen und die Verschleppungsversuche zu verhindern, die sie offenbar im Plane hatte. Die Erfolglosigkeit dieser Methode bei der Stanabvorlage hat den Reichskanzler offenbar nicht eines Besseren belehrt. Auch heute versagte sie gänzlich. Die Rechte besteht auf ihrem Schein, sie dringt auf eine Durchberatung in einer Kommission und es scheint so, als ob das Centrum den Zukeragrariern diesen Gefallen thun will. Der Freisinnige Wiemer und der Redner unserer Fraktion Genosse Wurm deckte das Manöver der Zukerinteressenten auf. Eine Kommissionsberatung kann an den Dingen nichts ändern. Deutschland steht vor einem Entweder — Oder. Entweder tritt es der Konvention bei, dann bricht der mächtige Zukerring, der jetzt alle Mienen springen läßt, in sich zusammen, oder es schließt sich aus, dann verliert Deutschland den englischen Zukermarkt und gerät in wirtschaftlichen Kampf mit den wichtigsten Kulturländern. In seiner ausgezeichneten Rede wies Wurm darauf hin, wie die Prämienvirtschaft für die Massenregierungen der einzelnen Länder zu einer Schraube ohne Ende geworden ist. Die unheilvollen Wirkungen des Zukerringes deckte er schamlos auf und vergah nicht, an die Ausbeuter zu erinnern, denen die Arbeiter in der Zukerindustrie ebenso wie die kleinen Rübenbauer ausgezehrt sind.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für Dienstag kam es noch zu einem heftigen Zusammenstoß der Linken mit der Mehrheit. Wurm hatte mit Recht in seiner Rede darauf hingewiesen, daß man den Verschleppungsgeleiten der Rechte am besten dadurch begegnen könne, daß man den Schnapsinteressenten die Brauntweinsteuer-Vorlage so lange vorenthält, bis die Zukersteuer-Vorlage erledigt ist. Hiergegen aber wehrte sich die Rechte; sie will es gerade umgekehrt haben: erst den Brauntwein und dann den Zuker. Dementsprechend beantragten die Abgg. Sieg, v. Kardorff und v. Komierowski, das Brauntweinsteuer-Gesetz auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Webel und Richter, denen sich auch das Centrum anschloß, widersprachen. Dem Präsidenten blieb nichts übrig, als über den Antrag abstimmen zu lassen. Richter aber bezweifelte die Beschlußfähigkeit des Hauses, und es stellte sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses heraus. Es mußte also bei dem ursprünglichen Vorschlag des Präsidenten bleiben, der die Beratung der Brauntweinsteuer-Vorlage der Erledigung von Petitionen hintersetzte. Die Rechte schämte vor Wut und ihre Heißsporne fordern, daß sie am Dienstag Gleiches mit Gleichem vergelten und die Weiterberatung der Zukersteuer verhindern solle.

### Die Zulassung von Frauen zu politischen Vereinen.

Die Zulassung von Frauen zu politischen Vereinen, die in letzter Zeit andauernd die Öffentlichkeit interessiert hat, beschäftigte das Abgeordnetenhaus in seiner Sitzung vom Montag. Die Landesvereine preussischer Volksschullehrerinnen hatten um Aenderung des Vereinsgesetzes in der angeordneten Richtung petitioniert, und die Kommission beantragte, gemäß der reaktionären Zusammensetzung des Hauses, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Im Lauf der Debatte ergriff der Minister des Innern, Frhr. v. Hammerstein, das Wort. Seine Rede ist um deswillen von hoher Bedeutung, weil er unumwunden zugab, daß bisher in Preußen mit zarterer Hand nach Geseh gefahren wurde. Nach seiner Auslegung des Vereinsgesetzes ist die Polizei nicht verpflichtet, sondern nur berechtigt, politische Vereinsversammlungen zu überwachen und event. die Entfernung der Frauen zu verlangen, und sie hat bisher von dieser Befugnis nur „bestimmten, politisch sehr scharf auftretenden Vereinen gegenüber“ Gebrauch gemacht, nicht aber gegenüber solchen Vereinen, deren Verhandlungen in einem ruhigeren Fahrwasser dahin fließen. Der Minister steht nicht an, offen zu erklären, daß die Polizei ungerecht verfahren ist, und er glaubt, diese Ungerechtigkeit durch seine Verfügung an die Regierungspräsidenten zu beseitigen, wonach Frauen, die nur als Zuschauer auftretend sind, im Saale geduldet werden sollen. Sobald aber die Frauen versuchen, politisch thätig zu sein, soll die Polizei ihre Entfernung verlangen dürfen. Er warnt die Frauen, dieses „Entgegenkommen“ zu mißbrauchen, denn dann wäre er gezwungen, von der Befugnis, die das Gesetz ihm giebt, schärferen Gebrauch zu machen.

Die Rede des Ministers spiegelt in ihrer hilflos tastenden Unsicherheit sehr getreu die völlige Sinnlosigkeit des heutigen Vereinsgesetzes. Herr v. Hammerstein erklärt zwar — und es gehört erstaunlicher Mut dazu —, er stehe in der politischen Frauenfrage noch auf dem Standpunkt vor fünfzig Jahren — aber er will doch kein Don Quixote der Reaktion sein und versteht sich zu kleinen Anpassungen an die modernen Bedürfnisse. Aber er bleibt auf halbem Wege stehen und wagt nicht, ganze Arbeit zu machen und eine Aenderung des Vereinsgesetzes zu veranlassen. Ein weiteres Kennzeichen des Ministers liegt auch darin, daß er erklärt, man brauche es nicht so genau zu nehmen, wenn gelegentlich einmal in Berufsvereinen politische Fragen behandelt werden.

Die konservativ-reaktionäre Mehrheit des Hauses stellte sich auf den Standpunkt des Ministers offenbar deshalb, weil nach wie vor die Frauen dem Ermessen der Polizei überantwortet bleiben, statt daß sie ein geschliches Recht zu fordern haben. Die Linke trat für die Erweiterung der Frauenrechte ein. In Uebereinstimmung mit dem Kommissionsantrag ging das Haus über die Petition zur Tagesordnung über, und behandelte dadurch sein Einverständnis damit, daß auch in Zukunft nicht das Gesetz, sondern die Polizeivillkür auf dem Gebiete des Vereinswesens in Preußen maßgebend sein soll.

### Nieder mit dem Reichstags-Wahlrecht.

Das preussische Herrenhaus begann am Montag die Beratung des Staatshaushalts-Etats, oder besser gesagt, ein Gespönder über alle möglichen Fragen, die den edlen und erlauchten Herren am Herzen liegen. Von einer eigentlichen Staatsberatung kann in diesem Hause keine Rede sein, denn die erste Kammer hat nicht das Recht, irgendwelche Aenderungen am Etat vorzunehmen. Um aber wenigstens nach außen hin den Schein zu wahren, werden alljährlich einige mehr oder weniger überflüssige Reden gehalten. Programmmäßig macht schon seit Jahren Graf Mirbach den Anfang mit dem Gerede. Er ließ es sich auch diesmal nicht nehmen, als erster — ausgerechnet mit der ganzen Wissenschaft des Jahrhunderts, die für ihn in den beiden Vätern der Bismarckschen Gedanken und Erinnerungen zusammengefaßt ist — das Wort zu ergreifen, nicht etwa, um über den preussischen Etat, sondern um über Reichstags-Diäten, Reichstags-Wahlrecht und Postpolitik zu reden und die Befestigung des geheimen Wahlrechts zu fordern. Vor Jahren hat Graf Mirbach, wie crimmlich, die Staatsberatung im Herrenhause benutzt, um über den Staats-

streich zu predigen. Ganz so scharf ging der Graf diesmal nicht vor; er fürchtet, daß der Posttarif an der Cronischen Beschlußunfähigkeit des Reichstages scheitern könnte, er ist ergrimmter darüber, daß aus demselben Grunde in der vorigen Session die Novelle zum Brauntweinsteuergesetz nicht zu Stande gekommen ist, warnt aber trotzdem davor, Diäten zu bewilligen. Die Vorbedingung für die Bewilligung von Diäten ist für ihn die Befestigung des geheimen Wahlrechts, das nur den radikalen Parteien zu gute kommt. Dabei ist er so ängstlich, zu versichern, daß keiner seiner Freunde an die Befestigung des allgemeinen Wahlrechts denkt; er hält jetzt offenbar das allgemeine Wahlrecht für das beste aller Systeme, sofern es durch öffentliche Kontrolle ermöglicht, „gute“ Wahlen zu erwirken! Graf Mirbach redete insbesondere dem Centrum gut zu, Diäten für die Befestigung der geheimen Wahl zu nehmen. Nebenbei versetzte er dem toten Capriui noch einen Fußtritt, spottete über den Jizad-Kurs, gab seinem Wunsche nach einer neuen Judthandvorlage Ausdruck und forderte die Annahme eines „nationalen“ Wirtschaftspolitiks.

Die Vertreter der Regierung gingen auf den Inhalt der Mirbachschen Rede nicht ein. Minister Frhr. v. Rheinbaben vertrat den durchaus korrekten Standpunkt, daß es nicht Sache des Landtags sein könne, Angelegenheiten des Reiches zu erörtern, und er ließ sich von dieser Ansicht auch nicht abbringen, als Graf Mirbach ihm aus seinem Vademecum eine entgegengesetzte Aeußerung des Fürsten Bismard vorlas. In sachlicher Hinsicht trat nur der Breslauer Oberbürgermeister Wender dem Grafen Mirbach entgegen.

Im übrigen wurde die Staatsberatung durch eine Polendebatte angefüllt, an der sich u. a. der Exkult Graf Hoensbroech, Fürst Bismard und Minister Frhr. v. Hammerstein beteiligten. Neues zeitigte die Debatte nicht.

Am Dienstag werden die Specialtats beraten.

## Deutsches Reich.

### Der Fall Kauffmann.

In der Angst ihres bösen Gewissens kommt die „Freisinnige Zeitung“ wiederholt auf den Fall Kauffmann zurück. Sie behauptet jetzt, daß Kauffmann noch dieser Tage an eine ihn bescheidende Adresse in Berlin wörtlich geschrieben habe: „Ich habe bereits die Angabe des „Lokal-Anzeiger“ („auf Anraten meiner Freunde usw.“) befolgt. Sie haben treffend erkannt, daß dies zu berichtigen war. Auch sonst enthält der Artikel vieles nicht Wertbare.“ Wir müssen der „beseidneten Adresse“ anheimgeben, mitzuteilen erstens, daß sie an Kauffmann geschrieben hat, und zweitens, was Kauffmann ihr vollständig geantwortet hat. Es wird sich dann herausstellen, daß die „Freisinnige Zeitung“ mit diesen aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen den reinen Hohnpolus treibt.

Ferner behauptet die „Freisinnige Zeitung“ nach ihrer bekannten, der Loyalität und dem Scharfsein der Lauscher und Meerschheidtschilffern abgemauerten Schnitzmanier, die Artikel des „Vorwärts“ über den Fall Kauffmann seien von dem „sittsam bekannten Herrn Mehring“ verfaßt. Wir haben keinen Anlaß, uns dieser schönen Manier, die der „Freisinnigen Zeitung“ um so schöner zu Gesicht steht, als sie selbst von der Anonymität der Presse den ausgedehnten Gebrauch macht, irgendetwas anzubekommen und beschränken und auf die Bemerkung, daß die Artikel des „Vorwärts“ über den Fall Kauffmann unter unserer redaktionellen Verantwortlichkeit erschienen sind. Genosse Mehring drückt und abirgend brüchlich seine lebhafteste Bezeugung über die ihm von der „Freisinnigen Zeitung“ widerfahrene, leider nicht ganz verdiente Ehre aus und teilt uns zu unserer Information mit, daß er gern bereit sei, mehrere Zeugen zu benennen, die gerichtlich in der Lage sein würden, zu erklären, daß Kauffmann sich ihnen gegenüber in allen entscheidenden Punkten genau so ausgesprochen habe, wie gegenüber dem Interviewer des „Lokal-Anzeigers“.

Das einzige, was Kauffmann an diesem Interview — etwa von dieser oder jener, für das öffentliche Urteil gleichgültigen Quisquilie abgesehen — berichtet hat, ist das von der kapitalistischen Presse in den Bericht des „Lokal-Anzeigers“ hineingetragene Mißverständnis, als habe Kauffmann sagen wollen, daß seine Freunde ihn zu dem schriftlichen „Verzicht“ in der Maison de santé veranlaßt hätten. Wir haben bereits hervorgehoben, daß diese Behauptung von niemand aufgestellt worden war und auch nicht aus dem Interview des „Lokal-Anzeigers“ herausgelesen werden braucht. Um jedoch allen weiteren Hohnpolus in dieser Frage abzuwehren, stellen wir erstens fest, daß — wie auch die „Freisinnige Zeitung“ in einem unbewachten Augenblick dervort hat — die politischen Freunde Kauffmanns schon vor seiner Entlassung über seinen „Verzicht“ mit ihm verhandelt haben, und zweitens, daß der schriftliche „Verzicht“ selbst nach seiner Erkrankung von einer Persönlichkeit geschrieben ist, die zur Beratung Kauffmanns nur ein gewiß aufrichtiges Wohlwollen qualifiziert, nicht aber die in diesem Fall absolut notwendige Unabhängigkeit vom Rathause. Diesen „Verzicht“ hat Kauffmann nur unter geschrieben in dem Zustande geistiger Benommenheit, der durch ärztlich ihm verschriebene Opiate erzeugt war, in einem Zustande, worin er nach ärztlichem Zeugnis nicht dispositionsfähig war. Ueber die völlige Rechtmäßigkeit dieses vom 3. April datierten Papiers hat acht Tage lang in allen Kreisen, wo es bekannt war, nicht der leiseste Zweifel bestanden, und kein kapitalistischer Hohn würde danach getraut haben, wenn Kauffmann wirklich geisteskrank gewesen wäre. Aber daß am 10. April, als Kauffmanns vollkommene geistige Gesundheit durch die Aerzte der Maison de santé festgestellt war, der wertlose Witz durch die Reporter des Rathauses in die kapitalistische Presse lanciert und von dieser in dem Sinne verarbeitet wurde, als läge ein in vollkommener Geistes- und Willensfreiheit vollzogener Verzicht Kauffmanns vor, das ist eine Insanie, die durch die ganze Lügenkraft der „Freisinnigen Zeitung“ nicht aus den Annalen des hiesigen Kommunalstreifens gelöscht werden kann.

**Der Ausschuss der Viehproduktion.** Das königliche statistische Bureau Preußens fahrt fort, wertvolles Material gegen den Posttarif der Reichsregierung zu liefern, indem es die Einzelergebnisse der Viehzählung von 1900 veröffentlicht.

Daß nicht nur die Stückzahl des Viehes, sondern auch der Verkaufswert seit 1892 gewaltig gestiegen, daß also nicht der mindeste Grund für Viehsteuern vorliegt, haben wir bereits mitgeteilt. Jetzt erhalten wir auch eine lehrreiche Statistik über die Steigerung des Lebendgewichts der Viehbestände.

Danach ist das Lebendgewicht des Rindviehes in Preußen von 3 456 505 631 Kilogramm im Jahre 1892 auf 3 901 990 379 Kilogramm im Jahre 1900 gestiegen, das der Schäferei von 542 267 219 Kilogramm auf 706 725 016 Kilogramm.

Ueber das Trauerreglement von 1792 soll dem Landtag nach Wunsch ein Gesetzentwurf zugehen. So ist den Freisinnigen, die einen Antrag auf Aufhebung der Kadineisorder stellten, von der Regierung mitgeteilt worden.

Hoffentlich bringt die Novelle nicht etwa eine gesetzliche Bestätigung der jetzt nicht rechtsgültigen Kadineisorder.

**Agarische Flotteneignung.** Wäher war die Flotte den Wändern „gräulich“, jetzt keinen zarten Reizungen für das Instrument der Weltpolitik im finigen Agariergemüt. Es winkt die Ansicht, als Heizmaterial für Kriegsschiffe ansieht der Steinbole Spiritus

zu vertieren! Der Kaiser hat Veruche angeordnet, Dampfchiffe mit Spiritus zu heizen. Wie wird sich der agrarische Monarchismus erweisen, wenn die gesamte Marine zur Spiritusheizung übergeht! Die „Deutsche Tageszeitung“ schweigt in Anpreisung der vortheilhaften Eigenschaften ihres Spiritus für die Marine; zwar giebt sie zu, daß eine Verteuerung eintreten würde, doch das schreit nicht gegenüber den Vorteilen, die der Kriegsmarine in ihrer Leistungsfähigkeit einfließen sollen. Wenn man jüngst noch gegen die gräuliche Flotte geheime Ränke spann, begeißert man sich nun für die Vermehrung ihrer Leistungsfähigkeit und gewiß bald auch ihrer Zahl — sofern dabei klingender Verdienst in den agrarischen Sädel strömt.

**Die Verstaatlichung der Sachharzindustrie** wollen die Zukeragrariere in der Kommission beantragen. Die bestehenden Sachcharzfabriken sollen, ähnlich wie 1899 die Privatposten, gegen Entschädigung abgelöst werden. Der Plan hat natürlich nur den Zweck, die lästige Konkurrenz los zu werden.

**Das Anti-Polengeseh** soll nicht nur weitere 100 Millionen Mark zur Verstärkung des Fonds der Aufstehungskommission fordern, sondern auch einen neuen Fonds von 100 Millionen Mark zum Ankauf von Domänen in den polnisch gewählten Landesstellen.

**Die Schule in Mecklenburg.** Ueber ein neues „Regulativ für die Sommerkuren im Domänium“ wird dem „V.“ berichtet:

„Die Unterrichtszeit ist nach § 1 auf vier Stunden täglich festgesetzt, Mittwoch und Sonnabends auf drei. Wohlgerichtet, für einlässige Schulen! Aber die Schulzeit kann noch bedeutend ernähigt werden! Nach § 7 brauchen Kinder, welche die Diensttaubnis haben, nur acht Stunden wöchentlich unterrichtet zu werden, die auf drei Tage zu verteilen sind, und zwar entfallen von diesen acht Stunden auf Religion vier Stunden, auf Deutsch und Rechnen je zwei Stunden. Alles andere ist offenbar für einen edlen „Medelubörger“ unnötiger Ballast. In den vier Religionsstunden kommen dann aber noch jeden Sonntag ein bis zwei Stunden kirchliche Kinderlehre, die bei Entziehung der Diensttaubnis ja nicht veramt werden dürfen.“

Beinahe ist so das Schulideal des Junkertums erreicht. Nur wären noch einige Stunden Rechnen und Deutsch durch Religionsstunden zu ersetzen!

## Ausland.

### Zu den französischen Stichwahlen.

Paris, 2. Mai. (Eig. Ber.)

Die heute gemeldet, ist die Mehrheit oder sogar die überwiegende Mehrheit der 173 Stichwahlen, rein ziffernmäßig betrachtet, den Linkerepublikanern bzw. der Regierung günstig. Das tatsächliche Ergebnis hängt aber natürlich davon ab, ob die republikanische Disziplin nicht nur von den Kandidaten und ihren Komitees, sondern auch von den Wählern befolgt werden wird. In Frankreich kommt es auch auf den guten Willen der Kandidaten an, da hier gesetzlich sämtliche Kandidaten der Hauptwahl ohne Unterbrechung ihrer Stimmengabe, sowie auch ganz neue Kandidaten an der Stichwahl teilnehmen dürfen.

Bisher vollzieht sich nur der Rückgang der Kandidaturen fast ausschließlich und besonders in Paris sozusagen mit militärischer Pünktlichkeit, und zwar im linksrepublikanischen Lager pünktlicher als im nationalistisch-melinistischen. In Paris gehen die sich zurückziehenden Kandidaten vielfach noch weiter: sie beteiligen sich aktiv am Wahlkampf zu Gunsten ihrer glücklichen Nebenbuhler. So der unabhängige Antiminstrielle Sozialist Le Grandais zu Gunsten des bisherigen Abgeordneten, des ministeriellen Sozialisten Konanet; ferner der sozialistische Kandidat, das Pariser Gemeinderatsmitglied Labusquiere (den Jauroisten nachstehend) zu Gurien Gabriel Devilles; der sozialistische Kandidat Ravaze (Pariser Gemeinderatsmitglied, aus der lokalen jauroistischen Organisation vor den Wahlen ausgetreten, um gegen deren Willen seine eigene Kandidatur aufzustellen) zu Gunsten des Kandidaten der Jauroisten, des Arbeiter Cardet. Noch mehr. Im 13. Pariser Bezirk, wo es den bisherigen nationalistischen Abgeordneten niedergeworfen gilt, tritt der jauroistische Kandidat, der Arbeiter Sivort, nebst der Organisation aktiv für den linksradikalen Kandidaten, Professor Duison ein. Die lokale Situation und die Stimmenverteilung in der Hauptwahl sind nämlich derart, daß nur die Vereinigung sämtlicher sozialistischer Hauptwahlstimmen auf Duison den Nationalisten, einen ex-Boulangisten, der diesen fast proletarischen Kreis seit 1890 vertritt, besiegen kann. Andererseits arbeitete im benachbarten Kreis der jauroistische linksradikale Kandidat am Wahlerfolg des genannten jauroistischen Kandidaten, Cardet, mit. Und auch sonst treten die Radikalen zu Gunsten der sozialistischen Kandidaten zurück.

Die Pariser Zeitungen: „Aurore“, „Fronte“, „Lanterne“, „Beite Republique“, „Radical“, „Kappel“, „Siecle“ (selbst der „Siecle“, das Organ des ehemaligen Sozialistenführers Yves Duhot!) unterstützen für das Seine-Departement eine gemeinsame Kandidatenliste, auf der nebst bürgerlichen Radikalen Jauroisten und Blanquisten stehen.

Was die Stellung der antiminstriellen Sozialisten zu den Stichwahlen betrifft, so weichen die Blanquisten von den Guesdisten ab. Das revolutionäre Centralkomitee der Baillanischen revolutionär-sozialistischen Partei hat beschlossen, daß alle Parteikandidaten, die keine ernste Aussicht in der Stichwahl haben, ihre Kandidatur zurückziehen müssen in den Wahlkreisen, wo die Wahl eines reaktionären oder nationalistischen Kandidaten zu beschränken ist, wobei die lokalen Organisationen „sofort nützliche Vorkehrungen im Interesse des Socialismus und der Republik treffen müssen.“ Dagegen hat der guesdistische Parteivorstand — übrigens gemäß dem Beschlusse des letztjährigen Moutonkongresses mit unter Bezugnahme auf denselben — den einzelnen Föderationen für die Stichwahl freie Hand gelassen. Der Vorstand von Mouton sagt: „In der Stichwahl werden die Föderationen fortfahren zum Besten der Partei-Interessen zu handeln innerhalb der Schranken der verbotenen Allianzen und der gebildeten Koalitionen, wie dies aus dem Kongreß zu Jyry beschlossen wurde.“ Der Beschluß von Jyry (1900) wurde beinahe auch vom internationalen Kongreß 1900 vollert.

Es liegen nun zwei konkrete Beschlüsse guesdistischer Lokalorganisationen vor. Die Pariser Föderation hat ihre Kandidaten „einfach“ zurückgezogen, d. h. ohne sich zu Gunsten irgend eines Stichwahlkandidaten erklärt zu haben. Die Viller Sektion (Nord) hat mit 135 gegen 119 Stimmen ein Zusammengehen mit den Radikalen in der Stichwahl verworfen, und zwar entgegen ihrem früheren Verhalten; der Gemeinderat von Lille wurde 1906 mit 1900 der Reaktion entziffen dank dem Zusammengehen der Guesdisten und Radikalen. Jetzt stehen in Lille zur Stichwahl zwei guesdistische Kandidaten, deren Erfolg von den Radikalen abhängt, wie andererseits die Wahl mehrerer Radikalen im Norddepartement von den Guesdisten abhängt.

## Schweiz.

**Genosse Wullschlegler gewählt.** Wie uns durch ein Privattelegramm gemeldet wird, wurde Genosse Wullschlegler in der Stichwahl mit 5261 Stimmen zum Regierungstat gewählt. — Zugesamt wurden 23 Socialdemokraten in den Grossen Rat gewählt. Die Stadt Bern entsandte 7, Biel 5 socialdemokratische Kantonsräte.

In Kanton Bern wurde das Erbschaftsteuer-Gesetz verworfen, das Eisenbahn-Subventionsgesetz angenommen.

## Niederlande.

### Die Königin Wilhelmine

Ist also doch nicht am Typhus erkrankt gewesen, vielmehr haben sich die Befürchtungen bestätigt, daß sie oberhalb von einer Geburt entbunden worden sei. Es steht also fest, daß die junge Königin an einem schweren organischen Unterleibsleiden erkrankt ist.



an dem sie wahrscheinlich dahinsinken wird. Die Kranke soll fürchtbar leiden. Man macht sich dem auch bereits mit dem Äußersten an und rechnet damit, daß die Gemahlin des Prinzen Heinrich VII., Neffe, den Thron bestiegen wird, der für die arme junge Königin seit ihrer Verheiratung zu einem Martyrium geworden ist. Ueber die Ursache der Erkrankung der Bedauernswerten, die man ja überhaupt so lange als möglich zu vertuschen versucht hat, haben sich die behandelnden Mediziner noch nicht geäußert.

## Partei-Nachrichten.

### Zur Aufklärung des „Correspondent“.

Aus dem Parteibureau erhalten wir folgende Aufschreibung:  
Aus Anlaß einer Polemik über den Generalsstreik in Belgien schreibt der „Correspondent“, das Organ für Deutschlands Buchdrucker, u. a. wie folgt:

Wir haben mit voller Absicht darauf hingewiesen, daß der Parteivorstand „ganz gegen seine sonstige Gepflogenheit“ überaus schnell Geldmittel für den Generalsstreik flüssig gemacht hat. Darauf erwidert der „Vorwärts“ mit dem Hinweis auf die Unterstützung der Buchdrucker durch die sozialdemokratische Partei im Jahre 1891. Dies ist im Laufe der Zeit in der Parteipresse schon so oft geschehen, daß einige Aufklärung am Platze sein dürfte. Wir stellen fest, daß damals der Parteivorstand wiederholte Gesuche der Verbandsleitung, auf kürzeste Zeit eine größere Summe den Buchdruckern als Darlehen zu gewähren, abgelehnt hat und daß er lediglich sich dazu bereit erklärte, den Leipziger Buchdruckern, aber nur diesen, 20 000 M. als Darlehen vorzuschießen, welche Summe alsbald dem Parteivorstande wieder zurück bezahlt worden ist. Das ist die ganze Unterstützung, welche der Parteivorstand erst nach wiederholten Vorstellungen den Buchdruckern zu teil werden ließ. Sie war mehr gezwungen als freiwillig zugestanden worden.

Darum berührt es ebenso eigentümlich, daß der für die deutsche Arbeiterklasse so unendlich bedeutungsvolle Streik der Buchdrucker nur eine so widerwillige, der Streik der belgischen Arbeiter dagegen eine freudige Unterstützung fand. Wenn der „Vorwärts“ sagt, daß damals bei der Partei kaum ein Zweifel bestand, daß der Kampf der Buchdrucker erfolgreich bleiben würde, so war das zur Zeit des Unterstützungs-gesuches nicht zu sagen, während mit dem Augenblicke der Proklamierung des belgischen Generalsstreiks für jeden Klarblickenden das Flaklo feststand.

Dieser Darstellung des „Correspondent“ gegenüber, die ersichtlich den Zweck verfolgt, auch bei dieser Gelegenheit wieder bei seinen Lesern den Glauben zu erwecken, die sozialdemokratische Partei habe von jeher der Buchdrucker-Organisation gegenüber eine unfreundliche, wenn nicht gar feindselige Haltung eingenommen, seien folgende Thatsachen festzustellen: Die Arbeitseinstellung der Buchdrucker im Herbst und Winter im Jahre 1891 zum Zwecke der Erringung des Neunstunden-tages fand in der gesamten sozialdemokratischen Partei die lebhafteste Unterstützung. In sämtlichen Druckereien, wo sozialdemokratische Blätter hergestellt wurden, ist die Forderung schlanke-weg durchgeführt, in mehreren Druckereien bereits damals der Achtstundentag eingeführt worden. In Partei- und Gewerkschaftskreisen wurde für die Streikenden lebhaft gesammelt.

Leider ergab sich, daß die Unternehmer im Buchdruckgewerbe für die große Auseinandersetzung besser vorbereitet waren als die Arbeiter, und als dann im Dezember auch noch die Behörden in unterschiedener Weise gegen die Arbeiter Partei ergriffen, da war es klar, daß letztere für dieses Mal ihre Forderung nicht durchsetzen konnten. Während dieses Kampfes stellte die Organisation der Leipziger Buchdrucker einen Antrag auf Gewährung eines Darlehens an den Parteivorstand. Die Leipziger Buchdrucker haben während der Zeit des Socialisierungs-gesetzes die Partei in aufopferndster Weise unterstützt. Die dortigen Genossen traten in unterschiedener Weise für das Darlehens-gesuch ein. Unter Berücksichtigung dieser Umstände stimmte der Vorstand dem Antrage zu und bewilligte das Darlehen in Höhe von 20 000 M. Erst später kam der Verbandsvorstand mit dem Antrage, ein bedeutend höheres Darlehen aus der Parteikasse zu gewähren. Der Vorstand lehnte ab mit dem Hinweis, daß es unmöglich angehe, die Parteikasse als Reservoir für die gewerkschaftlichen Kämpfe zu benutzen. Der Parteivorstand wies auf die Thatsache hin, daß er früher schon einer Reihe anderer Gewerkschaften gegenüber denselben ablehnenden Standpunkt habe einnehmen müssen, und daß er im Interesse der Parteifinanz nicht anders handeln könne. Würde der Parteivorstand anders gehandelt haben, so wäre die Parteikasse durch frühere Streiks längst erschöpft gewesen. Daß bei diesen Verhandlungen auch auf die Ausichtslosigkeit des Kampfes hingewiesen wurde, ist Thatsache.

Wenn nun der „Correspondent“ schreibt, daß die den Buchdruckern von der Partei gewährte Unterstützung mehr gezwungen und widerwillig als freiwillig geschehen sei, so mag demgegenüber angeführt sein, wie von dem am Kampfe direkt beteiligten Arbeitern und deren Führer damals die von der Partei gewährte Unterstützung beurteilt wurde.

Am 14. Januar 1892 tagte im Lokale der hiesigen Buchdruckerei eine Buchdrucker-Versammlung, in der die Beendigung des Streiks beschlossen wurde. Den Antrag begründete der Schriftführer Philipp Schmitt. In dem Bericht über dieses Referat heißt es:

Unter den gegebenen Verhältnissen und den Maßnahmen gegen die Behörden und unter Berücksichtigung der beschränkten Mittel, welche bereits 177 Kollegen veranlaßt haben, hauptsächlich zu werden, sah sich Redner veranlaßt, namens der Kommission die Beendigung des Streiks für jetzt zu erklären, um nicht die principientreuen Kämpfer noch mehr zu schädigen. An dem Neunstundentag werde unentwegt festgehalten und derselbe später erzwungen werden, der Unterstützungsverein werde nicht fallen gelassen und im Geiste der modernen Arbeiterbewegung ausgebaut, die Buchdrucker echte und treue Socialdemokraten werden. ... Herr Böhm schloß sich den Ausführungen Schmitts an.

Im Schluß folgte die Versammlung folgende Resolution:  
„In Rücksicht auf den großen Zugang von 800 Streikbrechern von außerhalb und den Abfall von ca. 300 hiesigen ehemaligen Kollegen, wodurch der Streik aussichtslos geworden ist, beschließt die Versammlung, den Streik für beendet zu erklären. Die Versammlung verpflichtet sich aber, auch ferner fest und treu zum Gewerksverein, der für die Folge ein Kampfbund werden muß, zu stehen und im Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung mit den socialdemokratischen Arbeitern und Schülern an die Verkämpfung der Arbeitszeit zu kämpfen.“

Angesichts dieser Kundgebung der direkt Beteiligten können wir wohl über die Märchen und Salvadoreien des „Correspondent“ zur Tagesordnung übergehen.

### Die Waisener in Skandinavien.

In den drei nordischen Ländern hat die Waisener einen imposanten Verlauf genommen. In Kopenhagen war die Teilnehmerzahl an dem großen Demonstrationstag wiederum größer als je zuvor und wird auf 18-20 000 berechnet. An der Spitze des Tages marschirten die Führer und Reichstags-Abgeordneten der Arbeiterpartei hinter dem Banner des „Socialdemokratischen Verbandes“. Viele Häuser waren mit Blumen und Girlanden geschmückt. Unter den Gewerkschaften erregten die ausgeperrten Hafenarbeiter ganz besondere Aufmerksamkeit. Sie trugen ein Banner mit dem Wibe des despotischen Directors von „Det forenede Dampskibsselskab“ Brandt, der als sozialistischer Gekleideter, die Anse über einen Hafenarbeiter schwingt, mit der Aufschrift: „Streikende Herren regieren nicht lange.“ Auf mehreren Standarten

war die Forderung auf Staatshilfe für die Arbeitslosen-Kassen der Gewerkschaften hervorgehoben. Die Straßenbahn- und die Eisenbahn-Angestellten, sowie die Feuerwehrlente waren in Uniformen angetreten. Auch mehrere Frauenvereine nahmen am Zuge teil. — Der Versammlungsort der Demonstranten war in diesem Jahre in Söndermarken, dem zu Frederiksberg, dem Schloßgarten gehörenden schönen Park, der bisher nur den bürgerlichen Parteien zur Verfügung gestellt wurde, jetzt aber unter dem neuen Ministerium auch den Arbeitern für ihre Demonstration überlassen worden ist. Hier sprachen von zwei Rednertribünen nebeneinander die Genossen B. Knudsen, R. Olsen, P. Sabro und J. A. Hansen. Alle Restaurationen in der Nachbarschaft Frederiksberg hatten anläßlich des Festtags ihre Preise herabgesetzt. Am Abend wurden in sechs großen Lokalen Kopenhagens Festveranstaltungen abgehalten. — Auch aus den Provinzstädten Dänemarks wird von einer außerordentlich starken Beteiligung an den Maidemonstrationen berichtet.

In Stockholm kam trotz eines schneefälligen Schnees- und Regenwelters eine Maidemonstration zu Stande, an der 143 Vereinigungen teilnahmen und deren Personenzahl auf ca. 21 000 angegeben wird. Auch die Buchdrucker nahmen diesmal in großer Anzahl am Zuge teil, die Abendzeitungen konnten erst am andern Morgen erscheinen. Mittags um 1 Uhr wurde aller Straßenbahnverkehr, und bald darauf auch der Omnibusverkehr eingestellt, weil die Angestellten sich an der Demonstration beteiligen wollten. Außerdem hörte auch von mittags an der übrige Transportverkehr auf und viele Geschäfte schlossen, so daß es ganz stille in den von dem Demonstrationszuge nicht berührten Straßen wurde. Auch Frauen nahmen trotz des kalten, schmutzigen Wetters in überraschend großer Zahl am Zuge teil. Die Polizei hielt sich von der Demonstration fern, so daß diese ohne jede Anheftung verlaufen konnte. Auf dem Sammelplatz wurde von vier Rednertribünen gesprochen und eine Resolution für den Achtstundentag, das allgemeine Wahlrecht und für internationale Solidarität einstimmig angenommen. — Auch aus den übrigen Städten Schwedens wird von einer erstaunlich großen Teilnehmerzahl berichtet. So beteiligten sich z. B. in Gellistuna 2400 Personen, in Geste 4000, in Jönköping 6000, in Göteborg 10 000, in Malmö gar 16 000 Personen an den Demonstrationen.

In Norwegen, dessen Arbeiterbewegung hinter derjenigen der andern beiden nordischen Länder etwas zurückgeblieben ist, war die Beteiligung an der Waisener diesmal eine recht erfreuliche. In Kristiania hatten die Arbeiter auf vielen größeren Werkstätten und Arbeitsplätzen die Arbeit mittags eingestellt. Es war kaltes, regnerisches Wetter. Dennoch beteiligten sich an dem Zuge, der sich nachmittags um 4 Uhr unter den Klängen der Marschmusik in Bewegung setzte, ca. 5000 Personen. Auf dem Versammlungsort sprachen Einar Li und Stortingmann Egede Rissen. Abends fand eine große Versammlung im Circus statt, wo Chr. H. Knudsen über Organisation sprach. — Aus Bergen wird gemeldet, daß die Zahl der Demonstranten 1500 betrug, aus Narvik werden 2000 Teilnehmer am Zuge gemeldet, aus Trondhjem ca. 1200, hier nahmen 5000-6000 Personen an der Versammlung auf dem Demonstrationsplatz teil. In vielen andern kleineren Orten, wo man früher nichts oder wenig von der Waisener gespürt hat, ist diesmal die Beteiligung ziemlich stark gewesen.

Aus Warschau wird uns berichtet: In der Nacht des 21. April ist hier eine Geheimdruckerei der sozialdemokratischen Partei des Königreichs Polens und Littauens aufgefunden und beschlagnahmt worden. Bei dieser Gelegenheit wurden einige Arbeiter, die sich mit der Anfertigung der Propagandamaterialien beschäftigten, verhaftet.

Jedoch gelang es der Parteileitung, ungeachtet einer neuen Proklamierung herzustellen, die noch bis zum Sonntag, den 27. April, an welchem die Maidemonstration stattfinden sollte — und stattgefunden hat — in einer Anzahl von 3000 Exemplaren herzustellen und zu verbreiten.

Es wurde auch eine Raibroschüre, sowie die März- und Mai-nummern des neuen Partei-Organs „Die sozialdemokratische Revue“ in großer Anzahl verbreitet.

### Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— **Ostpreussische Versammlungsfreiheit.** In dem ostpreussischen Städtchen Ragnit führen die Arbeiter seit Jahren einen harten Kampf um die Ausübung des arbeitslosen preussischen Versammlungsfreiheit. Jetzt sind sie endlich so weit, daß sie ein Versammlungsfreilok haben (ein Privatlokal) und Versammlungen darin abhalten dürfen.

Aber die Polizei hat immer neue — Gedanken. Jetzt dürfen sich in der Stube keine Menschen ansammeln, wenn nicht Versammlung ist. Kürzlich hielten sich vier Parteigenossen in dem Saale auf; da erschien ein Polizeibeamter und forderte die vier Mann auf, sich sofort zu entfernen, indem er zugleich gegen erhabene Einwendungen mit Gewalt drohte. Er wartete, bis die Stube geschlossen war und verlangte den Schlüssel, damit niemand hinein komme!

Er erhielt ihn allerdings nicht. Aber der Richter des Lokals wurde unter Anklage gestellt wegen Unterbrechung einer unangemeldeten Versammlung! In der Gerichtsverhandlung beantragte der Vertreter der Anklage eine ziemlich hohe Geldstrafe. Das Gericht erlaute auf Freisprechung.

Wenn es nach der „Logik“ der Polizei ginge, dann müßten die dortigen Parteigenossen in ihrem Versammlungsfreilok, in dem sie früher gar keine Versammlungen abhalten sollten, jetzt die Versammlung in Veranlassung erklären, damit sie sich überhaupt darin aufhalten können. Daß die Polizei mit den Gesetzen nichts anzufangen wüßte, kann nicht behauptet werden.

### Abgeordnetenhaus.

74. Sitzung vom 5. Mai, 11 Uhr.

Am Regierungstisch: Freiherr v. Hammerstein.

Auf der Tagesordnung stehen Petitionen.  
Ueber eine Petition des Landesvereins preussischer Volksschullehrerinnen um Wenderung des Vereinsgesetzes (**Zulassung von Frauen zu politischen Vereinen**) beantragt die Kommission, zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Dr. Krieger (fr. Sp.):

Wenn § 8 des Vereinsgesetzes die Frauen mit den Lehrlingen auf eine Stufe stellt, so wird dadurch der Bedeutung der Frauen für das moderne Leben nicht Rechnung getragen. Allerdings muß auf dem Wege zur politischen Gleichberechtigung der Frau mit dem Wege Schrittweise vorgegangen werden, aber das Endziel muß nach meiner Überzeugung die völlige Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne sein. (Sehr richtig! links.) Wenn viele Männer sich gegen solche Forderungen sträuben, so liegt das wohl häufig daran, daß sie sich den Frauen gegenüber nicht konkurrenzfähig fühlen. Was nun die Zulassung der Frauen zu Versammlungen politischer Vereine anlangt, so hat der Minister neulich erklärt, daß Frauen zu solchen Versammlungen nur zugelassen werden sollen, wenn sie in einem besonderen Segment abgeordnet und dadurch als bloße Hilfskräfte kenntlich gemacht worden sind. Ich halte eine solche Absonderung, wie sie sonst wohl nur noch in den Synagogen vorkommt (Weiterkeit), für nicht angemessen; unren deutschen Anschauungen entspricht sie jedenfalls nicht. Auch die Pflicht der Schweigenspflicht, die dadurch den Frauen auferlegt wird, wird von vielen sehr bitter empfunden. (Weiterkeit und sehr richtig! rechts.) Wie sind der Meinung, daß die Petition eine bessere Behandlung verdient, als die Kommission vorschlägt.

Abg. Willebrandt (L.) erklärt, seine Partei sei geneigt, mitzuwirken an den Bestrebungen, den Frauen weitere bürgerliche Rechte zugänglich zu machen, bittet aber, es bei dem Kommissions-beschluß zu belassen.

Abg. Dr. Sattler (nat.): Für viele socialpolitische Bestrebungen ist die Mitwirkung der Frauen geradezu unentbehrlich. Ich möchte deshalb vorschlagen, die Petition der Regierung zur Erwägung oder zur Berücksichtigung zu überweisen. Redner geht dann auf die **Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten** ein, wonach Frauen Versammlungen

politischer Vereine, falls sie in einem besonderen Segment abgeordnet seien, beivohnen dürfen, und fragt den Minister, wie dieser Erlass mit § 8 des Vereinsgesetzes in Einklang zu bringen sei. Ist der Erlass aber berechtigt, dann muß eine solche Verfügung nicht bloß für den Bezirk des Polizeipräsidenten Berlin erfolgen, sondern es muß dasselbe Recht für das ganze Land gelten; dann müßte der Minister seine Ausführungsorgane anweisen, im ganzen Bereich der Monarchie so zu verfahren, wie es der Polizeipräsident von Berlin offenbar mit seiner Zustimmung für Berlin angeordnet hat.

Minister des Innern Frhr. v. Hammerstein:

Die Erweiterung der Berufstätigkeit der Frauen in neuerer Zeit ist gewiß aus vielen sozialen Gründen freudig zu begrüßen; aber wie weit die Anteilnahme der Frauen an öffentlichen Dingen zu gehen hat, darüber sind die Meinungen in der ganzen Welt heute noch nicht geklärt. Gewiß sind wir alle darin einig, daß insbesondere auf dem Gebiete der praktischen Krankenpflege im weitesten Sinne die Thätigkeit der Frau heute unentbehrlich ist; aber ob sie auf politischem Gebiet auch nur segensreich sein könnte, selbst in einer weiten Zukunft, das muß ich wenigstens auf das äußerste bezweifeln. (Unruhe links.) Die Verhältnisse haben sich in den 50 Jahren, die seit Erlass der Verordnungen über das Vereins- und Versammlungsgesetz vergangen sind, in dieser Beziehung noch nicht geändert. Mit welcher Vorsicht hat damals die Kommission dieses hohen Hauses, die berufen war, die längstst oktroizierte Verordnung eingehend zu prüfen, in ihrem Bericht als Grundsatz festgestellt: „An politischen Vereinen soll nur derjenige teilnehmen, der berufen ist, politische Rechte in der Oeffentlichkeit auszuüben.“ Weiter wird gesagt, daß sehr wesentliche, in der Natur der Frauen und in der Entwicklung unseres Staatslebens liegende Bedenken dagegen sprechen, diese Rechte Frauen zu gewähren. Dies Urteil hat denn auch einstimmig die Billigung des Hauses gefunden. Wir stehen deshalb heute auf demselben Standpunkt wie vor 50 Jahren, daß zu eigentlichen politischen Vereinen Frauen nicht zugelassen sind. Sie mögen in Berufsvereinen mitwirken, sie mögen, wie das Vereins-gesetz ausdrücklich gestattet, auch in Vereinen ihren Beruf weiter aus-gestalten und verteidigen, welche ausdrücklich zu dem Zweck gegründet sind, diese Berufstätigkeit weiter zu fördern, und selbst wenn hier und da in diesen Vereinen einmal ein politischer Gegenstand zur Erörterung steht, so würden, was mit den Bestimmungen der Verordnung von 1850 vollständig vereinbar ist, die Frauen nicht ausgeschlossen werden von diesen Fachvereinen. Die Frauen sind selbst nicht ausgeschlossen von politischen Versammlungen, welche zu einem bestimmten Zweck von einzelnen Personen oder Gruppen von Personen berufen werden; ausgeschlossen sind sie nur von der dauernden Thätigkeit in politischen Vereinen, und zwar solchen Vereinen, deren Zweck es ist, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern. Das ist die gesetzliche Grundlage, an der etwas zu ändern ich wenigstens keinerlei Bedürfnis empfinde.

Ich bin dann vom Abg. Dr. Sattler gefragt worden, wie sich mit diesen Bestimmungen des Gesetzes die neue Anordnung des Polizeipräsidenten von Berlin bezüglich der Zulassung von Frauen zu Vereinsversammlungen politischer Vereine vertrage. § 8 des Vereinsgesetzes bestimmt, daß Vereine, die bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, Frauenpersonen, Schüler und Lehrlinge als Mitglieder nicht aufnehmen sollen. Die Zuwiderhandlung wird ausdrücklich unter Strafe gestellt. Es ist weiter gesagt, Frauenpersonen dürften den Versammlungen und Sitzungen solcher politischen Vereine nicht beivohnen. Das klingt ebenso apodiktisch als wie: „Sie dürfen nicht Mitglieder werden.“ es ist aber anders gedacht. Aus den Verhandlungen der Kommission dieses hohen Hauses geht das ausdrücklich hervor. Es soll danach nicht die Anwesenheit einer Frau in solchen Versammlungen direkt unter Strafe gestellt werden, das würde zu weit führen. Es soll nur der Polizei Gelegenheit gegeben werden, auf die Entfernung dieser Frauen hinzuwirken! Erst dann, wenn diese Gelegenheit ergriffen ist und dem Gebote der Polizei nicht gefolgt wird, soll eine Strafe verhängt werden. Der Schlußsatz des Paragraphen lautet deshalb ausdrücklich: „Wenn die Frau auf die Aufforderung des anwesenden Abgeordneten der Obrigkeit sich nicht entfernt, so ist Grund zur Auflösung der Versammlung oder der Strafe vorhanden.“ Es wird also hier auch nicht eine Strafe festgesetzt, sondern nur konstatiert, daß ein Grund zur Auflösung gegeben sei. Es kommt nun hier zweierlei in Betracht. Erstens ist die Polizei nicht verpflichtet, einer jeden Versammlung eines politischen Vereins beizuhören. Es ist der Polizei nur die Befugnis, das Recht dazu eingeräumt. Der Erfolg dieser Bestimmungen ist der gewesen, daß in sehr zahlreichen Vereinen in der ganzen Monarchie, bei deren Versammlungen Abgeordnete der Polizei nicht anwesend waren, Frauen den Versammlungen unbeanstandet beivohnten. Zweitens kommt in Betracht, daß, wenn die Polizei von ihrem Rechte Gebrauch macht, solchen Versammlungen beizuhören, sie auch wiederum das Recht, die Befugnis hat, die anwesenden Frauen zu entfernen und dazu aufzufordern. Sie ist aber nicht gezwungen dazu und so ist es thatsächlich in der ganzen Monarchie gehandhabt worden. Nun ist richtig, daß sehr anstößige Vereine gegenüber der Polizei geneigt ist, andere vorzugehen, wie gegenüber andern Vereinen, deren Verhandlungen in einem ruhigen Fahrwasser sich bewegen. (Weil ich das Haus links. — Was! Mund der Landwirte! Große Unruhe!) Das ist an und für sich vollständig naturgemäß, das ist geschehen, und daraufhin bin ich hier im Abgeordnetenhaus apostrophiert worden: „Es wird mit zweierlei Maß gemessen!“ (Unruhe links: Sehr richtig! — Unruhe.) Um dem abzuhelfen und um in der ganzen Monarchie gleiches Maß zu schaffen, habe ich die Verfügung erlassen, auf Grund dessen der Polizeipräsident nunmehr die Polizei-Organen zur Anwendung dieses Paragraphen angewiesen hat. Die Verfügung geht ausdrücklich dahin, daß ohne Unterschied der Partei überall mit gleichem Maß gemessen werden soll, und daß von der Befugnis der Polizei, die anwesenden Frauen aus Versammlungen politischer Vereine zu entfernen, ihm nicht sein Gebrauch gemacht werden soll, wenn durch die äußeren Thatsumstände dokumentiert ist, daß die Frauen nicht als eigentliche Teilnehmer anstreten. Dem Schmerz, der für die Frauen nach Herrn Dr. Krieger darin liegt, zur Schweigsamkeit verurteilt zu sein, will ich ihnen gerade bereiten; ich will nicht, daß sie in politischen Angelegenheiten mitreden. (Sehr gut! rechts.) Es sehe ich in aus um unren preussischen Staat, wenn die leichte Erregbarkeit der Frauen in öffentlichen Versammlungen das Volk bewegen sollte. (Wieschades Sehr richtig! rechts.) Davor müssen wir uns hüten. Es ist aber etwas ganz andres, wenn an politischen Versammlungen die Frauen nur als Zuschauerinnen teilnehmen. Wenn das äußerlich dokumentiert ist durch eine Abtrennung, durch Anweisung getrennter Plätze, so wollen wir den Frauen aller Stände gegenüber und den Vereinen aller politischen Richtungen gegenüber höflich und entgegenkommend sein. (Zustimmung rechts.) Diese Anordnung ist nicht nur für Berlin getroffen, sondern sie ist allen Regierungspräsidenten zugewandt, und sie wird gehandhabt werden von Komet bis an die Mosel. Die Frauen aber mögen sich hüten, dies Entgegenkommen zu missbrauchen. (Was! links.) Dann würde sich von der Befugnis, die das Gesetz einräumt, wieder einen schärferen Gebrauch zu machen gezwungen sein. (Weil! rechts.)

Abg. Dr. v. Seydewitz (L.): Wie werden die Frauen in ihrem wirtschaftlichen Kampfe stets unterstützen, wir können aber nicht anerkennen, daß zu diesem Kampfe, um ihr besseres wirtschaftliches Fortkommen, eine Teilnahme an politischen Versammlungen erforderlich ist. Abg. Sattler (nat.) stellt den Antrag, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Abg. Dr. Hirsch (fr. Sp.): Es ist mir unverständlich, wie der Minister behaupten kann, daß sich in der Frauenfrage in den letzten 50 Jahren nichts geändert habe. In heutigen Zeitalter aber darf man verlangen, daß die Frauen nicht nur g e d u l d e t werden in politischen Versammlungen, sondern, daß sie ein Recht haben, an ihnen teilzunehmen. Deshalb ist es erforderlich, daß die in dem



beraliteten Vereinsgesetz enthaltenen Einschränkungen aufgehoben werden.

Abg. Frhr. v. Seereemann (C.): Meine Partei betrachtet die Aufgaben der Frau, soweit sie nicht in dem Bereich des Hauses und der Familie fallen, lediglich als Nebenaufgaben, das ist unser principielles Standpunkt. Hieraus ergibt sich unsere Stellungnahme zu dem Antrage von Helfst.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Die Ausführungen des Abgeordneten widersprechen einem Beschlusse des Reichstags, an dessen Zustandekommen auch Mitglieder der Centrumpartei mitgewirkt haben. Es handelte sich damals um einen Antrag, daß den Frauen die Teilnahme an allen Versammlungen mit socialpolitischen Interessen gestattet werden und daß entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen aufgehoben werden sollten. Dieser Antrag wurde von einer großen Reihe von Centrumsmitgliedern unterstützt. Die alten Parlamentarier — das zeigt mir die Rede des Frhr. v. Seereemann — scheinen mehr Angst vor den Frauen zu haben, als die jüngeren. (Weiterkeit.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Die Anträge auf Ueberweisung zur Berücksichtigung und Erwägung werden abgelehnt. Das Haus geht darauf entsprechend dem Kommissionsantrag über die Petition zur Tagesordnung über.

## Herrenhaus.

9. Sitzung vom Montag, 5. Mai, nachm. 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Etats.

Zu der Generaldebatte nimmt das Wort

Graf Mirbach:

Bei verschiedenen Gelegenheiten hat der Reichskanzler die Anforderung ausgesprochen, es möchten sich die einzelnen Landtage mehr mit den Fragen des Reiches beschäftigen. Ich folge jetzt dieser Mahnung, betone aber, daß ich ohne Auftrag meiner politischen Freunde spreche. Der Zolltarif von 1879 ist, ebenso wie die Novelle zum Polittarif von 1887, vom Reichstage in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt worden. Jetzt ziehen sich die Verhandlungen über den Polittarif im Reichstag so lange hin. Man bemüht sich nun, allerlei Modifikationen zu erfinden, um diesem krankhaften Zustande abzuhelfen; es werden Diäten an den Reichstag empfohlen. War aber der Reichstag von 1879 nicht auch ein diätenloser Reichstag? Die fünfjährigen Legislaturperioden wirken ungünstig auf die Präsenz des Reichstages ein. Der Grund aber liegt sehr viel tiefer. Es liegt mir vollkommen fern, auch nur die Spur einer überflüssigen Kritik anlegen zu wollen an den gegenwärtigen Reichskanzler. Der zweite Reichskanzler trat eine erdrückende reiche Erbschaft an, der er keineswegs gewachsen war, und die Konsequenz davon war, daß der gegenwärtige Reichskanzler eine sehr viel minderwertige Erbschaft angetreten hat, eine Erbschaft, die man im gewöhnlichen Leben nur eum bono facio inventarii antreten würde. (Weiterkeit und Sehr gut!) So lange die Gesundheit des Reichskanzlers es zuließe, wären die Abgeordneten, die seinem Hause näher standen, jeden Tag geladen, bei ihm in den Stunden von 9—11 Uhr zum Thee zu erscheinen und diese parlamentarischen Diskussionen haben in der That die Reichstags-Abgeordneten ganz außerordentlich belebt und unterstützt. An die Stelle der entschiedenen und zielbewußten Bismarckschen Politik hat dann eine Politik, die auch in Bezug auf ihre Stellung zu den Parteien die Devise befolgt: „Wir nehmen das Gute, wo wir es finden,“ mit der Konsequenz, die Herr v. Helldorf einmal mit den Worten ausdrückte: „Niemand unterstützt diese Regierung unbestraft.“ Der Kurs mit den bekannten Namen gab eine Zeitlang die Parole des Kampfes gegen den Unisurz aus; der Reichstag aber ließ das Gesetz zum Säug der Arbeitswilligen in einer Grube verschwinden und bereitete ihm nicht einmal ein anständiges Begräbnis. Eine derartige schwankende Politik muß natürlich die radikalen Elemente in die Höhe treiben. Dazu kommt, daß es bei allen Parteien, von der äußersten Rechten bis zu den Socialdemokraten, mit wenigen Ausnahmen an einem arbeitsfreundigen und — leistungsfähigen Nachwuchs fehlt. Ich würde es nicht für richtig halten, einem auf Grund des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählten Reichstages Diäten zu bewilligen. Erst müßte man — das wäre die unerlässliche Bedingung — das geheime Wahlrecht beseitigen, dann ließe sich über die Frage reden. Schon das allgemeine, gleiche Wahlrecht — das Wort „geheim“ lasse ich dabei weg — ist ein sehr starkes, rein demokratisches Band, das der erste Reichskanzler um das neugegründete Deutsche Reich geknüpft hat. Ich glaube, daß in keiner Partei, am allerwenigsten in der meinigen, irgend jemand gewillt ist, an dem allgemeinen Wahlrecht zu rütteln; aber wir sehen allerdings und ich persönlich sehe in dem geheimen Wahlrecht eine schwerwiegende Gefahr. Wenn ich recht unterrichtet bin, hat das Centrum in der letzten Zeit eine Verfassungsänderung nach der Richtung hin erstrebt, daß es für die Reichstagsmitglieder Diäten beantragt. Wenn die Herren vom Centrum das wollen und die verbündeten Regierungen dem zustimmen, so müssen die Herren vom Centrum auch die Konsequenzen ziehen, d. h. das geheime Wahlrecht beseitigen. Das geheime Wahlrecht ist der Nährboden der Socialdemokratie. (Sehr richtig!) Wenn das Centrum in den Kampf wider die Socialdemokratie eintritt, und das wird bei den nächsten Wahlen im Rheinland der Fall sein, so wird die Socialdemokratie sich wirksam auf das geheime Wahlrecht stützen können. Wenn man den auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechts Gewählten Diäten bewilligen würde, so würde das die Radikalen hochbringen und die besonnenen Elemente würden schwinden. Das wäre verhängnisvoll nicht bloß für den deutschen Reichstag, sondern auch für den Bestand des Deutschen Reiches. Möge Gott dem ersten Beamten Preussens und des Deutschen Reiches die Kraft geben, Deutschland in festem Kurse so zu leiten, wie es unter dem ersten Kanzler geleitet wurde. Das ist aber nur durchführbar, wenn die Regierung sich auf eine gerechte und vollkommen nationale Wirtschaftspolitik stützen kann. (Lebhaftes Bravo!)

Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben: Graf v. Mirbach hat weniger zum Etat, als über Dinge gesprochen, die ausschließlich das Reich oder den Reichstag angehen. (Sehr richtig!) Ich möchte aber warnen, Angelegenheiten des Reiches vor das Forum dieses hohen Hauses zu ziehen; gerade so wie die verbündeten Regierungen unzählige Male den Reichstag davor gewarnt haben, spezifisch preussische Angelegenheiten vor sein Forum zu ziehen. Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Im übrigen kann ich dem Schluß der Rede des Grafen Mirbach nur zustimmen, daß der Reichskanzler nur mit einer nationalen Wirtschaftspolitik Erfolg haben wird. Ich glaube aber sicher zu sein, daß sein ganzes Streben dahin gerichtet ist, eine solche Politik zu verfolgen.

Graf v. Mirbach: Der Herr Finanzminister hat dagegen Verwahrung eingelegt, daß ich Dinge des Reiches hier zur Sprache gebracht habe. Demgegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß jedem Landtag und auch jedem einzelnen Mitglied eines Landtags das Recht zusteht, an den Maßnahmen der Regierung Kritik zu üben. (Sehr richtig!) Wie wir das schon oft gethan haben, z. B. in den Fragen der Handelspolitik und der Pölle. (Sehr richtig!) Dieses Recht werde ich mir nie nehmen lassen. (Bravo!)

Oberbürgermeister Vender-Weßlan: Gegenüber den Verheerungen des Grafen Mirbach betr. die Diäten für die Reichstagsmitglieder wolle er nur bemerken, daß Diäten kommen werden und kommen müssen. Sie kämen auch nicht nur den radikalen Parteien, sondern allen Parteien zu gute. Damit schließt die Generaldiskussion.

## Aus Industrie und Handel.

Vom Schiffsfahrtskrust. Die Erregung der englischen Presse über das Navigations-„Schidial“, wie der Morgansche Schiffsfahrtskrust meist genannt wird, beginnt abzunehmen. Wenigstens die der Regierung nahestehenden Blätter erklären sich durch die von den Herren Arthur und Balfour abgegebenen Erklärungen für befriedigt.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Reid in Berlin. Für den Inzerentent

daß für die nächsten drei Jahre die dem Krust angegeschlossenen Linien unter englischer Flagge und die subventionierten Schiffe der britischen Admiralität als Kreuzer zur Verfügung bleiben; und nebenbei tröstet sie sich mit der Hoffnung, daß auch nach Ablauf dieser dreijährigen Frist wahrscheinlich die Schiffe aus verschiedenen Gründen nicht ihre Flagge wechseln werden. Auch der Aktionärsstandpunkt wird zur Geltung gebracht und als Vorteil bezeichnet, daß nur die starke, ruinöse Konkurrenz zwischen den verschiedenen Dampferlinien aufgehoben und wieder ertägliche Verhältnisse im Schiffsfahrtsbetriebe — d. h. ertägliche Verhältnisse für die sekundär am Ertrage der Linien Interessierten — eintreten dürften. Es ist dieselbe Unternehmungskraft, die meist in den Urteilen der deutschen kapitalistischen Presse zum Ausdruck kommt, von der „Kreuzzeitung“ bis zur „Frankf. Ztg.“, die von einem beabsichtigten Morganschen Weltkrust zu berichten weiß, zu dessen Leiter Herr Wallin, dem ein Jahresgehalt von einer Million Dollar angeboten worden sein soll, aussersehen gewesen sei. Die Frage, wie weit die Abhängigkeit von der amerikanischen Direktion sich als schädlich für den Außenhandel und besonders für die Exportinteressen erweisen kann, wird durchweg ignoriert. Nur wenige Blätter scheuen sich nicht, offen zu sagen, warum es sich handelt, darunter die „Daily News“, die einen gegen den Krust gerichteten Artikel mit den Worten schließt: „Was in der Gegenwart der Krust für uns bedeutet, ist klar genug. Die Kontrolle wird centralisiert, die Preise für die Frachten werden vielmehr zunächst herabgesetzt, um nachher zu steigen, und endlich werden alle Fragen über Transport und Ladung nicht mehr im englischen, sondern im amerikanischen Interesse entschieden.“

Oesterreichisch-ungarisches Eisenkartell. Nachdem kürzlich die Verhandlungen über die Bildung des neuen ungarischen Eisenkartells zum Abschluß gelangt sind, ist nun auch zwischen diesem und dem österreichischen Kartell eine Verständigung herbeigeführt worden. Damit hat die kartelllose Zeit, die einen so hübschen Ueberfluß an gegenseitigen „Communiqés“ und so manche feltamen Treibereien an der Wiener Börse gezeitigt hat, endlich ihren Abschluß gefunden. Bekanntlich ging vor etwa zwei Jahren das damalige Oesterreichisch-ungarische Kartell in die Brüche, weil die Lima-Muranger-Gesellschaft damals ohne Verständigung mit den übrigen Gruppen des Kartells die Hernadthaler Eisenwerke, die bisher außerhalb des Kartells gestanden und sich im Kampf gegen dieses ruiniert hatten, ankaufte, und nach dem Ankauf verlangte, daß sie berechtigt sein sollte, außer dem Quantum Eisen, das sie bisher, dem gegenseitigen Uebereinkommen entsprechend, abgab, nach Oesterreich geliefert hatte, auch jene Menge dorthin auszuführen, die früher die Hernadthaler Eisenindustrie regelmäßig in der österreichischen Reichshälfte abgesetzt hatte. Im Grunde handelte es sich um eine Bagatelle, um etwa 4500 Tons pro Jahr; aber jeder Teil beharrte auf seinem angeblichen Recht, und so entwickelte sich ein heftiger Kampf, der mit beiderseitigen Preisunterbietungen angefochten wurde. Vielleicht würde die kartelllose Zwischenzeit noch länger ausgebeutet worden sein, da sie mit ihren verschiedenartigen Wendungen gute Gelegenheiten zu Spekulationen an der Börse bot, aber erstens kommen jetzt die staatlichen Interventionen zur Ausführung, die im vorigen Jahr bewilligt worden sind, und zweitens handelt es sich für die Eisenindustrie darum, einheitlich im Zollkampf vorzugehen, unmöglichst viel herauszuschlagen und den Ansprüchen der ungarischen Agrarier ein Paroli zu bieten. So haben sich denn die kämpfenden Parteien wieder zusammengeschunden, und werden sich jetzt sicherlich daran machen, die Preise nach und nach so hoch zu treiben, wie es die Rücksicht auf die deutsche Konkurrenz gestattet.

Der Erfolg liegt im ganzen auf seiten des ungarischen Eisenkartells, dem nach Oesterreich ein Absatz von 30000 Tonnen, davon der Lima-Muranger-Gesellschaft ein Kontingent von 15000 Tonnen, zugestanden worden ist, während das österreichische Kartell nach Ungarn nur 18000 Tonnen absetzen darf. Zugleich ist mit den staatlichen ungarischen Eisenwerken und den Werken der Staatseisenbahn-Gesellschaft ein Abkommen getroffen, das diese zu Preisinteressen des ungarischen Kartells macht, wie denn auch in dem ungarischen dreigliederigen Exekutivkomitee neben dem Direktor der Lima-Muranger Gesellschaft ein Vertreter der Reichs- und Werke der Staatseisenbahn-Gesellschaft und der Direktor der staatlichen Eisenwerke Sitz und Stimme haben werden. Durch diesen Anschluß der Staatswerke hat sich das Kartell bei den Zoll- und Handelsvertrags-Verhandlungen eine gewisse Unterstützung der ungarischen Regierung gesichert.

Saatenstand in Ungarn. Der Saatenstands-Bericht des ungarischen Ackerbauministeriums befragt: Weizen überwinterte gut, der Stand deselben ist teils befriedigend, teils sehr gut, fast zu äppig; Roggen litt in einzelnen Gegenden unter dem Frost und der Kälte im April, der allgemeine Stand ist fast befriedigend; Wintergerste steht durchschnittlich gut, Sommergerste schwächer, Hafer befriedigend.

## Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Vergolder! Die Differenzen bei der Firma Kunzendorf, Ruslanerstr. 29, dauern fort. Die Vertreter unserer Organisation, welche gestern, Montag, mit Herrn Kunzendorf unterhandeln wollten, sind brüsk abgewiesen worden mit dem Bemerkten, daß er mit uns nichts zu unterhandeln habe. Die Kollegen sind sämtlich entlassen worden und es wird hiermit dringend vor Zugung gewarnt. Bemerk sei noch, daß die Accordpreise bei Herrn Kunzendorf um 150 Proz. niedriger stehen, als in allen andern Werkstätten und Fabriken. Die Ortsverwaltung der Filiale Berlin.

Deutsches Reich.

Mahregierungen wegen der Mafseier.

Die Lederfabrik von E. Meyer, Berlin, Prinzen-Allee, hat 70 Arbeiter wegen der Feier des 1. Mai bis zum 9. Mai ausgesperrt. Die Organisation der Lederarbeiter unterstützt dieselben mit 3 M. pro Tag.

In Hamburg sind 196 Steinseher und 176 Kammer auf 10 Tage ausgesperrt worden. — Zu den bereits gemeldeten Aussperrungen von Holzarbeitern in Leipzig kommen noch die Arbeiter von zwei weiteren Tischlereien hinzu. — In Karlsruhe sind fast sämtliche Kürschner und Hilfsarbeiter von der Aussperrung betroffen. — Eine Baufirma in Wolfenbüttel sperrte eine Anzahl Maurer aus. Die Kollegen der Aussperrten erklärten sich mit diesem solibaren und legten die Arbeit nieder. Von der Aussperrung sind 35 Maurer betroffen.

Malerkunst in Posen. Von 360 am Orte beschäftigten Malern und Anstreichern haben 342 die Arbeit niedergelegt. Sie fordern Verfürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden, sowie Festsetzung eines Mindestlohnes von 33 Pf. für Anstreicher und 40 Pf. für Maler. — Um Fernhaltung des Zugzugs wird ersucht.

Die Barbier- und Friseurgehilfen in Hannover haben den Streik beschlossen und deshalb am letzten Sonnabend ihre Stellungen gelündigt. Gefordert wird: Regelung der Arbeitszeit, Minimallohn mit freier Station 8 M., ohne freie Station 20 M., für Zuschläge 3 M. bezw. 4.50 M. pro Tag. Anerkennung des Verbandes und seines Arbeitsnachweises, Innehaltung der gesetzlichen Ruhezeit, Freigabe der zweiten Feiertage an den hohen Festen.

Bei den Gewerbegerichts-Wahlen in Stettin, in dem letzten Sonntag stattfanden, siegen die vom Gewerkschaftskartell aufgestellten Arbeitnehmer-Kandidaten sämtlich, während die Arbeitgeber-Kandidaten des Kartells in drei Bezirken gewählt wurden. In einem Bezirk mit 15 000 Wählern (Arbeitnehmer) konnte wegen des großen Andranges die Wahl nicht zum Abschluß gebracht werden, sie muß deshalb an einem späteren Termin vollzogen werden.

Verantwortlich: Ed. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Der Schneiderstreik in Hiesburg ist nunmehr beendet, nachdem er 8 Wochen gedauert hat. Am Montag wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Erfolge haben die Streikenden nicht errungen.

Lohnbewegung der Maurer in Stuttgart. Nachdem sich Arbeiterbewegung gezeigt hatten, in Einigungsverhandlungen einzutreten, haben solche nun doch auf Betreiben eines Gewerbe-richters stattgefunden, jedoch kam kein befriedigendes Resultat zu Stande. In einer dieser Tage abgehaltenen Versammlung machte sich eine lebhaftere Stimmung für den sofortigen Streik bemerkbar, schließlich wurde jedoch beschlossen, noch einige Tage abzuwarten, ob nicht doch eine Einigung erzielt werden könne.

Ausland.

Die Aussperrung der dänischen Hafnarbeiter und Seelente. Die Hafnarbeiter haben nun, entsprechend dem Beschluß des „Gesamterverbandes der Gewerkschaften“, in fast allen Hafenstädten Dänemarks die Arbeit eingestellt. In Esbjerg wurde von einer von 500 Hafnarbeitern besetzten Versammlung freilich beschlossen weiterzuarbeiten. Es hat dies darin seinen Grund, daß von den landwirtschaftlichen Genossenschaften in Jütland so viele Bauernsöhne, Häusleröhne und Diensteute nach Esbjerg geschickt worden sind, um die Arbeit der Hafnarbeiter zu verrichten, daß diese durch Arbeitsniederlegung keine Verzögerung erfahren würde. — Im Kopenhagener Hafen sind nur sehr wenige Schiffe. Der Seeverkehr stockt. Viele Güter werden mit der Eisenbahn transportiert und die Güterexpedition auf dem Bahnhof ist mit Waren überlastet. Auch im Freihafen ruht die Arbeit seit Sonnabend.

Bergarbeiter-Ausstand in Spanien. In der Gegend von Guercas sind 2000 Grubenarbeiter in den Ausstand getreten; eine Abordnung der Ausständigen verhandelt mit den Arbeitgebern.

## Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenstudium in Bayern. Wie der „Münchener Post“ berichtet wird, dürfen nach einer neuen Verordnung des Ministeriums Frauen zu den Vorlesungen der Universitäten nur noch mit besonderer Genehmigung zugelassen werden. Bisher war es den Universitätslehrern überlassen, ob sie Frauen zulassen wollten oder nicht. Gründe für diese Maßregel werden nicht genannt; sie dürften auch schwerlich das Licht der Öffentlichkeit vertragen.

Der Verein Berliner Dienstherrschaften und Dienstangehörten hält eine öffentliche Versammlung am Dienstag, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Königshof, Bülowenstr. 37/40 ab. Herr Walded Manasse wird über: „Der Dienstverhältnis in Gegenwart und Zukunft“ sprechen. Freie Aussprache. Gäste willkommen.

## Versammlungen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend hielt am 2. Mai eine Versammlung ab, um Stellung zu nehmen zu der Aussperrung wegen der Mafseier.

Gehl gab den Situationsbericht, aus welchem hervorgeht, daß die Androhung des Bundes der Angehörigen, bis zum 8. Mai auszusperrten, ein Schlag ins Wasser war. Das hat der zahlreiche Besuch der Versammlung am 1. Mai bewiesen und ferner, daß nur 328 Mitglieder ausgesperrt sind. Die Versammlung beschloß noch längerer Diskussion, die Aussperrten sowie die Arbeitslosen vom 3. Mai ab mit 8 M. zu unterstützen.

Die Kontrollmeldung geschieht täglich vormittags von 8—12 Uhr, die erste Auszahlung erfolgt am 7. Mai, nachmittags von 3 Uhr ab im Lokal von Frau Wille, Linien- und Rüdigerstrassen-Ecke.

Unter Verschiedenem wurde erwähnt, daß auf dem Bau der Gasanstalt Danzigerstraße am 20. April drei Mann ihre Entlassung bekamen, weil sie zu viel „agitiert“ haben. Verhandlungen zwischen dem Ingenieur und den Organisationen hatten keinen Erfolg, deshalb legten sämtliche 70 Maurer die Arbeit nieder.

Die Töpferträger besprechen am Sonntag in einer stark besuchten Versammlung die Tarifverhandlungen mit der Berliner Töpfer-Zinnung. Aus dem Bericht des Vertrauensmannes ist hervorzuhelien, daß die Zinnung Bedingungen stellt, die anzunehmen die Kommission nicht empfehlen kann; so sollen u. a. alle vor dem 1. Juli begonnenen Arbeiten noch nach dem alten Tarif bezahlt werden und nach dieser Zeit der neue Meisterlohn in Kraft treten, der bis zum 31. Dezember 1903 Gültigkeit haben soll. Nachdem eine längere Diskussion stattgefunden hatte, gelangte eine Resolution einstimmig zur Annahme, in der die Versammelten die Forderungen der Meister ablehnen und auf der Anerkennung des eigenen Tarifs, der am 1. Juni d. J. in Kraft treten soll, bestehen. Die Versammlung beauftragt die Kommission, diesen Standpunkt in der Mitte dieser Woche stattfindenden gemeinsamen Kommissionssitzung (der Arbeiter und der Meister) energisch zu vertreten. Sollten jedoch die Verhandlungen nochmals resultatlos verlaufen, so ist sofort, spätestens zum nächsten Freitag, wieder eine Versammlung einzuberufen, in der endgültig über den Beginn des Streiks entschieden werden soll.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands. (Mitgliedchaft Berlin.) Dienstag, den 6. Mai, abends 9 Uhr, Kollnseppstr. 57 bei Bauer: Mitglieder-Versammlung. Vortrag der Frau Hilz Braun: Die gesellschaftliche Notwendigkeit der Frauenarbeit. Gäste willkommen. Mitglieder werden aufgenommen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Arbeitsstellen.

Krefeld, 5. Mai. (W. Z.) Sämtliche Arbeiter der hiesigen Stahlwerke, Aktiengesellschaft haben wegen der angeforderten Lohnreduktion die Arbeit eingestellt.

Postdiebstahl.

Genf, 5. Mai. (W. Z. W.) Gestern wurde während der Fahrt von Courmayeur nach hier aus dem Postwagen des Eisenbahnzuges ein Geldsack mit 60 000 Fr. in Gold gestohlen.

Unterhand.

London, 5. Mai. (W. Z. W.) Auf eine Anfrage Leams, ob zwischen den Mächten eine endgültige Abmachung bezüglich der Uebergabe Tientsins an die chinesischen Behörden getroffen sei, erwidert Cranborne, man sei noch zu keiner Abmachung gekommen.

Hamburg, 5. Mai. (W. Z. W.) Durch Aufrührern von Gad erfrühte in der letzten Nacht in einem Hause am Hammersteinbaum eine aus 4 Personen bestehende Familie.

Budapest, 5. Mai. (W. Z. W.) Der Abgeordnete Universitäts-Professor Ludwig Lang ist zum Handelsminister ernannt worden.

Budapest, 5. Mai. (W. Z. W.) In einem Lager bei Orkény, in welchem sich ein Infanterieregiment und eine Abteilung Artillerie befinden, explodierten gestern infolge von Unvorsichtigkeit eines Soldaten ein Artilleriegeschütz. Durch die Explosion wurden zwei Unteroffiziere getötet und einer schwer verletzt.

Budapest, 5. Mai. (W. Z. W.) In dem Badeort Barsfeld wurden 200 Häuser samt Nebengebäuden durch eine Feuerbrunst zerstört; mehrere Personen wurden verletzt.

Kopenhagen, 5. Mai. (W. Z. W.) Die Generalversammlung der dänischen vereinigten Arbeiter-Verbindungen erklärte heute nach siebenstündiger Sitzung den Ausstand der Hafnarbeiter, Seelente und Heizer, da derselbe ausständlos sei, für beendet. Die Kopenhagener Hafnarbeiter, welche der genannten Vereinigung nicht angehören, werden, mit Ausnahme der Freihafen-Arbeiter, von obigen Befehl nicht berührt.

Petersburg, 5. Mai. (W. Z. W.) Die „Gesetzsammlung“ von heute veröffentlicht die Proklamierung des Ständerechts in fünf Kreisen des Gouvernements Pskowa.

Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.



Reichstag.

182. Sitzung vom Montag, den 5. Mai 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Posa dowski.

Präs. Graf Ballestrem: Ich habe Ihnen eine erschütternde Trauermeldung mitzuteilen. Unser Kollege, das Mitglied des Reichstags Johann Friedel (noll.), seit dem 6. März 1900 für den 2. Wahlkreis (Oberfranken) ist heute auf dem Wege von seiner Heimat nach Verlin, wohin er sich als Abgeordneter begeben wollte, durch einen Eisenbahnunfall getötet worden. Wir beklagen auf das schmerzhafteste den Verlust des Heimgegangenen, der auf dem Wege der Pflicht den Tod erlitt. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich konstatiere das.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Beratung des Gesetzentwurfs betr. die geschäftliche Behandlung des Entwurfs eines Volkstaxens (Dienstvorsorge).

Der Entwurf wird debattelos angenommen, ebenso in der Gesamtsitzung gegen die Stimmen der beiden freisinnigen Gruppen, der Antisemiten und der Sozialdemokraten.

Zweiter Punkt der Tagesordnung ist der Gesetzentwurf, betr. Militärdienstleistungen bei den Schütztruppen.

Auf Antrag Waffermann (noll.) wird dieser Gegenstand von der Tagesordnung abgesetzt, weil der Abg. Dr. Hoffe, der einen Änderungsantrag stellen will, durch das Eisenbahnunglück bei Gerdau am Erscheinen verhindert ist.

Darauf wird die zweite Beratung des Toleranzantrages fortgesetzt. § 2b bestimmt in der Kommissionsfassung: Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme an dem Religionsunterricht oder Gottesdienst einer anderen Religionsgemeinschaft angehalten werden, als den im § 2 und § 3a getroffenen Bestimmungen entspricht (das nämlich das Religionsbekenntnis des Kindes durch Vereinbarung der Eltern event. durch die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs bestimmt wird).

Dazu liegt ein Antrag Albrecht (Soc.) u. Gen. vor, der § 2b durch folgenden § 2b ersetzen will: Die Religionsunterweisung kommt in allen Schulen des Deutschen Reiches als Unterrichtsgegenstand ausnahmslos in Fortfall.

Ein Antrag v. Chranowski, Dr. v. Komierowski will zu § 2b als Absatz hinzufügen, daß ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten auch nicht zur Teilnahme an dem nicht in seiner Muttersprache erteilten Religionsunterricht angehalten werden darf. Die Entscheidung über die Muttersprache soll den Erziehungsberechtigten zustehen.

Ein Antrag Schrader will in § 2b bestimmen, daß ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht zur Teilnahme an einem Religionsunterricht oder Gottesdienst angehalten werden darf.

Abg. Schrader (fr. Bg.) begründet seinen Antrag. Die Gewissensfreiheit ist nicht gewahrt, wenn wir nur verhindern, daß ein Kind nicht am Religionsunterricht einer anderen Religionsgemeinschaft teilnehmen muß, wir müssen den staatlichen Zwang aus dem ganzen religiösen Leben entfernen.

Abg. Dr. Sieber (noll.): Wir werden alle drei gestellten Anträge ablehnen, weil sie schwere Eingriffe in die Schulgesetzgebung der Einzelstaaten bedeuten, die diese sich heute wenigstens auf seinen Fall gefallen lassen werden. — Herrn Kunert ist es sehr schwer geworden, dem Programmsatz „Religion ist Privatsache“ in der Begründung seines Antrages gerecht zu werden. Seine Begründung erinnert vielmehr an den scherzhaft umgefallenen Satz: „Religion ist Privatsache, im übrigen aber Lust.“ — Wenn er von den Privatanklagen den Religionsunterricht ausgeschlossen wissen wollte, so wäre ein solches Verlangen kräftigste Intoleranz und der größte Eingriff in die Gewissensfreiheit der Eltern.

Der Antrag Schrader wäre durchaus diskutabel, wenn in einem neuen Staatsvertrage die Schulgesetzgebung neu zu regeln wäre. In unserm komplizierten Staatengebilde aber mit seiner langen Geschichte ist ein solcher Eingriff in die Schulgesetzgebung der Einzelstaaten unmöglich. Zudem bedeutet der Antrag einen erheblichen Eingriff in das Recht und die Gewissensfreiheit des Kindes. Der Vater kann nach dem Antrag Schrader unter Umständen aus ganz wichtigen Gründen die Teilnahme des Kindes an dem Religionsunterricht der Schule verhindern. Wir werden für die Kommissionsfassung stimmen, mit deren Grundzügen wir einverstanden sind. Eine erhebliche praktische Bedeutung messen wir dem Antrag nicht bei, wollen aber auch den Schein der Intoleranz vermeiden.

Abg. Dr. Wagem (C.): Auch wir werden die Anträge ablehnen. Der Antrag Schrader liegt auf dem Gebiet der Schulgesetzgebung, und diese ist den Einzelstaaten vorbehalten. Was den Antrag der polnischen Fraktion anlangt, so haben wir stets betont, daß auch wir verlangen, der Religionsunterricht dürfe nur in der Muttersprache des Kindes erteilt werden. Aber auch dieser Antrag liegt nicht mehr auf dem Gebiete der Religion, sondern der Schulgesetzgebung und geht damit über den Rahmen dieses Gesetzes hinaus. In der Kommission haben die Herren ihren Antrag auch nicht gestellt, ich nehme also wohl mit Recht an, daß sie mit ihm mehr eine öffentliche Demonstration gegen die polnischen Schulzustände beabsichtigen. Dieser Zweck ist nunmehr erreicht. Für den Antrag können wir hier im Reichstag nicht stimmen, im Abgeordnetenhause werden wir für die Ziele des Antrags stets einstimmen. Gegenüber dem Antrag Albrecht kann ich mich den Ausführungen der Herren Vordredner anschließen. Der Antrag bedeutet nach unserer Meinung auch in der neuen Fassung nicht Toleranz, sondern Intoleranz.

Abg. Graf Bernstorff-Melzen (Welfe) erklärt sich für die Kommissionsfassung.

Abg. Bebel (Soc.):

Der Abg. Schrader meinte, unser Antrag gehöre nicht in den Rahmen dieses Gesetzes hinein. Wir befassten uns aber hier mit einem Toleranzgesetz, durch welches jeder Zwang in Bezug auf das religiöse Bekenntnis aus der Welt geschafft werden soll. Daher ist unser Antrag sehr wohl angebracht. Wir stellen den Antrag nicht aus Religionsfeindschaft, sondern wollen damit im Gegenteil die möglichste Freiheit der Religionsausübung sichern. Wir unterscheiden uns von den andern Parteien in unserer Auffassung über die Aufgabe des Staates gegenüber der Kirche, speziell gegenüber der Schule. Der heutige Staat ist kein christlicher Staat, er ist ein paritätischer Staat, der die Staatszugehörigkeit nicht abhängig macht von irgend einem Glaubensbekenntnis. Prinzipiell steht er auf dem Standpunkt, daß jeder nach seiner Façon selb. werden kann. Glaube, was Du willst, bezahle, was Du sollst! Niemand wird behaupten wollen, daß der preussische Staat nach christlichen Grundsätzen regiert wird, damit stünde die ganze Militär-, Marine-, Kolonial-, Steuerpolitik und auch der neue Volkstaxen in kräftigstem Widerspruch. Der eigentliche Zweck des heutigen Staates, die Sicherung nach außen und die Förderung des Wohles der einzelnen Mitglieder im Innern wird ja natürlich von dem heutigen Staat nicht im entferntesten erreicht. Mit Rücksicht auf diesen Zweck aber sind vom Staate doch die Militärpflicht und der allgemeine Schulzwang eingeführt worden. Wir stehen nun auf dem Standpunkt, daß die Schule den Staatsbürger nur für sein künftiges Leben auszubilden hat. Wir halten es für ungerade, wenn der Staat deshalb, weil vielleicht zufällig eine Majorität seiner Mitglieder zu einem bestimmten Glaubensbekenntnis gehört, daraus die Verpflichtung ableitet, daß der Religionsunterricht in diesem Glaubensbekenntnis in die Schule aufgenommen sei. Das ist dann ein Zwang für alle diejenigen, die nicht der herrschenden Religionsgemeinschaft angehören. Der Antrag Schrader befreit keineswegs diesen Zwang vollkommen. Tausende von Arbeitern können ihrer Anschauung auch

nach Annahme dieses Antrags nicht gerecht werden, weil sie fürchten müssen, daß, wenn sie ihre Kinder vom Religionsunterricht fernhalten, sie dann auf schwerste sozialgeschädigt werden. Der Antrag Schrader setzt eben einen Zustand voraus, der in unserer bürgerlichen Gesellschaft noch nicht existiert. Es ist durchaus falsch, daß Moral und Religion so absolut verbunden werden, daß eine Moral ohne Religion nicht denkbar ist. Es gibt antireligiöse Menschen, die aufs strengste die moralischen Grundsätze vertreten. Könnte Moral ohne Religion nicht existieren, so müßten diejenigen Staaten, die am meisten unter der Herrschaft von Religionsgemeinschaften standen, die moralischesten sein. Sie werden aber doch nicht behaupten wollen, daß die Moralzustände in den früheren Kirchenstaaten Spanien und Italien besser wären, als bei uns in Deutschland. Das auch wir, die man ja allgemein als religionsfeindlich ansieht, den Standpunkt der vollendeten Toleranz stets einnehmen, haben wir ja bei dem Jesuitengesetz bewiesen. Wir haben es bei seinem Entstehen auf das schärfste bekämpft und sind stets für die Aufhebung dieses Ausnahmgesetzes eingetreten. Ein Teil des Centrums aber hat seiner Zeit für das Jesuitengesetz gestimmt.

Für den Fall der Ablehnung unseres Antrags werden wir in erster Linie für den Antrag Schrader stimmen. Der bringt wenigstens eine kleine Verbesserung. Auch den Antrag der Polen werden wir unterstützen. Wenn die Majorität einmal die Regelung der Schulverhältnisse will, dann muß auch den Schülern und den Eltern gegenüber möglichst Rücksicht geübt werden. Es ist durchaus nicht richtig, daß der Antrag nicht hierher, sondern ins preussische Abgeordnetenhause gehört. Wir vertreten hier das, was wir für notwendig halten, ohne von vornherein daran zu denken, wie sich die Regierung dazu stellt. Bei andern Anträgen hat sich ja auch das Centrum auf diesen Standpunkt gestellt. Wir werden also für den polnischen Antrag stimmen, denn es ist zweifellos, daß für das Kind die Muttersprache im Unterricht nicht zu ersetzen ist. Wir beklagen uns ja auch immer über die Unterdrückungsversuche gegenüber den im Auslande lebenden Deutschen. Wenn wir uns aber dagegen wenden, dann müssen wir auch vermeiden, im Innern dasselbe zu tun. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Was Du nicht willst, das man Dir tu, das läß auch keinem andern zu! Dieser Grundsatz soll nicht nur ein Grundsatz der privaten Moral, sondern auch ein Grundsatz der Staatsmoral sein. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Rp.): Wir sind gegen diese Paragrafen überhaupt, weil die Schulgesetzgebung in die Einzelstaaten gehört; daß wir nicht die Religion überhaupt aus der Schule beseitigen wollen, ist selbstverständlich.

Abg. Kunert (Soc.): Ich kann mich auf kurze Bemerkungen beschränken. Auf das Verhältnis von Religion und Moral will ich nicht nochmals eingehen. — Neben den französischen Moralunterricht haben sich auch deutsche Schulmänner sowie auch der Berliner Stadtrat Dr. Weigert sehr häufig ausgesprochen. Gegenüber dem Abg. Richter muß ich auch noch die Einsichtnahme des Stenogramms seiner Rede wiederholt der Bewunderung Ausdruck geben, daß die freisinnige Volkspartei den wirklich freisinnigen Antrag des Abg. Schrader von vornherein verwirft. Die tatsächlichen Bedenken des Herrn Richter kann ich nicht anerkennen. Redner weist zum Schluß die Angriffe des Abg. Richter ab.

Abg. Richter (fr. Bg.): Es gibt zwei Methoden, einen Gesetzentwurf kaputt zu machen. Entweder redet man so viel, daß er in suspensio bleibe, oder man belastet ihn mit unannehmbaren Anträgen. Herr Kunert hat beide Methoden angewendet. (Heiterkeit.) Ich habe aber den Wunsch, daß der Entwurf in zweiter und dritter Lesung zu stande kommt. Wenn Bundesrat oder haben wir nur dann Aussicht mit ihm, wenn eine große Mehrheit des Hauses hinter ihm steht. Aus rein taktischen Gründen habe ich mich gegen alle Änderungsanträge erklärt, auch gegen freisinnige.

Abg. Bebel (Soc.): Ich verstehe den Ausfall des Vordredners nicht. Unser Verhalten bei diesem Entwurf kann doch nicht den Eindruck erwecken, als redeten wir nur, um die Zeit zu vertreiben. Das hat auch Kunert nicht getan. Wenn er unmittelbar nach mir sprach, so deshalb, weil kein anderer Redner mehr zum Wort gemeldet war, und weil er in der letzten Sitzung und heute von einer ganzen Anzahl Redner angegriffen worden ist. Zudem liegt unser abgeänderter Antrag vor. Wir richten unser Verhalten natürlich nicht danach ein, ob ein Teil des Hauses die Absicht hat, einen Tag früher mit diesem Entwurf fertig zu werden.

Abg. Richter (fr. Bg.): Herr Bebel hatte doch bereits für seine Fraktion gesprochen. Was brauchte da noch Herr Kunert zu reden. (Abg. Kunert: Unglaublich diese Schmeichelei!) Sie sind für Ihre Grobheit in Zwischenrufen bekannt.

Abg. Bebel: Es ist wirklich verwunderlich, daß sich Herr Richter so zu unserm Vordredner aufzuwerfen möchte. Wer von uns spricht, ist doch nicht seine Sache, sondern Sache unserer Fraktion. Wir weisen auf das entscheidende jeden Ratssatz von ihm darüber zurück, wie wir uns in der Debatte zu verhalten haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

In der Abstimmung wird der abgeänderte Antrag Albrecht gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt; ebenso der Antrag Schrader gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Vereinigung; ebenso der polnische Antrag gegen die Stimmen der Polen und Sozialdemokraten. § 2b wird in der Kommissionsfassung gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

§ 2c lautet in der Kommissionsfassung: „Nach beendeter vierzehnten Lebensjahre steht dem Kinde die Entscheidung über sein religiöses Bekenntnis zu.“ Der ursprüngliche Antrag Sieber hatte als Entscheidungsalter das zwölfte Lebensjahr vorgesehen. Ein Antrag des Abg. Sieber (noll.) schlägt das sechzehnte Lebensjahr vor.

Abg. Dr. Sieber (noll.) begründet den Antrag. Mit dem vierzehnten Lebensjahre hat das Kind im allgemeinen noch nicht die Reife, sich über sein religiöses Bekenntnis zu entscheiden.

Abg. Gröber (C.) hält das vierzehnte Lebensjahr als natürlichen Lebensabschnitt für besonders geeignet, dem Kinde beim Austritt aus der Schule die Wahl des religiösen Bekenntnisses zu überlassen. Der religiöse Unterricht erhält bei den meisten Konfessionen zu dieser Zeit durch die Konfirmation seinen Abschluß. Während dieser Verhandlungen erscheinen der Reichskanzler Graf Bälou, Staatssekretär von Thielmann, Handelsminister Müller und Staatssekretär des Auswärtigen Freiherr von Richthofen im Hause.

Abg. Stadthagen (Soc.) wendet sich gegen den Antrag Sieber. Nach ihm wird angenommen, daß ein Kind zwar eine Religion verstehen, aber erst mit dem sechzehnten Lebensjahre darüber entscheiden kann, ob es in der Konfession bleiben wolle. Religiös verstandenes sind die Kinder jedenfalls mit 12 Jahren. Da aber in der deutschen Gesetzgebung zumeist das vierzehnte Lebensjahr als Abschluß des Kindesalters gilt, darf man über diese Grenze auf keinen Fall hinausgehen. Mit 14 Jahren hört die Schulpflicht auf und viele Kinder treten mit diesem Alter bereits in das Erwerbsleben ein. Die Bestimmungen der Kirche, Kinder schon in viel jüngerem Alter für eine bestimmte Religion zu gewinnen, stehen in schroffem Widerspruch zu diesem Antrag, der den Austritt aus einer Religionsgemeinschaft dem Kinde erst mit dem 16. Jahre gestatten will. Ich bitte Sie deswegen, den Antrag Sieber abzulehnen.

Abg. Dr. Sieber (noll.): In Bayern und in Sachsen ist das 21. Lebensjahr die Grenze, von der ab das Kind über sein Bekenntnis verfügen darf. Aber wir können nicht über das sechzehnte Lebens-

jahr hinausgehen. Die deutsche Frau ist mit dem sechzehnten Lebensjahre eheländig, es könnte also sonst der Fall eintreten, daß die Frau zwar über die Religion ihrer Kinder bestimmen darf, aber nicht über ihr eigenes religiöses Bekenntnis.

Abg. Stadthagen: Diese Ausführungen beweisen gerade die Notwendigkeit, unter das 16. Lebensjahr hier herunterzugehen. Es ist bekanntlich nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch möglich, daß in einzelnen Fällen der Frau die Ehemündigkeit auch vor dem 16. Lebensjahre zuerkannt wird. Ich ersuche also den Herrn Abg. Sieber, nunmehr gegen seinen eignen Antrag zu stimmen.

Abg. Dr. Sieber (noll.): Diese Sophistereien des Herrn Vordredner können mich nicht bestimmen, meinem Rat zu folgen.

Vizepräsident Wülfing: Herr Abgeordneter, der Ausdruck Sophistereien gegenüber einem andern Abgeordneten entspricht nicht den Gepflogenheiten dieses Hauses.

In der Abstimmung wird der Antrag Sieber gegen die Stimmen der Nationalliberalen, der Reichspartei und der freisinnigen Vereinigung abgelehnt, § 2c in der Kommissionsfassung angenommen.

Bei § 3 (Form des Austritts aus einer Religionsgemeinschaft) erklärt

Abg. v. Standt (L): Keine politischen Freunde lehnen diese Bestimmungen aus verfassungsrechtlichen und materiellen Gründen ab.

Abg. Graf Bernstorff-Lauenburg (Rp.) hält es ebenfalls nicht für richtig, diese Frage der landesgesetzlichen Regelung zu entziehen.

Abg. Gröber (C.): Es handelt sich hier nur um die bürgerlichen, insbesondere die vermögensrechtlichen Wirkungen des Austritts einer Religionsgemeinschaft. Es soll verhindert werden, daß jemand, der der Kirche nicht mehr angehören will, dieser Kirche noch Steuern zahlen muß.

§ 3 wird hierauf unverändert angenommen. Ebenso der Rest des Gesetzes.

Es folgt die erste Beratung der Jüderkonvention mit der Novelle zum Jüdersteuergesetz. (Herabsetzung der Jüdersteuer von 20 auf 16 Mark.)

Reichskanzler Graf Bälou:

Die Vorlage im einzelnen zu vertreten darf ich wohl dem Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamt, des Reichsamts des Innern und dem Herrn Direktor im Auswärtigen Amt überlassen, welcher den Brüsseler Verhandlungen beigewohnt hat. Ich möchte aber bei Einbringung dieser Vorlage im Namen der verbündeten Regierungen der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Mehrheit dieses hohen Hauses sich der Annahme der Brüsseler Jüderkonvention geneigt zeigen und auch der Abänderung unserer Jüdergesetzgebung im Anschluß daran ihre Zustimmung nicht verjagen wird.

Gegen den Abschluß der Brüsseler Jüderkonvention sind mancherlei Einwendungen erhoben worden. Man hat uns vorgeworfen, daß wir bei Abschluß der Konvention die Interessen der heimischen Jüderindustrie dem Auslande gegenüber nicht genügend wahrgenommen hätten. Es ist behauptet worden, daß die Jüderkonvention den vollständigen Ruin unserer Jüderindustrie bedeute, daß sie insbesondere die Interessen der rübenbauenden Landwirtschaft schädige, daß die Verhandlungen in Brüssel mit einem Siege des Auslands, insbesondere mit einem Siege Englands abgeschlossen hätten. Die verbündeten Regierungen halten diese Vorwürfe für nicht begründet. Zu voller Würdigung und Wahrnehmung der Interessen der deutschen Jüderindustrie haben die verbündeten Regierungen die sich ihnen darbietende Gelegenheit benutzt zur endlichen Befestigung der direkten und indirekten Prämien auf diesem Gebiete. Sie haben vor allem gesucht, die deutsche Jüderindustrie davor zu bewahren, daß derselben ihr Hauptabgabegeld, der englische Markt, verschlossen wird! Auch die Interessen der deutschen Landwirtschaft sind durch den Abschluß der Konvention nicht beeinträchtigt worden. Die verbündeten Regierungen sind vielmehr überzeugt, daß der Abschluß der Konvention und der sich an diese naturgemäß und notwendig anschließenden Reform unserer Jüdersteuer-Gesetzgebung Bedingungen schaffen wird, unter welchen die Landwirtschaft für ihre Rüben in Zukunft lohnendere Preise erhalten wird, als dies jetzt zum Teil der Fall ist.

Daß die Abschaffung der Jüderprämien an und für sich vom volkswirtschaftlichen wie vom finanziellen und handelspolitischen Standpunkt aus eine erstrebenswerte Maßnahme ist, wird ja doch wohl von keiner Seite bestritten werden. Bei der Beratung des jetzigen Jüdersteuer-Gesetzes ist von fast allen Parteien, auch denjenigen, die dem Gesetze geneigt waren, doch ausdrücklich und übereinstimmend erklärt worden, daß die Ausfuhrzuschüsse nur ein Mittelbehelf, ein Kampfmittel sein sollte, um dadurch die Befestigung der Jüderprämien in andern Ländern zu erreichen. Unsere Beteiligung an der Konferenz war um so mehr geboten, als sonst die Gefahr drohte, daß die übrigen an der Zollunion nach England interessierten Länder, Frankreich, Belgien und Holland, sich auch ohne uns mit England über die Frage der Ausfuhrzuschüsse verständigt hätten und durch ein Separatabkommen günstigere Bedingungen für ihren Jüder erlangt hätten, während wir das Nachsehen gehabt haben würden. Nicht aus irgend welcher Rücksicht gegen das Ausland, insbesondere gegen England, sondern aus reiflich erwogenen handelspolitischen Gründen, in voller Wahrung der Interessen der heimischen Jüderindustrie, haben wir so gehandelt, wie wir es getan haben. Bei der Ueberfüllung des Weltmarktes scheint es mir doch auf der Hand zu liegen, daß unsere Jüderindustrie ohne den englischen Absatzmarkt, ich scheue mich nicht, es auszusprechen, einer Katastrophe entgegengehen müßte. Deshalb glaubten die verbündeten Regierungen, daß sie der Brüsseler Jüderkonvention beitreten müßten, und sind überzeugt, daß dieser Schritt für die beteiligten Kreise sehr günstige Folgen haben wird und daß diese namentlich auch von der Rübenbau- und Jüderindustrie allmählich mehr und mehr anerkannt werden. (Heiterkeit.) Das auch, wie bei jedem Uebergangsstadium, für gewisse Zweige der Jüderindustrie sich vorübergehend Nachteile zeigen werden, will ich nicht bestreiten.

Um für unsere Jüderindustrie möglichst bald bessere Verhältnisse zu schaffen, ist Ihnen möglichst schnell der Entwurf zu einem neuen Jüdersteuer-Gesetz vorgelegt worden, der für den Fall, daß dies hohe Haus der Brüsseler Konvention zustimmt, sich der dadurch geschaffenen neuen Lage anpaßt. Der Entwurf enthält neben der Aufhebung der Kontingentierung und der Betriebssteuer die Herabsetzung der Verbrauchssteuer von 20 M. auf 16 M., eine Maßnahme, die sicherlich zur Hebung des inländischen Jüderkonsums und damit zur Stärkung des inländischen Jüdermarktes beitragen wird. Die Gründe, aus welchen wir im Hinblick auf die gegenwärtige Finanzlage des Reiches nicht gelangt haben, Ihnen eine weitere Herabsetzung der Verbrauchsabgabe vorzuschlagen zu sollen, ebenso wenig unsere Stellung zur Kontingentierung und zur Betriebssteuer, werden Ihnen vom Staatssekretär des Reichsschatzamt dargestellt werden.

Die Brüsseler Jüderkonvention ist am 5. März unterzeichnet worden, wir haben Ihnen diese Konvention so rasch als möglich vorgelegt. Wir wollen sie weder über's Arme brechen noch durchpeitschen, wie uns in durchaus unbegründeter Weise suppeditiert worden ist. (Heiterkeit und Unruhe rechts.) Aber vor einer Verschleppung dieser Vorlage würden wir im Interesse des Landes dringend abraten müssen.

Die internationale Befestigung der Jüderprämie ist seit Jahren angestrebt worden, zahlreiche Konferenzen, auf deren Ursprung, Gang und Ausgang ich hier nicht näher eingehen will, haben sich mit dieser Frage beschäftigt, bisher ohne Ergebnis. Das Ergebnis ist nunmehr erreicht worden, wenn auch nicht vollständig, so doch im wesentlichen. Wenn auch Ausland, die Vereinigten Staaten und die englischen Kolonien der Brüsseler Jüderkonvention nicht beigetreten sind, so ist dieselbe doch einerseits unterzeichnet worden von meisten



bisherigen Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt, und andererseits hat uns England, das Hauptabgabegbiet, hinsichtlich der Gleichstellung seines Kolonialzuckers mit dem Zucker der Vertragsstaaten wesentliche Zugeständnisse gemacht. Deswegen haben die verbündeten Regierungen geglaubt, die Verantwortung für ein Scheitern der Brüsseler Konferenz nicht übernehmen zu können. Nach unserer Verfassung bedürftige internationale Abkommen der Zustimmung dieses hohen Hauses. Die Verantwortung für das Zustandekommen der Brüsseler Konvention, soweit das Deutsche Reich in Frage kommt, ruht also nunmehr auf diesem hohen Hause. Im Interesse der Befriedung und des Gedeihens unserer Zuckerindustrie, dieses wichtigsten Zweiges unserer landwirtschaftlichen Nebenindustrien, glaube ich dies hohe Haus bitten zu sollen, zur Brüsseler Konvention seine Zustimmung zu erteilen. (Beifall.)

**Abg. Dr. Becker (C.):** Die Ansichten über den Wert der Zuckerkonvention in Brüssel sind sehr verschieden. Ich will in diesem Augenblicke aber hier im Plenum nicht weiter darauf eingehen. Im Namen meiner politischen Freunde beantrage ich eine Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

**Abg. Dr. Wiener (Fp.):** Die Ausführungen des Reichskanzlers haben uns volle Zustimmung gefunden, wenn uns auch der Ton der Entschuldigung der Rechte gegenüber durchaus nicht angebracht zu sein schien. Die Regierung ist verantwortlich für die bisherigen Zustände. Wir begnügen uns mit der erfreulichen Tatsache, daß die Uebel des Prämiensystems nun auch von der Regierung und hoffentlich auch vom Reichstage anerkannt werden. Von diesem Standpunkt aus stimmen wir auch allen Einzelheiten der Vorlage zu, wenn wir auch nicht damit einverstanden sind, daß in der Begründung von einer Kontingentierung in neuer Gestalt die Rede ist. Die ungünstigen Erfahrungen mit der bisherigen Kontingentierung sollten vor allen neuen Künstleien warnen. (Sehr richtig! links.) Die Hebung des Zuckerkonsums ist das einzige Heilmittel für die Zuckerindustrie. Deutschland verbraucht im Vergleich zu anderen Kulturländern viel zu wenig Zucker. Amerika verbraucht 29, England 35 Kilo Zucker pro Kopf der Bevölkerung jährlich. Ueber die Preissteigerungen des Zuckerartikels kann nur mit aller Schärfe geteilt werden; gerade sie haben den Zuckerkonsum im Inlande zurückgehalten. Der Gewinn des Kartells, der sich auf 90 Millionen jährlich beläuft, beruht auf den bisherigen Maßnahmen der Gesetzgebung. Mit dem Ueberzoll von 6 M. sind wir notgedrungenweise einverstanden. Ich zweifle nicht daran, daß die Mehrheit des Reichstags sich auf den Boden der Vorlage stellen wird, die uns in natürlicher und gesunde Verhältnisse führt und mit dem ausbreiterischen Treiben des Zuckerartikels aufräumt. (Bravo! links.)

**Abg. v. Levetzow (L.):** Im Gegensatz zu dem Herrn Vorredner wünsche ich meine politischen Freunde dringend die Kommissionsberatung. (Lebhafte Zustimmung rechts. Wohl! links.) Von einer Verschleppung soll keine Rede sein, aber auch nicht von einer Durchquetschung. (Sehr gut! rechts.)

**Abg. Wurm (So.):**

Wir haben keine Veranlassung zu wünschen, daß die Erledigung der Vorlage durch die von Herrn v. Levetzow angeforderte, besonders gründliche Prüfung in einer Kommission hinausgeschoben wird. Die Kommissionsberatung wird an keinem Punkte der Vorlage viel rühren können. An dem Rotfäden, in dem sich die Zuckerindustrie infolge ihrer künstlichen Aufpöpelung in der That befindet, wird nichts geändert, und wenn Sie fünf Jahre in der Kommission zusammenhängen. (Sehr gut! links.) Wir stehen hier wirklich vor einem Entweder — Oder. Sie (nach rechts) wollen jetzt die Inlandsteuer herabsetzen — das haben Sie ja nun endlich eingesehen, daß nur so der Konsum gesteigert werden kann, gleichzeitig aber wollen Sie die Exportprämie erhöhen. Dann glauben Sie den Kampf mit der ganzen Welt aufnehmen zu können, wie beim Zolltarif. Ja, Sie scheuten selbst dafür nicht zurück, der Welt mit Waffengewalt Ihren Willen aufzuzwingen (Lärm rechts), so wie es schon bei den Handelsverträgen geheißen hat: Wir müssen den Handelsvertrag mit Oesterreich zerreißend und sei es mit dem Schwert in der Hand. Die Zuckerindustrie ist durch eine Gesetzgebung, die wir von vornherein bekämpft haben, in ihre gegenwärtige Situation gebracht worden, so wie sie auch nur zur Welt gekommen ist durch ein System staatlicher Unterstützung, das mit Notwendigkeit ausarten und zu einer Schraube ohne Ende werden mußte, weil ein Staat den andern in diesem zu überbieten trachten mußte. Die Zuckerindustrie ist ein Kunstprodukt, das seine Existenz der napoleonischen Kontinentalperre verdankt. Als damals der Kolonialzucker gesperrt wurde, erinnerte man sich, daß es dem Berliner Apotheker Marggraf schon 1747 gelungen war, aus der Runkelrübe Zucker zu gewinnen. Mit Unterstützung der preussischen Regierung wurden die ersten Zuckerrüben geerntet. Aber sie brachen zusammen, als mit dem Fall der Kontinentalperre der Kolonialzucker wieder hereinkam. Erst als der Staat große Unterstützungen gab, war es möglich, den Rübenzucker dem Kolonialzucker gegenüber konkurrenzfähig zu machen. Wenn die Kolonialzucker-Industrie sich nicht in entsprechender Weise entwickelt hat, so liegt das an den politischen Verhältnissen der Länder, in den sie heimisch ist. Dagegen hat die Rübenzucker-Industrie eine eminente Entwicklung auf technischem Gebiete durchgemacht, zu der besonders die veredelte Prämie anreizte. Der Steuerzoll war nach einem Zuckeregebnis der Rübe bemessen, das von der Industrie weit überholt wurde. Derselbe Regierung, die früher niemals die Höhe dieser indirekten Prämie angeden konnte, giebt jetzt, wo sie steht, daß das künstliche Gebilde zusammenstürzt, Aufschluß darüber, wieviel der Steuerzahler für die Zuckerindustrie zahlen mußte.

Die Vorlage bietet nun endlich die Möglichkeit, den Zuckerkonsum zu heben. Der Zucker ist ja ein leicht verdauliches gutes Nahrungsmittel, dessen Konsumtion wünschenswert ist. Solange er durch den hohen Zoll belastet war, so lange noch das Ausland begünstigt wurde, war das nicht möglich. Bislang haben sich die Agrarier stets gegen eine Neuregelung der Zuckergesetzgebung gestemmt. Graf Caprivi wurde gestürzt und das von ihm vorbereitete Zuckersteuergesetz verhindert. **Wegweisend war auch heute die Entschuldigungsrede des Reichskanzlers.** Obwohl er eine Vorlage zu Gunsten der Allgemeinheit vortrat, sah er sich genötigt, sich bei den Agrariern zu entschuldigen. (Sehr richtig! links.)

Die Prämienwirtschaft mußte ein Ende nehmen, sie war überhaupt nur möglich, weil das Ausland genau so Klassenregierungen hat wie leider auch wir. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Im letzten Jahre sind neben den Prämien 75 Millionen Mark aus den Taschen der Steuerzahler für die Zuckerindustriellen herangezogen worden, dazu konnten noch 30 Millionen Mark Zuckerprämien, das macht eine Zuckerliebesgabe von 105 Millionen Mark. Der Zuckerring hat 10 Pf. bei jedem Pfund Zucker geschluckt. Wie weit die politische Macht der Zuckerindustriellen bei uns geht, das wird erst klar werden bei der gründlichen Durchberatung, die die Herren da drüben dem Gesetz zu Teil werden lassen wollen. (Sehr gut! links.) Wie weit die Macht in Oesterreich geht, das ist durch die Tatsache erwiesen worden, daß der Preßfonds der Regierung aus dem Kartellfonds der Zuckerrüben gespeist worden ist.

Unsere Agrarier und ihr Organ, die „Deutsche Zuckerindustrie“, faßt bereits die Regierung als Agent des Auslandes hinzustellen. Jeder, der etwas ihm, was nicht die Taschen derer fällt, die bei uns die wirtschaftliche Macht haben, wird des Landesverrats bezichtigt und für unpatriotisch erklärt. Patriotisch nennen Sie (nach rechts) es aber, Millionen zu verpulvern, um ein künstliches Absatzgebiet im Auslande zu schaffen, das auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist. Dabei sind gerade in den Zuckerrüben die Arbeiter aufs kraffteste ausgebeutet worden. Die erbärmlichsten Löhne wurden gezahlt trotz Dividenden von 40 Proz., die ungeschunden Betriebsräume waren

in der Zuckerindustrie vorhanden. Die ärmsten Galizier und Polen wurden ins Land gelassen, um die Löhne zu drücken, trotzdem auch später noch die Dividenden 20 bis 30 Proz. betragen. Als im Reiche die Arbeiterküh-Gesetze geschaffen wurden, da waren es die Zuckerindustriellen, die Vergünstigungen zugesprochen erhielten. Acht Jahre lang wurde sie von dem Verbot der Notharbeit nicht betroffen. Und wie ist es der Landwirtschaft von den Zuckerindustriellen ergangen? Die Rübenbauern sind durch einen horrenden Preisdruck der Rüben, der durch die künstlich gezüchtete Ueberproduktion ermöglicht war, von den Zuckerindustriellen geradezu ausgepreßt worden. (Sehr richtig! links.)

Die Gründe, die für eine Kommissionsberatung angeführt worden sind, sind nicht beweiskräftig. **Deutschland war das Kartell, das angefangen hat:** es war der erste Staat, der Prämien einführte, nun ist es auch verpflichtet, den ersten Schritt zu thun, um sie wieder abzuschaffen. (Große Unruhe rechts.) Allerdings ist ja zu befürchten, daß es der kleinen, aber einflußreichen agrarischen Gruppe gelingt, dahin zu wirken, daß schließlich aus der ganzen Konvention nichts wird und daß der Reichskanzler wieder einmal beweist, daß er auch anders kann. (Heiterkeit links.) Von einer besonderen Selbstständigkeit des Reichskanzlers gegenüber den Ansprüchen der Agrarier haben wir ja auch auf anderen Gebieten nicht viel gemerkt. (Sehr gut! links.) Wenn wir auch der Ansicht sind, daß eine Verbrauchsabgabe auf Zucker von 18 Mark noch sehr hoch ist, so glauben wir doch, daß eine Kommissionsberatung daran wenig ändern würde. Es läßt sich sehr wohl auch im Plenum die Zuckersteuer bedenkend herabziehen oder auf ein Minimum reducieren; darin befinde ich mich im Gegensatz zu der Aufforderung des Abg. Dr. Wiener. Man weist auf das Defizit der Reichskasse hin, das die Herabsetzung der Zuckersteuer im Gefolge haben müßte. Nun, ein solches Defizit hat eine Erhöhung der Matrikularbeiträge zur Folge, und es soll uns recht freuen, wenn dadurch auch die besitzenden Klassen, die bei der progressiven Einkommensteuer doch weit mehr belastet sind als bei den indirekten Steuern, etwas von dem Segen der Herabsetzung der Zuckersteuer empfinden. Eine solche Erleichterung könnte auch einzelne Bundesstaaten, die sich auch auf dem Gebiete der Zuckersteuer von Preußen nicht nur führen, sondern geradezu leithandeln lassen, veranlassen, sich künftig etwas mehr um die Steuererhebung des Reiches zu kümmern. Welches Interesse hat der ganze Süden, haben Württemberg und Baden daran, daß eine Zuckersteuer-Gesetzgebung geschaffen wird, die das Volk belastet und nur gewissen Kapitalisten in einzelnen Teilen Preußens und in einzelnen Kleinstaaten Mitteldeutschlands Vorteile gewährt? Ramentlich das Centrum sollte doch bedenken, daß Süddeutschland nicht das geringste Interesse an der Aufrechterhaltung einer hohen Zuckersteuer und der Zuckerprämie hat. Man hat behauptet, daß die Zuckersteuer nicht fertig werden würde, wenn die Branntweinsteuer nicht erledigt würde. An der Branntweinsteuer liegt den Herren in Preußen so viel, daß, wenn man statisch richtig vorgeht, man ihnen nur sagen braucht: „Ohne Zuckersteuer, keine Branntweinsteuer!“ Dann würden Sie (nach rechts) im Handumdrehen die Zuckerkonvention und die Novelle zum Zuckersteuergesetz unterschreiben. (Sehr richtig! links. Große Unruhe rechts.) **Wir verlangen, daß die Beratungen im Plenum weitergeführt und daß der Gegenstand so bald wie möglich erledigt wird.** Das deutsche Volk erwartet, daß es von dieser Ausbeutung möglichst bald befreit werde (Großer Lärm rechts), daß das Zuckerartikell, das dem deutschen Volke wie ein Dampf das Blut ansaugt (Ohl! rechts), beseitigt wird. Alle diese Kartelle und Ringe, der Spiritusring, der Zuckerring, der Rohlfening und der Milchring, sie alle sind von demselben Kaliber, sie alle leben nur davon, daß sie dem Volke die Lebensmittel verteuern, um einer kleinen Interessengruppe die Löhne zu füllen. Dagegen protestieren wir und deswegen wünschen wir die Abschaffung dieser Ausbeutung, die das Zuckerartikell betriebe hat. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten. Großer Lärm rechts.)

**Abg. v. Kardorff (Fp.):** Die Auslassungen des Vorredners geben mir keinen Anlaß zu einer Entgegnung. (Sehr gut! rechts.) Ich habe namens meiner politischen Freunde zu erklären, daß wir die Beratung der Brüsseler Konvention und des damit zusammenhängenden Gesetzes in einer Kommission für notwendig erachten. Dort werden uns von der Regierung Aufklärungen gegeben werden können, die im Plenum nicht gegeben werden können.

Darauf wird von der Linken ein Antrag auf Vertagung eingebracht. Für denselben erheben sich die Sozialdemokraten, Freisinnigen und Nationalliberalen, während das Centrum und Konservativen sitzen bleiben. Auf der Linken entsteht große Bewegung. **Abg. Richter** ruft laut nach dem Centrum zu: **Das ist gegen die Abridge!** (Große Unruhe im Centrum.) Endlich erklärt Präsident Graf Kallstrem, nachdem er sich eingehend mit den Schriftführern besprochen hat: **Das Bureau ist einig, daß die Mehrheit steht.** (Lebhafte Bewegung.) Der Vertagungsantrag ist also angenommen.

Präsident Graf Kallstrem beraumt die nächste Sitzung an auf Dienstag 1 Uhr und legt auf die Tagesordnung: Dritte Beratung des Gesetzentwurfes über den Militärdienst bei den Schütztruppen; Fortsetzung der heutigen Beratung; Petitionen.

Zur Geschäftsordnung bittet **Abg. Sieg** (noll), morgen das Branntweinsteuergesetz auf die Tagesordnung zu setzen.

**Abg. Webel (So.):** Wenn morgen die Branntweinsteuer nicht auf die Tagesordnung kommt, so ist damit nicht gesagt, daß sie nicht erledigt werden soll. Wir unsreits erklären uns dagegen, daß die vom Präsidenten vorgeschlagene Tagesordnung geändert wird. Keulich im Seniorenfondent wurde hervorgehoben, es sei notwendig, daß vor der Vertagung auch noch zahlreiche Petitionen erledigt würden.

**Abg. v. Kardorff (Fp.):** Ich teile den Wunsch des Abg. Webel, daß die Petitionen zur Erledigung kommen, das sind wir den Petenten schuldig. Ich bitte aber den Abg. Webel, seinen Widerspruch zurückzuziehen.

**Abg. Webel (So.):** Ich bin gar nicht in der Lage, meinen Widerspruch zurückzunehmen, selbst wenn ich es wollte, weil meine Fraktion noch nicht die Möglichkeit hatte — und ich behaupte, es geht auch andere Fraktionen so — sich mit der Vorlage zu beschäftigen. Der Komiteebericht ist erst am Sonnabendabend ausgegeben worden, und es war unmöglich, sich in der kurzen Zeit genügend zu informieren. Ich bitte deshalb, morgen die Branntweinsteuer nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Präsident Graf Kallstrem: Ich werde, da Widerspruch gegen die von mir vorgeschlagene Tagesordnung erhoben worden ist, abstimmen lassen.

**Abg. Richter:** Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses. (Große Unruhe.)

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 162 Mitgliedern, das Haus ist also beschlußfähig. (Auf rechts: Weil die Linke hinausgegangen ist!) Es bleibt bei dem Vorschlag des Präsidenten.

Schluß 6 1/4 Uhr.

## Die Einweihung des Charlottenburger Volkshauses.

Das neue Volkshaus in Charlottenburg ist am Sonntag mit einer von vielen Tausenden besuchten, in jeder Beziehung harmonisch verlaufenen Einweihungsfeierlichkeit seiner Bestimmung übergeben worden. Alle Festteilnehmer waren einig in dem Gefühl stolzer Gemüthsregung, daß es der organisierten Arbeiterchaft Charlottenburgs in so überraschend kurzer Zeit gelungen ist, sich ein eigenes Heim und eine Centrale ihrer politischen, gewerkschaftlichen und geselligen Bestrebungen zu schaffen — aus eigener Kraft!

Vollständig hat die für die Bestimmung eines großen Teiles der Bourgeoisie so charakteristische Thatsache, daß es unfern Charlottenburger Genossen bisher nicht möglich war, in genügendem Maße Lokale für ihre Versammlungen zu erhalten, den ersten Anstoß gegeben zu dem Gedanken, der Arbeiterchaft ein eigenes Haus zu bauen, ein „Volkshaus“ im besten Sinne des Wortes, eine Heimstätte für Menschen, wie Jbiens Baumeister Soluch sie zu schaffen in so heißen Streben ersehnte. Schneller als irgend jemand vermuten und hoffen durfte, wurde der schöne Gedanke dank der thätigsten Opferwilligkeit aller Beteiligten zur Wirklichkeit: rasch und sicher wuchs in der Kossinstraße 3, unweit der Berlinerstraße, der Gebäudekomplex empor, der am Sonntag zum erstenmale ein tausendfaches, hoffnungsvolles Leben in seinen Räumlichkeiten sah — ein freies Volk auf freier Erde.

Die Straßenfront wird von einem Privathaus eingenommen, dessen erste Etage von der Allgemeinen Ortskrankenkasse auf zehn Jahre gemietet worden ist; die übrigen Räume des Vorderhauses sind, ebenso wie die des Seitenflügels, als Wohnungen von 2-4 Zimmern eingerichtet. Ueber einen freundlichen, gartenartigen Hof gelangt man dann in das eigentliche Volkshaus, dessen hübsche Fassade einen sympathischen, anheimelnden Eindruck hervorruft. Das Erdgeschoß enthält zwei Säle, deren einer dem allgemeinen Verkehr und Restaurationszwecken dient, während der anstoßende Raum einen geräumigen Versammlungsraum, der etwa 600 Personen faßt, bildet. Eine bequeme, breite Treppe führt in den ersten Stock, der, abgesehen von einem Buffet- und Garderobenraum, von dem großen Fest- und Versammlungsraum eingenommen wird. Dieser Saal, der für 1200 Personen Platz bietet, ist mit seiner einfachen und doch künstlerisch vornehmen Architektur so recht geschaffen, umren Genossen in den weihenollen Stunden der Hoffnung auf eine bessere Zukunft ein würdiges, ernstes Heim zu sein. Er war am Sonntag geschmückt mit Baumgülden und rothborigen Fahnen, die in leuchtender Schrift die Wahlsprüche unserer Partei: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ und „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ veränderten. Die Rednerbühne zierten die Bilder und Wästen von Marx, Lassalle und Engels, in deren Mitte, blumengeschmückt, das Bildnis unsres unvergesslichen Liebknecht stand.

Am Sonnabendabend war eine Eröffnungsfeier im internen Kreis dem allgemeinen Einweihungsfest vorhergegangen. Zu dieser Feier waren erschienen die Reichstags- Abgeordneten Genossen Jubel und Pfannkuch, von den Mitgliedern der städtischen Behörden Charlottenburgs Stadtrat Dr. Jastrów, sowie die liberalen Stadtverordneten Geh. Justizrat Prof. v. Liszt und Kaufmann, ferner die Söhne des alten Liebknecht, Karl und Theodor Liebknecht, Dr. Leo Krons und die Baumeister Scharke und Kurt Berndt, die Erbauer des Volkshauses.

Genosse Stadt. Paul Hirsch leitete das Zusammensein mit einer Begrüßungsansprache ein, in der er die Entstehungsgeschichte und die Einrichtungen des Hauses erläuterte. Daran schloß sich ein Rundgang durch die Räumlichkeiten, deren Schönheit und praktische Anlage allgemeine Anerkennung fand. Man blieb dann im geselligen Vereine beisammen, und die Genossen Stadt. Kurt Daale, G. Orke, Hirsch, Jubel sowie Baumeister Scharke nahmen das Wort zu kurzen Ansprachen; im Namen der Gäste sprach Dr. Arthur Bernstein.

Am Sonntag sahen es zuerst fast, als sollte ein unbehagliches Regenwetter die Feier des Volkes beeinträchtigen; als wenn es noch im April wäre, so wechselten um die Mittagszeit Regenschauer und kurze Sonnenblicke mit einander ab. Dann aber vergangen die Wolken und warmer, leuchtender Sonnenschein strahlte vom Himmel, als die Tausende Charlottenburger Arbeiter sich mit Weib und Kind aufmachten zu ihrem ersten Gange ins Volkshaus. Schon von 3 Uhr an begann sich der große Festsaal zu füllen, um 4 Uhr, der für den Beginn der Feier festgesetzten Stunde, war kaum noch ein Plätzchen zu bekommen, und noch eine halbe Stunde später war nicht nur der große Saal und seine Galerie überfüllt, sondern in allen Räumen des Gebäudes, in den Parterresälen, im Garten, ja selbst im Souterrain, wo vier Regalbahnen untergebracht sind, wagte eine frische Menge, Genossen und Genossinnen jeden Alters, alle besetzt von der einen Empfindung des Stolzes, weil so Schönes erreicht ist, und des ersten Mutes, nun weiterzuarbeiten und zu streben für die Rechte des Volkes. Es machten sich in ganzen 3-4000 Menschen zusammengefunden haben, aber trotz der drängenden Fülle störte kein Witzton, keine Zwißigkeit die wohlgeleitete Feier, die mit Musikdarbietungen einer trefflichen Kapelle eingeleitet wurde.

Dann sprach Genossin Liedtke einen Prolog, der die Hoffnungsfreudigkeit des Proletariats, aus den Bedrängnissen und der Not der Gegenwart zu einer glücklicheren Zukunft hinaufzuführen, zu schönem Ausdruck brachte. Es folgten mit lebhaftem Beifall aufgenommene Gesangsvorträge der vereinigten Charlottenburger Arbeiter-Gesangvereine und darauf der gemeinsame Gesang des Sozialistenmarsches. So wechselten Musik und deklamatorische Vorträge mit einander ab, indes das lebhafteste Treiben im Saal und Garten sich immer fröhlicher entfaltete. Goldener Sonnenschein spielte auf dem weihen Haar so manches alten Arbeiters, spielte in den braunen Locken mancher jungen Genossin, und rote Reifen schmückten gleicherweise die Jugend und das Alter. Im unteren Saal begannen sich die jungen Leute zum Tanz zusammenzufinden, während Väter, Mütter und die ganz Kleinen oben bei Kaffee und Bier bei einander blieben.

Der Vortrag von Gedichten von Max Müller, Ada Regri und Herwegh erhöhte die weihenolle Stimmung, und mit besonderer Begeisterung wurde eine dramatische Scene „Vor den Schranken“ von Max Stempel aufgenommen, ein soziales Bild tiefster Not und Verweifung in poetischer Verklärung, mit dessen Wiedergabe Genosse Berthold Schröder verdiente Anerkennung fand. Auf einen hoffnungsvolleren Ton gestimmt war eine szenische Darstellung „Huldigung des Mai“, ein überaus amütsames lebendes Bild, in dem kleine Mädchen mit den Zeichen der verschiedenen Gewerkschaften den Göttinnen des Mai, des Lichtes und der Freiheit huldigten. Wieder sangen die Gesangvereine, mit tiefer Wirkung und einer allen Lobes würdigen Kunst; als gemeinschaftlicher Gesang erbraute die alte Melodie der Marxhefte durch den weihen Raum — dann folgte als Höhepunkt des Festes eine Ansprache des Genossen Reichstagsabgeordneten Fritz Jubel, der in knapper, wirksamer Form Gedanken und Gehalt des schönen Volkstextes zusammenfaßte.

Mit einem dreifachen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, in das alle Anwesenden laut einstimmten, schloß Genosse Jubel seine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede.

Dann nahm das Fest seinen Fortgang. Ein allegorisches Festspiel „Der Sieg des Lichtes“ von G. Kränzl wurde wirkungsvoll und begeistert dargestellt, und endlich gab ein Ballvergnügen der Feier, die allen Teilnehmern unvergänglich bleiben wird, den fröhlichen Abschluß.

So möge denn das Charlottenburger Volkshaus, diese Warte der organisierten Arbeiterchaft, sich entwickeln im Geiste des schönen, leuchtenden Valentines seiner Einweihung, in dem ersten, ungedrohenen Geiste des Proletariats!

## Witterungsübersicht vom 5. Mai 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. oben unten	Stationen	Barometer humb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. oben unten
Emmende	756	WSW	4	wolfig	7	Saparanda	762	W	2	wolvent	3
Damburg	758	WSW	3	bedekt	6	Petersburg	756	ONO	1	bedei	4
Berlin	758	WS	4	wolfig	8	Cor	768	WSW	3	bedei	9
Frankf. M.	762	WSW	2	bed.	7	Aberdeen	—	—	—	—	—
Rindern	761	WS	3	bedekt	6	Paris	766	S	1	bedei	8
Wien	759	WS	1	bedekt	9	—	—	—	—	—	—

Weiter- Prognose für Dienstag, den 6. Mai 1902.

Wiesbad heiter, am Tage etwas wärmer, aber noch veränderlich mit einzelnen Regenschauern und mäßigen westlichen Winden.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Dienstag, den 6. Mai.  
Opernhaus. Carmen Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus. Sappho Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Kroll). Meisterspiele. Scher. Demetrius. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schiller. Zwei Wappen Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Die Weber. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Ueber unsre Kraft (L. Zell.) Anfang 7 1/2 Uhr.  
Festung. Die Zwillingsschwester. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Westen. Opern-Aufführung des Sternischen Konservatoriums der Kunst. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues. Der Frauenarzt. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Mittels. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia. Gäßspiel der Schliersee. Jägerblut. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Dienstag. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Zuifen. Der Bettelstudent. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Carl Weiss. Hannemann vom Viehhof und der kleine Sohn. Anfang 8 Uhr.  
Circus-Theater. Der kleine Bunt. Anfang 8 Uhr.  
G. v. Wolzogen. Bunt's Theater (Liederbuch). Anfang 8 Uhr.  
Schall und Rauch. Serenissimus-Zwischenspiele. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Ihre Kamille. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Cryden. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Metropol. Ihre Don Juans. Anfang 8 Uhr.  
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Den-Mi-Bey und sein orientalisches Zauber-Ensemble. Anfang 8 Uhr.  
Cassino-Theater. Der Pumpenball. Der beste Bruder. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theater) Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.  
Zentral-Theater. Täglich Vorstellung. Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.  
Zentral-Theater. Täglich Vorstellung. Abends 8 Uhr: Die deutsche Ostseeküste.

**Urania.**  
Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Die deutsche Ostseeküste.**  
**CASTANS Panoptikum**  
Friedrich-Strasse 165.  
Das **Bärenweib!**  
ein Wunder der Schöpfung!  
Neu: Skandinavisches Instrumental- u. Vokal-Künstler-Ensemble.  
4 Damen, 2 Herren

**Apollo-Theater und Konzert-Garten.**  
Um 8 Uhr:  
**Gr. Gartenkonzert**  
Die neuen grossartigen Spezialitäten.  
Um 9 Uhr (häuslicher Vortritt):  
**Lysistrata**  
Operette von Paul Linke.

**Metropol-Theater**  
Emil Thomas a. G.  
Henry Bender Josef Josephi  
**Unsre Don Juans**  
Grosse Posse mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Leon Treptow.  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.  
**Thalia-Theater.**  
Dredenerstrasse 72/73.  
Anfang 8 Uhr.  
**Gäßspiel der Schliersee.**  
Zum 1. Male:  
Rittwoch: Ueber unsre Kraft.  
Donnerstag: Jägerblut.  
Der Sommer-Garten ist in überaus schöner Art dekoriert.

**Schall und Rauch**  
(Kleines Theater)  
Unter den Linden 44.  
Dienstag, 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
Gastspiel von Emanuel Reicher.  
Serenissimus-Zwischenspiele u. a.

**W. Noacks Theater.**  
Friedrichstrasse 16.  
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Theater-Vorstellung.  
**Die Anna-Piese.**  
Schauspiel in 5 Akten von Fleck.  
Nach der Tanzkränzen.  
**Palast-Theater**  
(früher Feen-Palast)  
Burgstr. 22.  
Täglich abends 8 Uhr:  
**Ben-Ali-Bey**  
u. sein orient. Zauber-Ensemble.  
Sonderauf d. Vogen u. um. Siege an der Theaterkasse des Bärenhauses u. Vertheilung. Vespertag. Preise der Plätze: Vornach 2,50 M., Sperrig 1,50, mitt. Parterre u. num. Rang-Balkon 1 M., Parterre 50 Pf., Stehpart. u. unnum. Rg. 30 Pf.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4 a.  
Jeden Donnerstag, Sonntag und Montag:  
**Hoffmanns Norddeutsche Sänger**  
Nach jeder Soliree:  
Tanzkränzen.  
Wochentags-Bereitschaften gütlich und Tanz frei.

**Wintergarten.**  
**Mai-Programm:**  
Heute und folgende Tage:  
**Das glänzende Ballett.**  
Foy, Serpentin- und Feuer-tänzerin. **Otto Reutter.**  
Flora Sidig, Wiener Soubr. vom k. k. priv. Theater a. d. Wien. **Auguste Pouget.** Pariser Sängerin und 11 andere hervor-ragende Spezialitäten.

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.  
**Das sensationelle Mai-Programm**  
16 ganz neue erstklassige Spezialitäten!

**Casino-Theater**  
Rothsingerstr. 37.  
Leonardy Dödel mit 1. Gesellschaft  
8 Uhr: „Der Lumpenball“.  
9 1/2 Uhr: „Der beste Bruder“.  
Anfang Wochent. 8, Sonntags 7 1/2 Uhr.  
**Belle-Alliance-Theater.**  
Heute zum 132. Male:  
**Die Dame aus Trouville.**  
Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akt.  
Emil Sondermann a. G. Ferd. Worms.  
Mizzi Birken, Rosa Marton.  
Darauf: „Er.“ Pariser Lebens-bild in 1 Akt. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang Wochent. 8 Uhr  
Sonntags 7 Uhr.  
Zum Schluss:  
Zirkelbesen  
Künstler-Agentur.

**Deutsche Konzerthallen.**  
An der Spandauer Brücke 3.  
Ordnst. Vergnügungsort Berlin  
**Internationale Konzerte**  
von 5 Künstler-Kapellen.  
Im 6. u. 7. Bogen erstklassige  
**Theater- und**  
**Spezialitäten-Vorstellung**  
Ausschank der  
**Berliner Bock-Brauerei.**  
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.  
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

**Fröbels**  
**Allerlei Theater**  
früher Pahlmann  
Schönhauser-Allee No. 148.  
durchweg erneuert.  
**Jeden Sonntag Ball.**  
Am 1. Pfingsttag:  
**Grosse Eröffnungs-**  
**Festvorstellung.**  
Auftreten des gesamten, feinsten, er-fährtesten **Schauspiel- und**  
**Künstlerpersonals.**  
20 Chordamen können sich melden nachmittags von 4-6 Uhr.

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Allee 15, Zimmer 1-5. Ansprech: Amt VII, 553.  
Mittwoch, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Gold-Gröhe, Frankfurterstr. 133:  
**Konferenz der Vertrauensleute des Ostens.**  
Donnerstag, den 8. Mai 1902 (Simmelfahrtstag):  
**Herrenpartie der Drahtarbeiter nach den Müggelbergen.**  
Treffpunkt: 7 Uhr 20 Minuten Gdlicher Bahnhof (Damm-Platz-Station).  
Für Rückzügler: Grünau „Zur grünen Eide“ Köpnickstr. 89.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Fachverein der Tischler.**  
Mittwoch, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Vertrauensmänner-Versammlung**  
in Gold's Resthale, Köpnickstrasse 137.  
Mitgliedsbuch und Karte legitimiert. Jede Werkst. muß vertreten sein. Um pünktliches Erscheinen erucht  
186/12  
Der Vorstand.

**VAN HOUTEN'S CACAO**  
wird von allen Cacao-trinkern wegen seines Wohl-geschmackes und seiner Nährkraft bevorzugt. 1/2 Kilo genügt für 100 Tassen.

**Sie werfen Geld fort!**  
wenn Sie immer Ihre Cigarren zu teuer einkaufen. Kaufen Sie nur meine beliebigen „Havanillos“, 500 Stk. nur 7 M., 1000 Stk. nur 13 M., franco gegen Nachnahme. Sie werden in Zukunft viel Geld sparen! Garantie: Unantastlich oder Rücknahme! Unzählige Worte der Anerkennung von Partnern, Lehrern, Föhrern, Landwirten etc. Bestellen Sie bitte sofort postfrei ins Haus 500 Stück für 7 M., 1000 Stück für nur 13 M. bei **Rud. Tresp, Cigarrenfabrik, Neustadt (Westpreußen) H. 88.** [

**Steppdecken**  
billig in der Fabrik  
**Emil Lefèvre,** Berlin  
Katalog franco.

**Socialdemokratischer Wahlverein**  
für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).  
Dienstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, „Königsbau“, Gr. Frankfurterstrasse 117:  
**Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Dr. Leo Arons über: „Die Beteiligten wir uns an der preussischen Landtags-wahl?“ 2. Diskussion 3. Verschiedenes.  
Um zahlreichen Besuch erucht  
Der Vorstand.

**Achtung!**  
Dienstag, 6. Mai, abends 8 Uhr, im Lokal von Graumann, Naunynstr. 27:  
**Volks-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Peuss über „Die Bedeutung der Konsum-Genossenschaften für die Arbeiter“ 2. Diskussion.  
Um zahlreichen Besuch, besonders der Frauen, bitten  
Der Einberafer.

**Morrow**  
**Freilauf-Hinterräder.**  
Fertig gespannt zum Einsetzen in jedes Rad.  
Zusammengestellt aus: Prima amerikanischen Doppelblech-Speichen, auf Kupfer hochfest vernickelt, Kronprinz-Stahlfelge, bestes schwarz lackiert, auf Wunsch weiß oder holzfarbig, und Morrow-Ferisani-Rohre mit automatischer Bremse, Modell 1902. 46762\*  
N. 27.-  
einschließlich Porto und Verpackung frei Deutschland und Oesterreich-Ungarn. Nachnahme oder Barzahlung.  
Bei Bestellung ist nur Seiten-linie, Kettenbreite, Leistung und Jahre-Anzahl sowie die Größe und Breite des Reifens anzugeben.  
Zu beziehen durch:  
Otto Steber, Berlin N., Berg-strasse 19, Julius Hopfer, Berlin N., Badstr. 30, Richard Knothner, Berlin N., Adler-strasse 163, Richard Suokow Berlin SO., Oranienstr. 171.

**Zempel-Fabrik**  
von 1785  
**Robert Hecht,**  
Berlin S.,  
Craunstr. 112.  
Nietet schnell und billig alle Arten  
**Stempel**  
in jeder Ausführung.  
**Kautschuk-Typen „Perfekto“**  
zum Zusammenlegen einzelner Wörter sowie ganzer Sätze von 1,50 M. an.

**Achtung!**  
**Socialdemokratischer Verein**  
im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.  
Dienstag, den 6. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Alten Schützenhause, Linienstrasse 5:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Revisoren.  
2. Diskussion.  
3. Neuwahl für die auscheidenden Mitglieder des Vorstandes.  
4. Befähigung der neugewählten Abteilungsleiter.  
5. Bericht der Vertrauensleute, Presb., Lokal- und Agitationskommission.  
6. Bericht über die Reorganisation in Berlin.  
7. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
245/8\*  
Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Mitgliedes, pünktlich zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
(Zahlstelle Berlin.)  
Mittwoch, den 7. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Vertrauensmänner-Versammlungen**  
Osten und Nordosten: bei Mann, Strahbergerstr. 3.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Werk-stattangelegenheiten. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Süden: bei Retzolk, Wasserthorstrasse 68.  
Tagesordnung: 1. Junimgedächtnis und Entlassungsgedächtnis. 2. Bericht der Kommission. 3. Bericht über die Reizeiter. 4. Verschiedenes.  
Folgende Werkstätten sind besonders eingeladen: Krüger u. Hofs-mann, Bentzstr. 4. Hufe, Köpnickstr. 66. Kroll, Boedstr. 25. Herrling u. Simmerlein, Bentzstr. 4. Kühn, Postmannstr. 32. Brandt, Dessenbachtstr. 36.

**Wedding und Gesundbrunnen:** bei Herrn Raabe, Kolbergerstrasse 23.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands- und Werk-stattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Jede Werkst. muß vertreten sein.  
**Süd-Westen und Westen:** in Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauens-leute und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Jede Werkst. muß vertreten sein.

**Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:**  
bei Wernau, Schwedterstr. 23/24.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
**Moabit:** bei Jocksch, Turmstr. 84.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Werkstattange-legenheiten. 3. Verschiedenes.

**Musikinstrumenten-Arbeiter im Gewerkschafts-haus, Saal V.**  
Tagesordnung: 1. Bericht vom 1. Mai. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.  
Jede Werkst. muß vertreten sein.  
**Drechsler.**  
bei Mathes, Köpenickerstr. 41.  
bei Möhring, Anhalterstr. 15c.  
Norden: bei Schmitz, Brunnenstr. 150.  
Tagesordnung: Verbands-, Verbands- und Werkstattangelegenheiten. Jede Werkst., auch die in Tischlereien beschäftigten Kollegen, müssen vertreten sein.

**Modell- u. Fabrik-tischler** im Lokal von Dieke, Adersstr. 123.  
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Bericht der Vertrauensleute und Verschiedenes.  
Jede Werkst. muß vertreten sein.  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Die Verwaltung.

**Achtung! Zimmerer. Achtung!**  
**Central-Kranken- und Sterbefälle der Zimmerer.**  
(Eingetragene Hilfskassa Nr. 2, Hamburg.) Deutsche Verwaltung Berlin.  
Freitag, den 9. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal VI), Engeliner 15:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 1. Quartal 1902. 2. Verschiedene Kasseeangelegenheiten.  
Der Vorstand. J. W. H. Schröder, Tilsiterstr. 82.

**Achtung! Charlottenburg. Achtung!**  
**Deutscher Buchbinder-Verband.**  
(Zahlstelle Charlottenburg.)  
Sonnabend, den 10. Mai, im neuerbauten Gewerkschaftshause, Rosinerstrasse 3:  
**Drittes Stiftungsfest**  
bestehend in Gesangsaufführungen (Verein „Lira“, M. d. H.-S.-V.), komischen Vorträgen (Komiker und Soubrette),  
**Festrede - Gr. Ball - Verlosung.**  
Billets a 25 Pf. (an der Kasse 30 Pf.) sind zu haben beim Deponam, im Cigarrengeschäft von W. Wesch, Köpenickerstr. u. Schillerstrassen-Ecke, beim Vorstand, sowie in den mit Plakaten belegten Lokalen. Anfang 8 Uhr. Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.  
Um zahlreiche Teilnahme bitten  
Das Komitee.



Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Sieben erschienen:

**Kinderarbeit**  
Gesetz gegen die Ausnutzung  
kindlicher Arbeitskraft in Deutschland  
von Konrad Agard.  
Preis: 2.40 Mark.

**Bulletin**  
des  
**Internationalen Erbeitsamts**  
herausgegeben vom Internat. Erbeitsamt in Basel.  
Bd. I, No. 1, 2, 3 (Januar bis März 1902).  
Monatlich erscheint ein Heft. Abonnementpreis der  
Deutschen Ausgabe: M. 7.50 jährlich.

**Vereins- u. Versammlungsrecht**  
wider die Koalitionsfreiheit  
Referat, dem Ausschusse der Ges. f. soz. Ref. erstattet von  
**Ferdinand Tönnies, Eutin.**  
(Schriften d. Ges. f. soziale Reform Heft 5.)  
Preis: 40 Pfg.

Eigene Confection.  
**Elegante  
Costümstücke**  
**enorm billig**  
in Tuch, Zibeline,  
Sammgarn und Cheviot,  
6 M., 7 M., 10 M., 12 M.,  
15 M., Seidenamast  
25 M., Viscosa 1.50 M., 6 M.,  
bis 30 M., weiss Cheviot  
und Pique 3, 5, 7-15 M.

**Jaketkleider**  
elegante Façons  
in Zibeline, Reversfabel,  
Cheviot, Covercoat und  
Sammgarn 40-42 M.  
15 M., 20 M., 25 M.

**Bolerokleider**  
**Sackkleider**  
**Blusenkleider**  
letzte Neuheit  
12 M., 15 M., 18 M.

**Seidenblusen**  
6.50 M., 8 M., 10 M., 15 M.

**Blusenhemden**  
1.75 M., 2.50 M.

**Golfcapes 6 M., 8 M., 10 M.**

**Schwarze, glatte u. bestickte  
Capes und Kragen**  
10 M., 12 M., 15 M.

**Jakets,  
Sackpaletots,  
moderne Façons**  
in vorzüglichem Stoff und tadel-  
loser Verarbeitung  
10 M., 12 M., 15 M., 20 M.

**Sielmann & Rosenberg  
BERLIN.**  
Kommandanten-Strasse,  
Ecke Lindenstrasse.  
Massenanfertigung.  
Backfisch-  
Saccos u. Jaletsch 10 M.

**Zähne 2 Mk.** 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos Zahnziehen 1 Mark.  
Plomben 1.50 M. Reparatur sofort. Umarbeit schlechtleit. Gebisse.  
**Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.**  
(Haus Schaarwächter). Sprechst. 9-7 Uhr. [19/7\*]

**Zähne 2 M.** 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzlos. Zahnziehen 1 Mark. Plomben 1.50 M. Reparatur sofort. Umarbeit schlechtleit. Gebisse.  
1 R. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7 Uhr.

**20. Ziehung 4. Klasse 206. Agl. Breuß. Lotterie.**  
Ziehung vom 5. Mai 1902 (Geld).  
Der die Gewinne über 232 Mk. hat den betreffenden  
Nummern in Klammern beigefügt.  
(522 Gewinne.)

205 49 370 (500)	532 671 849	1015 19 (1000)	113
220 87 368 428 554 678	2102 219 588 (1000)	929 38 54	
3074 173 345 00 434 687	4013 37 143 79 343 516 47		
611 746 61 887 921	5284 578 650 820 937	6122 (900)	
548 775 841 00	7082 161 202 19 (800)	326 826 71 98	
347 79 435 92 684 (500)	9112 400 07 579 832		
10247 50 595 725 900	11058 100 210 318 35 899		
722 878 12572 96	13030 51 09 180 88 206 14214		
245 494 506 15090	193 359 702 70 95 836 16010		
216 505 17042 485 004	87 717 819 964 18000 100		
51 55 526 79 88 785 056	19013 18 135 249 404 631 977		
20093 173 84 (3000)	235 312 505 (1000)	750 988	
21065 118 265 510 832 72	22005 86 106 42 62 289 373		
(1000) 722 55 826 (3000)	23092 456 921 43	24015 97	
339 421 503 702 998	25002 150 539 678 907	20274 383	
432 550 834 920	27092 880 785 845 080	28018 22 60	
285 329 716 901	29285 (1000) 529 46 98 732 50 825 57		
30010 93 129 271 340 555 721	(500) 40	10000 99	
922 31194 375 32105 59 281 84	304 13 93 404 6 56		
589 762 65 820 33196 292 492 567	(3000) 624 75 804 54		
975 34011 63 72 147 225 303 41	731 (500) 900 61		
35055 339 441 65 813 870	36052 (3000) 379 77 921		
841 61 858 37000 351 (1000)	559 710 37 85 892 000		
20 39 (3000) 38202 13 73 521 640	733 881 88 39 102		
208 311 445 (1000) 872 (500)	933 70		
40175 90 233 (3000) 614 960	41107 439 539 744		
925 (1000) 42579 603 81 700 850	43432 625 743 848		
44031 302 41 549 93 743 (1000)	90	45087 261 354 225	
58 528 300 92 46114 60 293 95 470 978	47199 223		
75 428 626 864 943	48072 105 291 57 304 90 (1000)		
673 740 829 929	49160 344 498 880 825		
50047 185 289 355 582 626 881	51044 135 81 94		
373 084 956 52234 95 (3000)	90 349 50 57 92 454 59		
552 672 904 53058 259 397 404 8 37 89 518 81 863			
54601 (500) 207 62 342 441 638 896	55315 834 63		
638 737 56138 244 789 874 97 957 54	57167 (500) 331		
69 723 61 896 924 92 58388 97 626 572 73 972 (500)			
59099 70 304 82 471 543 694 85 814 (3000) 973			
60087 976 584 629 722 61066 292 343 523 619			
62106 310 619 885 63078 100 227 373 89 409 96			
659 597 64166 461 97 590 674 65077 120 304 567 78			
807 997 66913 172 (1000) 340 653 601 35 711 811			
67311 410 568 712 (3000) 91 92 824 48 68419 (500)			
582 728 832 982 (3000) 69053 270 396 (1000)			
70749 71973 229 619 (500) 828 94 016 41 81			
72008 583 33 971 73195 (500) 315 609 720 876 74091			
189 417 684 (500) 755 802 34 909 75117 (500) 204 450			
716 76041 563 676 829 96 77098 164 306 28 560 622			
86 805 (1000) 78448 721 865 79086 105 23 369 314			
63 575 617 70 828			
80093 (1000) 143 228 64 348 704 022 81282 770			
844 82213 472 746 09 808 62 83064 120 476 634 775			
824 84107 12 301 41 428 501 701 85663 920 22 29			
(500) 86053 135 351 87039 (10 000) 247 326 828			
919 88201 66 315 39 819 89018 143 200 77 308 96			
423 556 778 809 068			
90507 665 68 (1000) 836 90 962 91038 119 444			
531 026 34 (3000) 734 92064 78 163 204 62 305 746 802			
93026 59 297 302 34 405 758 916 (1000) 39 94152 61			
307 9 15 (1000) 519 55 79 626 88 700 88 937 54 08 81			
95217 68 85 342 425 745 89 811 (1000) 95682 224 321			
41 536 893 99 97143 501 44 949 66 98018 133 (500)			
50 232 326 483 673 713 830 99013 60 296 316 400 23			
92 797			
100736 72 838 926 66 101148 839 606 709 95 811			
719 43 (3000) 103248 327 923 (1000) 57 104040 453			
710 43 (3000) 105522 846 106185 244 92 304 479			
96 512 77 (1000) 98 724 864 73 944 107070 162 296 343			
601 416 (500) 717 (1000) 108265 367 513 643 (1000)			
833 36 109093 82 220 392 99 488 511 54			
110224 320 425 706 62 62 94 832 933 113337 94			
728 83 864 (3000) 112962 258 98 451 113059 169			
404 20 529 71 777 83 857 94 921 30 59 114202 (1000)			
361 416 537 799 (1000) 115246 65 309 512 90 921			

**5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.**  
**Backware**  
6 Stück für 10 Pf.  
Albrechts Bäckereien:  
Brankestraße 9, Braunkirchstr. 19,  
Gallensteinstr. 28, Langgasse 2.  
**Dr. Simmel, Prizenstr. 41.**  
Spezialarzt für 22/5\*  
**Haut- und Nervenleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Meine Stahlbrillen von Mk. 1.00 bis Mk. 3.50.  
Nickelbrillen und Pincenez v. Mk. 1.50 bis Mk. 4.00.  
Neugold-Brillen und Pincenez v. Mk. 2.50 bis Mk. 8.50.  
Gold-Doppel-Brillen u. Pincenez v. Mk. 3.50 bis 12.00.

Gediegene Auswahl und elegante Ausführung  
in Gold-Brillen u. Gold-Pincenez von M. 8.00 bis  
Mk. 40.00.  
Alles mit Rathenower Kristall-Gläsern  
versehen.

**Specialität:**  
Theater- und Reise-  
Perspective von  
Mk. 4.50 bis Mk. 50.00.  
Reiszeuge von  
1.25-40.00.  
Barometer etc.

**Ernst Riek, Inhaber: Carl Bullendorf,**  
Berlin N., Weinbergweg 33b  
zweites Geschäft von Rosenbaler Thor, verwendet  
Bitte genau auf Firma u. Hausnummer 13b zu achten.

**Primas  
Fahrräder,**  
auch auf Teil-  
zahlung ohne  
Veränderung  
zu constanten  
Bedingungen  
unter Ga-  
rantie.

Wenig gebrauchte Räder auch auf  
Teils unter Garant Preis be-  
deutend ermäßigt. Reparatur-  
anfallt aller Systeme schnell und billig.  
**Adomcit & Landaun,**  
Rothringstr. 48 I, am Rothen Th.

**H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.**  
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabak  
**Specialität: Nordhäuser Kautabak**  
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 34878\*

**Verkaufe.**  
Eckentation (preiswert) Familienwohnung (holzer zu verkaufen) Langgasse 13. 120\*  
Bierstall, voller Schanz, wegen Todesfall verkauft billig. Modernstr. 70. 24416\*  
Schankgeschäft preiswert zu verkaufen, Miete 1600 Mark, mit angeschlossenem Wohnhaus. Zu erfragen bei Knappe, Tisch- und Gartenstr. 66. 172\*  
Flotzgebendes Restaurations-Gewandstück Friedrichshagen für 45000 Mark veräußert. Ausfallt einteil Dreiwert, Vierdehnt, Röhrend. 120\*  
Bankkassen, Meise im O., Samarrastraße und Bismarckstraße, nahe Frankfurter Allee, verkaufe unter günstigen Bedingungen. Projekte vorhanden! Waffern jahre Provision! Julius Anker, Taubenstr. 44-45. 23556\*  
Güterliste bei Hermannsdorf, 50 Morgen Ehepartitionsstern, Waldbestand, Quadratmeter 8 Mark. Frau Berlin, Seydelstraße 21; näheres auch bei Herrn Schultz, Güterliste. 23956\*  
Gardinenhand Groß Frankfurtstr. 9, parterre. 137\*  
Mischfisch, nach genauer polizeilicher Vorrichtung sowie alle Mischwertschaffsgerichte bei Jordan. Kleine Markstraße 28. 11279\*  
Maurerhilf vorzüglich Gutgeschliff. Potsdamerstraße 61. 11168\*  
Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Berlin, Brandenburg u. Sonntag, Unter den Linden 21, II. 10098\*  
Getragene Kleider, nur Einzelverkauf, billig. Landbergerstraße 22. Goldbaum. 24346\*  
Neuer Kinderwagen billig, Zimmerstraße 63, II Treppen. 24336\*  
Cigarren aus rein überreifen Tabaken, Wille Markt 30, 34, 42, 48, 60, Probebeutel, enthält 20 Stück jeder Sorte, 4.80 franko. Heinrich Selbmann, Cigarrenfabrik, Rehmstr. (Salen). 11459\*  
Haarfarbmittel, unübertroffen, überzeugungsgewaltig fünfzig Pfennig Probebüchsen, Charlottenstraße 3.

**Steyppeden billig Habelt Große**  
Frankfurterstraße 9, parterre. 137\*  
Waldstraßen, blutbildend, für Blutarznei, Brustkrankheiten, Schwindsucht, Gewichtszunahme, bessere Verdauung, überaus gesund, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3.50 erhaltbar. Nicht Glasenzahl, Qualität unerschütterlich. Vorier Kellerer Ringler, Bernauerstraße 119. 1177\*  
Fahrrad billig zu verkaufen. Bismarckstr. 119, parterre. 1177\*  
Steyppeden (potbilig) Habilt 24615\*  
Kinderwagen, Vogelbauer, billig. Einde, Fichtestraße 30. 24066\*  
Nähmaschinen, gebrauchte und neue, billig, potbilig. Pfandstraße 73. 22/15\*  
Hobeltank verkauft. Parow, Brunnenstraße 99. 162\*  
Vordiergeschäft, gut gehend, billige Miete, elegante Einrichtung, sofort veräußert. 600 Mark. Parow, Brunnenstraße 99. 162\*  
Kinderwagen, gebraucht, zu verkaufen. Sell, Goytoldstraße 3, Duergebäude I. 183\*  
Kinderwagen, gut erhalten. Kuhl, Gieselerstraße 18, I. 162\*  
Kinderwagen, vierdrüblig, fast neu, billig. Joha, Scherterstraße 40.

**Unfallfaden, Kragen, Eingaben, Restaurationen, Puffer, Steglitzerstraße 65. 10925\***  
Augusta-Bad, Köpferstraße 60, Bäder jeder Art für sämtliche Krankheitsfälle. 11262\*  
Kunsthoferei von Frau Kolofsky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.  
Bibliothek! Wer sich über diese ruhmlose Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Bibliotheken, welche unentgeltlich verfenbet werden vom Berliner Tiergärtnerverein, Köpferstraße 108. Um gütigen Abdruck gebeten. 1616\*  
Pfandheine, Bücher laust Verkaufshaus Wasserstraße 59 I. 143/3\*  
Metallbruch aller Art laust Broderick, Oppenstraße 16. 127\*  
Emil Schmidt hat eine Restauration eröffnet. Vereinszimmer. Unter Wittgensteins! Rarckstraße 16.  
Vereinszimmer und Regelbahn empfiehlt Suter, Blumenstraße 62.  
Vereinszimmer, sehr schön, mit Piano, auch als Hofstelle zu vergeben. Vahrenstraße 61. 24246\*  
Der Stoff hat fertige Herrenanzüge mit Futterfäden 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 69, III. 24556\*  
Platin, altes Gold, Bruchgold, Silber, Gebilte, künstliche Zähne, alte Uhren, Brillanten laust höchstgünstig Brod, Bernauerstraße 4. 24545\*  
Freunden und Bekannten empfehle mein Weiss- und Bismarck-Bier. Fritz Engelhardt, Ankersstraße 50, Hof Strelitzstraße. 73\*  
Wer leicht Parteilosen 100 Pf. gegen monatliche Rückzahlung, J. K. 100 Postamt 61. 24560\*  
75 Pfennige! Steuerermäßigung, Eingabengeld, Straffaden, Übersetzungen, Inventuren, Befeldigungen, Alimentationslagen, Unfallfaden, Zahlungsbefehle, Parteilosen, Postamt, Holzgerstraße 141, Abends geöffnet. 2471b

**Vermietungen.**  
Wohnungen.  
Joachimsthaler-Strasse 41 Wohnung, zwei Stuben, Zubehör, sofort vermiebar. 22/10\*  
Zwei Stuben, Küche zum Juni, Schlegelstraße 14, vorn II. 1146

**Zimmer.**  
Landauerstraße, Zimmer Woche 4 und 5 Mark. GutsMuths, Eggenstraße 2. 24536\*

**Arbeitsmarkt.**  
Stellengesuche.  
Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigen Preisen geschneidert, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeschickt. Adresse: Wilmstraße 27, K. Güter.  
Stellungsangebote.  
Breiter für Goldbleich-Bergerung verlangt Erich Probst, Köpferstraße 37. 23788\*  
Zehrführer verlangt Stahl u. Dergaz, Wilmstr., Hermannstraße 108.  
Korbwarengeräten auf Hochzeiten verlangt Holz, Oranienstraße 3. 2457b  
Maschinenmeister für Blechdruck für unter Brandenburg Privat verlangt. Gerson, Berlin, Köthenerstraße 28/29. 11488\*  
Widenermacher verlangt Donndorf, Potsdamerstraße 41, vorn IV. 24078\*  
Widenermacher 2, Radu, Gurland, Vorgartenstraße 2. 24696\*  
Santätschtern, Tüchtige Arbeiterinnen in und außer dem Hause finden lebende und dauernde Beschäftigung bei Louis Pfannenstiel, Oranienstraße 131. 24158\*  
Wehrmännchen bei sofortiger Gehalt finden beste Verhältnisse. Fächter von Handverzetteln bevorzugt. Louis Pfannenstiel, Puffelstraße 131, Oranienstraße 131. 24148\*

**Kleine Anzeigen.**

**Verkaufe.**  
Eckentation (preiswert) Familienwohnung (holzer zu verkaufen) Langgasse 13. 120\*  
Bierstall, voller Schanz, wegen Todesfall verkauft billig. Modernstr. 70. 24416\*  
Schankgeschäft preiswert zu verkaufen, Miete 1600 Mark, mit angeschlossenem Wohnhaus. Zu erfragen bei Knappe, Tisch- und Gartenstr. 66. 172\*  
Flotzgebendes Restaurations-Gewandstück Friedrichshagen für 45000 Mark veräußert. Ausfallt einteil Dreiwert, Vierdehnt, Röhrend. 120\*  
Bankkassen, Meise im O., Samarrastraße und Bismarckstraße, nahe Frankfurter Allee, verkaufe unter günstigen Bedingungen. Projekte vorhanden! Waffern jahre Provision! Julius Anker, Taubenstr. 44-45. 23556\*  
Güterliste bei Hermannsdorf, 50 Morgen Ehepartitionsstern, Waldbestand, Quadratmeter 8 Mark. Frau Berlin, Seydelstraße 21; näheres auch bei Herrn Schultz, Güterliste. 23956\*  
Gardinenhand Groß Frankfurtstr. 9, parterre. 137\*  
Mischfisch, nach genauer polizeilicher Vorrichtung sowie alle Mischwertschaffsgerichte bei Jordan. Kleine Markstraße 28. 11279\*  
Maurerhilf vorzüglich Gutgeschliff. Potsdamerstraße 61. 11168\*  
Vorjährige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Berlin, Brandenburg u. Sonntag, Unter den Linden 21, II. 10098\*  
Getragene Kleider, nur Einzelverkauf, billig. Landbergerstraße 22. Goldbaum. 24346\*  
Neuer Kinderwagen billig, Zimmerstraße 63, II Treppen. 24336\*  
Cigarren aus rein überreifen Tabaken, Wille Markt 30, 34, 42, 48, 60, Probebeutel, enthält 20 Stück jeder Sorte, 4.80 franko. Heinrich Selbmann, Cigarrenfabrik, Rehmstr. (Salen). 11459\*  
Haarfarbmittel, unübertroffen, überzeugungsgewaltig fünfzig Pfennig Probebüchsen, Charlottenstraße 3.

**Steyppeden billig Habelt Große**  
Frankfurterstraße 9, parterre. 137\*  
Waldstraßen, blutbildend, für Blutarznei, Brustkrankheiten, Schwindsucht, Gewichtszunahme, bessere Verdauung, überaus gesund, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3.50 erhaltbar. Nicht Glasenzahl, Qualität unerschütterlich. Vorier Kellerer Ringler, Bernauerstraße 119. 1177\*  
Fahrrad billig zu verkaufen. Bismarckstr. 119, parterre. 1177\*  
Steyppeden (potbilig) Habilt 24615\*  
Kinderwagen, Vogelbauer, billig. Einde, Fichtestraße 30. 24066\*  
Nähmaschinen, gebrauchte und neue, billig, potbilig. Pfandstraße 73. 22/15\*  
Hobeltank verkauft. Parow, Brunnenstraße 99. 162\*  
Vordiergeschäft, gut gehend, billige Miete, elegante Einrichtung, sofort veräußert. 600 Mark. Parow, Brunnenstraße 99. 162\*  
Kinderwagen, gebraucht, zu verkaufen. Sell, Goytoldstraße 3, Duergebäude I. 183\*  
Kinderwagen, gut erhalten. Kuhl, Gieselerstraße 18, I. 162\*  
Kinderwagen, vierdrüblig, fast neu, billig. Joha, Scherterstraße 40.

**Unfallfaden, Kragen, Eingaben, Restaurationen, Puffer, Steglitzerstraße 65. 10925\***  
Augusta-Bad, Köpferstraße 60, Bäder jeder Art für sämtliche Krankheitsfälle. 11262\*  
Kunsthoferei von Frau Kolofsky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre.  
Bibliothek! Wer sich über diese ruhmlose Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Bibliotheken, welche unentgeltlich verfenbet werden vom Berliner Tiergärtnerverein, Köpferstraße 108. Um gütigen Abdruck gebeten. 1616\*  
Pfandheine, Bücher laust Verkaufshaus Wasserstraße 59 I. 143/3\*  
Metallbruch aller Art laust Broderick, Oppenstraße 16. 127\*  
Emil Schmidt hat eine Restauration eröffnet. Vereinszimmer. Unter Wittgensteins! Rarckstraße 16.  
Vereinszimmer und Regelbahn empfiehlt Suter, Blumenstraße 62.  
Vereinszimmer, sehr schön, mit Piano, auch als Hofstelle zu vergeben. Vahrenstraße 61. 24246\*  
Der Stoff hat fertige Herrenanzüge mit Futterfäden 15 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße 69, III. 24556\*  
Platin, altes Gold, Bruchgold, Silber, Gebilte, künstliche Zähne, alte Uhren, Brillanten laust höchstgünstig Brod, Bernauerstraße 4. 24545\*  
Freunden und Bekannten empfehle mein Weiss- und Bismarck-Bier. Fritz Engelhardt, Ankersstraße 50, Hof Strelitzstraße. 73\*  
Wer leicht Parteilosen 100 Pf. gegen monatliche Rückzahlung, J. K. 100 Postamt 61. 24560\*  
75 Pfennige! Steuerermäßigung, Eingabengeld, Straffaden, Übersetzungen, Inventuren, Befeldigungen, Alimentationslagen, Unfallfaden, Zahlungsbefehle, Parteilosen, Postamt, Holzgerstraße 141, Abends geöffnet. 2471b

**Redacteur-Gesuch.**  
Für ein täglich erscheinendes (tägliches) Parteiblatt wird ein (40478\*  
**Redacteur**  
zum baldigen Eintritt gesucht.  
Offerten unter D. 1 an die Expedition dieses Blattes erbeten.  
**Gewerkschaftssekretär.**  
In Magdeburg soll zur Wahrnehmung aller gemeinsamen gewerkschaftlichen Interessen zum 1. Juni d. 33. ein **Gewerkschaftssekretär** vom Gewerkschaftsbureau angeheilt werden.  
Anfangsgehalt 2000 M. Jährliche Zulagen: in den ersten fünf Jahren 100 M., in den nächsten Jahren 75 M., bis zur Höhe von 3000 M. - Bewerbungen, unter Beilassung einer Probearbeit, die ein Programm für die Tätigkeit eines Gewerkschaftssekretärs enthalten muss, müssen bis zum 1. Juni d. 33. bei dem Unterscheideten eingegangen sein. Derlei gibt Reflexionen weiterer Auskunft.  
**Das Gewerkschaftsbureau**  
Magdeburg.  
J. A. Otto Voss, Magdeburg, Rothenauer-Ufer 27/28.  
**Achtung!**  
**Riffenmacher, Holzarbeiter und Maschinenarbeiter!**  
In der Riffenfabrik Stolz, Lindenstraße, sind sämtliche Kollegen aufgefordert.  
Bitte fernzubleiben!  
**Die Lohnkommission.**  
**Achtung, Vergolder!**  
Wegen Differenzen bei der Firma **Kunze, Dinstenstraße 20**, ist Bezug bis auf weiteres streng fernzubleiben.  
235/12  
**Die Ortsverwaltung**  
der **Filiale Berlin.**  
**Achtung, Holzarbeiter!**  
Bei der Firma **Leibe & Co., Großbeerenstraße 51**, befinden sich sämtliche Riffenmacher und Maschinenarbeiter im Aufstand. Bezug streng fernzubleiben.  
23/1 **Die Ortsverwaltung.**



Ein schweres Eisenbahnunglück.

Wie aus Delitzsch gemeldet wird, ist der Münchener D-Zug, der in Berlin um 6,10 Uhr früh eintreffen sollte und Leipzig 8,47 Uhr verließ, in Hirschhorn bei Delitzsch infolge Bruchs einer Tenderachse teilweise entgleist. Zwei Personenwagen stürzten um und wurden vollständig zertrümmert, mehrere andere arg beschädigt. Der in einem Abteil 1. Klasse befindliche bayerische national-liberale Reichstagsabgeordnete, Braner- und Gutsbesitzer Friedel (zweiter oberfränkischer Wahlkreis), sowie eine bisher noch unbekannt gebliebene Dame wurden auf der Stelle getötet. Fünf Fahrgäste wurden schwer, mehrere leichtverletzt unter den Trümmern hervorgezogen. Die erste Hilfe leistete ein aus Delitzsch herbeigerufener Arzt. Die Verwundeten wurden nach dem städtischen Krankenhaus in Leipzig gebracht, zu welchem Zwecke ein Krankenwagen nach dem dortigen Berliner Bahnhof dienstlich abgestellt worden ist. Als erster Schwerverwundeter traf dort der 47 Jahre alte Kaufmann Wandel aus Posen ein. Die weniger schwer verletzten Fahrgäste setzten die Fahrt mit dem von Halle kommenden, um 9 Uhr 20 Min. in Berlin eingetroffenen Zuge fort. Beide Geleise waren auf ungefähr sechs Stunden unfahrbar. Der Personenverkehr wurde durch Umsteigen aufrechterhalten.

Der Koch des Speisewagens wird vermißt, man vermutet, daß auch er tot unter den Trümmern liege. Der schwerverwundete Karl Wandel aus der Provinz Posen ist ins Leipziger Krankenhaus eingeliefert worden. — In der bayerischen Abgeordnetenkammer verlas gestern vormittag der Vizepräsident v. Keller ein Telegramm des Reichstags-Abgeordneten v. Lama, welcher meldet, daß bei dem Eisenbahnunglück der Reichstags-Abgeordnete Friedel (2. Oberfranken) und Leben gekommen ist. Die aus Berlin datierte Depesche lautet: „Schnellzug verunglückt; Kollege Friedel tot, ich zufällig gerettet. Lama.“

Weitere Telegramme aus Leipzig bejagen: Unter den bei Hirschhorn Verletzten finden sich folgende Namen: Marie Leder-Berlin, Marie Sternberg-Berlin, Lily Mann-Friesing (?), Charlotte Döring-Pitterfeld, Rittergutsbesitzer Wandel-Posen. Der Schnellzugverkehr Berlin-Hof-München wird vorläufig noch über Halle geleitet.

Die Bundeskanzlei des deutschen Samariterbundes teilt mit: Bei dem Eisenbahnunglück bei Hirschhorn gab es 2 Tote und 8 Verletzte. Neben der ärztlichen Hilfe von Delitzsch waren die Ärzte des Samaritervereins von Leipzig, Ober-Stabsarzt Dr. Dähms und Dr. Hahn, sowie Mannschaften und Freiwillige des Leipziger Samaritervereins alsbald mit Rettungswagen zur Stelle, so daß gegen 8 Uhr sämtliche Verletzte geborgen waren. Die Schwerverletzten wurden dem Krankenhaus zu St. Jakob in Leipzig zugeführt.

Die Ursache des Unglücks ist ein schwerer Defekt an der Lokomotive. Während der Fahrt sprangen plötzlich Einzelteile von der Lokomotive ab. Dieselbe ritz sich vom Zuge los und fuhr ungefähr 5000 Meter weiter, während die Wagen entgleisten und übereinander geworfen wurden. Fast der ganze Zug ist demoliert. Von den Schwerverletzten hat eine Dame einen Unterschenkelbruch, eine andere Verletzungen im Nacken erlitten.

Nach dem Bericht des „Leipziger Tageblatt“ über das Eisenbahnunglück bei Hirschhorn ereignete sich dieser unmittelbar am Bahnhof Hirschhorn, etwa 14 Kilometer von dem Berliner Bahnhof in Leipzig. Bei demselben blühten 2 Reisende, der Reichstags-Abgeordnete Johann Friedel aus Bayern und eine Frau Hirsch das Leben ein; zwei Personen, eine Dame und ein junges Mädchen, sind schwer, sechs andre Passagiere leicht verletzt. Die getötete Dame trug einen Trauring mit der Inschrift „Verheiratet Rizza 1871“. Mit furchtbarem Behemem missen die am meisten von dem Unfall betroffenen Wagen aus dem Geleise gesprungen sein. Günstigerweise war der Zug verhältnismäßig schwach besetzt. Als Ursache der Entgleisung wird mit Bestimmtheit der Bruch einer Achse des Tenders bezeichnet. Der erste Personenwagen kippte nach rechts, der zweite nach links um, während der Küchenwagen sich an beiden vorbei auf dem Geleise vorwärts hob. Lokomotive, Tender und Wadwagen rissen sich los, rasten noch etwa 600 Meter weiter und blieben dann auf freiem Felde auf den Schienen stehen. Die letzten Wagen entgleisten ebenfalls nicht. Die beiden Getöteten hatten sich in ersten und zweiten Wagen befunden und wiesen schwere Schädelbrüche auf. Eine Dame, die durch Zelle des Wagens eingeklemmt war und einen Bruch des linken Armes erlitten hat, wurde nach Befreiung der Hindernisse aus ihrer Lage befreit und aus dem Wagen herabgeholt.

Deffau, 5. Mai. Die hiesige Eisenbahn-Vetriebsinspektion giebt bekannt: Heute morgen um 4 Uhr entgleiste der von Leipzig nach Berlin über Wittenberg fahrende D-Zug Nr. 21 infolge Bruchs einer Tenderachse auf dem Bahnhof Hirschhorn. Von den Reisenden wurden 2 getötet, 2 schwer und 4 leicht verletzt. Beide Geleise werden bis etwa 2 Uhr gesperrt sein. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Das „Berl. Tagbl.“ veröffentlicht folgenden Bericht eines Augenzeugen:

Sehr Minuten, nachdem ich um 3 Uhr 30 Minuten im D-Zug Nummer 21 von Leipzig abgefahren war und mich in der Nähe von Hirschhorn befand, gab es plötzlich einen durch Mark und Bein gehenden Knall. Die Maschine war, wie uns später gesagt wurde, infolge eines Achsenbruchs — andere sprachen von einem Achsenbruch nach der linken Schiene hin entgleist. Der Zug bestand aus fünf Personenzugwagen, denen zum Schluss der Lokomotive angehängt war. Die beiden ersten Wagen nach der Lokomotive waren durch den plötzlichen Stillstand derselben ineinander geschoben worden; die übrigen drei Wagen waren teils nach links, teils nach rechts umgeworfen. Ein Postwagen, der auf den Schienen stehen blieb, ist die Mittelachse gebrochen. Das Bahnpersonal stand hilflos und ratlos da. Nicht einmal das notwendige Verbandmaterial war zur Stelle. Die Postbeamten, die den Zug begleiteten, sprangen den Jammernden und Hilferufenden hilfreich zur Seite und drückten in den umgestürzten Waggons die Fenster ein, aus denen sich die Reisenden retten konnten. Der kleine Verbandkasten, der für die Postbeamten im Postwagen mitgeführt wurde, that, wenn auch unzureichend, so doch gute Dienste. Während die Postbeamten noch eilig bei ihrer Samariterthätigkeit beschäftigt waren, traf ein telegraphisch herbeigerufener Arzt aus Leipzig ein und übernahm die Leitung des Rettungswerkes. Zwei Reisende waren bereits tot; eine sehr schwer verwundete Dame, welcher der Brustkasten eingedrückt war, gab noch Lebenszeichen. Als wir später in Berlin eintrafen, erfuhren wir, daß auch sie inwischen den Verletzungen erlegen ist. Außerdem waren noch fünfzehn Personen teils leicht, teils schwer verletzt. Die nervöse Aufregung, in die die Passagiere durch den Unfall veretzt waren, machte sich noch in der Weiterfahrt bei jedem Knall, bei ungewohnten Bremsen etc. bemerkbar.

Der Reichstags-Abgeordnete Friedel war am 27. Mai 1856 zu Oberhofenweth geboren. In seinem Heimatort besuchte er die Volksschule und später von 1868 bis 1871 die Gewerbeschule zu Bayreuth, wo er den väterlichen Beruf, das Brauergewerbe erlernte. Nachdem er 1875 bis 1874 als Einjährigfreiwilliger im 2. bayerischen Kavallerieregiment gedient und in München als Brauer thätig gewesen, übernahm er 1887 das väterliche Geschäft. In die Öffentlichkeit trat er zuerst im Jahre 1888 als Mitglied des Distriktsrats Bayreuth. Dann wurde er von 1888 bis 1893 zum stellvertretenden Landrat und im Jahre 1893 in die bayerische Abgeordnetenkammer

gewählt. Seit dem Jahre 1896 war er außerdem stellvertretender Bürgermeister in Oberkommerstsch. Er vertrat seit März 1900 im deutschen Reichstage den Wahlkreis II Oberfranken und gehörte der national-liberalen Partei an.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Wahlkreis. Heute Dienstag 8 1/2 Uhr abends hält der Verein seine General-Versammlung im Alten Schützenhause, Linienstraße 6, ab. Auf der Tagesordnung stehen neben Zahlen und Berichten auch Beschlusfassungen über die Neu-Organisation in Berlin. Auf zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird gerechnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Wilmerdorf. Am Mittwoch findet in Wittes Volksgarten, Berlinerstr. 40, die regelmäßige Vereins-Versammlung des Wahlvereins statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Zugleich werden die Mitglieder ersucht, ihre restierenden Beiträge in dieser Versammlung zu begleichen.

Steglich-Friedenau. Die Parteigenossen werden auf die am Mittwochabend 8 Uhr bei Schellhose in Steglich, Hohnstr. 15, stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht, in welcher Genosse Walded Ranasse Berlin über das Thema: „Die Götter und Götzen sterben“ sprechen wird. Speziell die Frauen werden zu regem Besuch eingeladen.

Lokales.

Unser Parteigenosse Emil Gerstenberger ist am Sonntagmorgen um 11 Uhr auf dem Friedhof in Weißensee zu Grabe getragen worden. Die Arbeiterkassette des Proletarier-Vorortes gab unserm verstorbenen Freund zahlreich das Geleit; ebenso hatten sich aus den nördlichen und östlichen Vororten, sowie aus Berlin selbst viele Deputationen eingefunden, um dem Mann, der schlicht und selbstlos die Interessen der Unterdrückten wahrgenommen, den letzten Dank, die letzte Ehre zu teil werden zu lassen. Ein Trauergefang empfing den Sarg am Grabe und in ergreifenden Worten gedachte der Reichstags-Abgeordnete des Kreises, Genosse Arthur Stadthagen sodann der Opferwilligkeit, mit der Gerstenberger auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet thätig gewesen. Als Stadthagen seine Kranzspende am Grabe niedergelegt und von dem Freunde, mit dem er viele Jahre hindurch gewirkt, Abschied genommen hatte, schmähten die Führer der politischen und gewerkschaftlichen Deputationen unter kurzen Abschiedsworten die Grust mit den letzten Zeichen der Liebe und des Dankes. Unter den zahlreichen Kranzspenden seien erwähnt die vom Steinarbeiter-Verein und von anderen Gewerkschaften und politischen Vereinen am Orte dargebrachten, ebenso die von der Gemeindevertretung, in der Gerstenberger mehrere Jahre gewirkt hat. Die Parteigenossen Berlins, die Prehkommision, die Redaktion des „Vorwärts“ und die Organisationen vieler Vororte legten ebenfalls Kränze nieder. Ein Grablied beschloß die Feier. Die Witwe und drei Kinder im zarten Alter waren schluchzend dem Sarge gefolgt. Unter unendlicher Mühsal hat Gerstenberger für die Seinen Brot zu schaffen gesucht, und viel schwerer als die meisten seiner Bekannten ahnten, ward es dem kranken Mann, der Familie gerecht zu werden. Er mußte seine Lieben in Armut und Entbehrung zurücklassen. Soweit es in ihren Kräften steht, liegt es den Parteigenossen ob, die Hinterbliebenen vorab vor dem Schlimmsten zu schützen.

Die neue Oberbau-Lagerung der Hochbahn, welche zur Abmilderung des Zuggeräusches beschloffen worden ist, unterlag dieser Tage der Prüfung der Aufsichtsbehörden (königl. Eisenbahndirektion und Polizeipräsidentium). Unter mehreren vorgeschlagenen Systemen hat die Aktiengesellschaft Siemens und Halske eine elastische Auflagerung der Hochschienen unter Verwendung hölzerner Langschwellen gewählt. Bei dieser Konstruktion werden alle direkten Schraubenverbindungen zwischen den in kurzen Abständen unterstützten Schienen und der Eisenkonstruktion vermieden und an den Aufhängen noch besondere, schalldämpfende Mittel (Füll- oder Leder-Platten) verwendet. Diese Maßregeln haben aber zur Voraussetzung, daß an der fahrbaren Achse selbst, welche sich mit ihren aus Wismutstein hergestellten Köpfe und ihrer Asphaltabdeckung überall aufbewahrt hat, keinerlei Ränderungen vorgenommen werden dürfen. Andererseits muß auch die Schienenoberfläche in der gleichen Höhenlage, wie jetzt, erhalten werden, weil sonst auch die Stromleitungsdrähte und die Höhenlage der Bahnsteige geändert werden müßte. Es stellen sich daher angesichts der peinlichen Oekonomie derartiger Anlagen der geplanten Probe-Ausführung große Schwierigkeiten entgegen; diesen gebent die Vauleitung u. a. dadurch zu begegnen, daß sie anstatt des im Osten verwendeten 180 Millimeter hohen Schienenprofils das auf der Westseite geübtere 160 Millimeter niedrige Profil von nur 150 Millimeter Höhe zur Anwendung bringt. Der geräuschlose Schienen-Verblatt-Stoß, welcher sich auf der ganzen Strecke der Hochbahn bewährt hat, soll beibehalten werden. Durch die elastische Lagerung des Oberbaues hofft man das unmittelbare Zuggeräusch erheblich abzumildern und auch das Resonanzgeräusch der Eisenkonstruktion auf ein Minimum einzuschränken. Die Aufsichtsbehörden haben sich mit einer Probeausführung der beschriebenen Art einverstanden erklärt. Zunächst soll in der Gitschinerstraße, nahe der Haltestelle „Prinzenstraße“, auf einer 300 Meter langen Geleisstrecke ein Versuch mit der neuen Oberbau-Lagerung vorgenommen werden. Die hierzu erforderlichen Arbeiten müssen natürlich mit der größten Vorsicht ausgeführt werden und dürfen auch zeitraubend sein, da sie nur während der nächtlichen Betriebspause vorgenommen werden können.

Der bekannte Ohrenarzt Professor Ferdinand Trautmann ist Sonntagabend nach kurzem Krankenlager an Herzschwäche gestorben. Die medizinische Wissenschaft verliert in ihm einen hervorragenden Vertreter der Ohrenheilkunde. Der Verstorbene wurde am 20. März 1833 zu Wittenberg geboren, absolvierte die militärärztliche Bildungsanstalt zu Berlin und wurde Militärarzt. Aus seinem militärischen Verhältnis schied er 1887 als Generalarzt 2. Klasse aus und wurde im nächsten Jahre zum außerordentlichen Professor ernannt. 1893 wurde er dirigierender Arzt der neu errichteten Abteilung für Ohrenkrankheiten an der Charité und geheimer Medizinalrat. Vor 2 Jahren siedelte Trautmann mit seiner Abteilung in die neue Ohrenklinik an der Luisenstraße über. Außerdem unterhielt er eine viel frequentierte Privatklinik in der Steglitzerstraße. Professor Trautmann hat auch vor etwa 20 Jahren den Kaiser erfolgreich an einem Ohrenleiden behandelt.

Der Prozeß Sanden und Genossen, für den ein Hauptverhandlungstermin am 20. d. M. stattfinden sollte, wird voranständiglich auf einen späteren Termin verschoben werden müssen, da sich der Verhandlung im letzten Augenblicke unvorhergesehenen Schwierigkeiten entgegenstellen. Der Vorsitzende der 7. Strafkammer, Landgerichtsdirektor Bogt, der zum Studium des sehr umfangreichen Aktenmaterials seit kurzem beurlaubt ist, ist leider erkrankt und hat die Akten zurückzuschicken müssen. Da der stellvertretende Vorsitzende der 7. Strafkammer, Landgerichtsrat Grodke, für die nächsten 14 Tage den Vorsitz im Schwurgericht führt, dürfte eine Verhandlung des Prozesses in diesem Monat unmöglich sein.

In Sachen Zietzen hatte Rechtsanwalt Victor Frankl die von ihm verfaßte Proklamation „Der jetzige Stand des Reichsjustizministeriums“ dem Staatssekretär des Reichs-Justizamtes überreicht. Dieser hatte

sie an den preussischen Justizminister „mit dem Anheimsstellen der reformmäßigen Verfassung“ abgegeben. Aus dem Justizministerium ist sie dem Oberstaatsanwalt in Köln zugestellt worden, der bisher den verschiedenen Wiederaufnahme-Anträgen stets widersprochen hat. Der Oberstaatsanwalt hat nun dem Reichsanwalt Frankl eröffnet, daß der Inhalt der Proklamation den Justizbehörden zu irgend welchen weiteren Maßnahmen nach seiner Richtung hin Anlaß geben kann.

Eine Einrichtung, die nicht allgemein bekannt zu sein scheint, die aber die Aufmerksamkeit aller verdient, ist die der Berliner Feuerwachen, bei allen Unglücksfällen (Vergiftungen, Knochenbrüchen, Verbrennungen usw.) sofort unentgeltliche Hilfe zu leisten. Auf allen Wachen befinden sich stets Mannschaften, die in Samariterdienst ausgebildet sind, auch ist auf allen Feuerwachen das notwendige Verbandmaterial, Sauerstoff usw. vorrätig. Auf der Feuerwache am Hafenplatz ist 1901 in 38 Fällen und in der Mauerstraße in 7 Fällen Hilfe geleistet worden, während die übrigen Wachen nur in wenigen Fällen in Anspruch genommen wurden, wahrscheinlich nur aus Unkenntnis.

Völlig verarmt ist in der Irrenanstalt Dalldorf der in Berlin allgemein bekannte Kaufmann Jacques Raphaeli gestorben, nachdem er innerhalb weniger Jahre ein Vermögen von über 300 000 M. verloren hat. Er früher in der Reuen Promenade ein großes Versandgeschäft für Schuh-, Riquenur- und Cigarettenwaren besaß, kaufte vor etwa fünf Jahren an der Spandauerbrücke ein Haus und verlegte sein Geschäft, welches er erheblich vergrößerte, nach dorthin. Einestells Verluste, die er an dem Hause erlitt, hoffnungslose Prozesse, die ihm viel Geld kosteten, und ein ziemlich loderer Lebenswandel des M., welcher Junggeselle war, fügten diesem ganz bedeutende Geldverluste zu, so daß er schon nach wenigen Jahren nicht mehr in der Lage war, sein Geschäft zu halten. Um einem völlig ergebnislosen Konkurs zu entgehen, trat er sein Geschäft an seine Gläubiger ab, und mit wenigen Tausend Mark, dem letzten Rest des so großen Vermögens, eröffnete Raphaeli bald darauf in der Straße An der Stadtbahn ein Möbel-Kreditgeschäft. Hier verlor er auch das letzte seiner Habe, und Raphaeli mußte Armen-Unterstützung in Anspruch nehmen. Die Führung des von Raphaeli zuletzt umgehabten Geschäftes war eine derartige gewesen, daß die Staatsanwaltschaft Veranlassung nahm, sich mit dem Kaufmann zu beschäftigen, jedoch konnte die Verhaftung nicht mehr erfolgen. Raphaeli war inzwischen auf Armenkosten nach der städtischen Irrenanstalt Dalldorf gebracht und ist dort an Gehirnverwundung gestorben. Bezeichnend ist es, daß Raphaeli in der Irrenanstalt sich den ganzen Tag über mit der Redigierung von Annoncen beschäftigte. Er bildete sich ein, das größte Geschäft der Welt zu besitzen.

Durch einen Sturz vom Dach tödlich verunglückt ist gestern, Montagmorgen der 36 Jahre alte Kleinpferd Schönerer aus der Kleebr. 35. Der Mann bestreite mit mehreren Arbeitsgenossen das Dach des Hauses Kleebr. 170, eines vierstöckigen Hauses, als man fertig war, setzte er sich vorchriftsmäßig an, um sein Werkzeug herunter zu holen. Hierbei trat er auf eine Schieferplatte, die ausbrach. Nun glitt Schönerer aus und stürzte über das Gefsim hinweg. Zum Unglück geriet das Tau, das am Schornstein befestigt war, während er sich am anderen Ende dem Gurt umgelegt hatte, auf eine aufrecht stehende Zinnsplatte und wurde so durch die Wucht des Falles durchgeschnitten. Der Unglückliche stürzte in die Tiefe und wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Wege nach dem St. Hedwigs-Krankenhaus, in das er von der nächsten Unfallstation gebracht werden sollte, im Koppischen Rettungswagen starb. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht. Der Verunglückte hinterließ eine Frau und ein Kind von zwei Jahren.

Ein Raub der Flammen wurde in der Nacht zum Sonntag die Hirschhorn-Ravenstein, die von Berliner Ausflüglern und der Einwohnerschaft Friedrichshagens viel besucht wird. Ravenstein, ursprünglich eine Wassermühle, war noch eine seiner gemütlichen, alten, anpruchsvollen Wirtschaften mit rein ländlichem Charakter, die in der Umgebung Berlins immer seltener werden, eine gute Viertelstunde nordöstlich von Friedrichshagen im Walde reizend gelegen. Das Feuer kam gegen Mitternacht aus und entstand wahrscheinlich in der Mäuserkammer.

Unglücksfälle beim Exerzieren. Bei den gestern vormittag in Gegenwart des Kaisers stattgehabten Truppenübungen haben sich zwei Unglücksfälle schwerster Art ereignet. Der Oberst und Kommandant des dritten Garde-Regiments, Georg Graf v. Haslingen, stürzte, als er vor die Front seines Regiments rit, um es dem Kaiser vorzuführen, vom Pferde. Von Augenzeugen wird der „Berl. Zig.“ zufolge berichtet, daß der Oberst sich nicht mehr erheben konnte und mittels Wagens in seine in Charlottenburg, Kantstr. 149, gelegene Wohnung gebracht werden mußte. Der Kaiser hatte beabsichtigt, nach dem Exerzieren in dem Offiziers-Kasino des dritten Garde-Regiments in der Wrangeistraße das Frühstück einzunehmen. Dies ist aber infolge des Unglücksfalles unterblieben. Der Kaiser fuhr vom Tempelhofer Felde direkt nach dem Schloßplatz. Eine zweite schwere Verunglückung erfolgte bei einer von 2. Garde-Dragoon-Regiment mit außerordentlichem Eifer unternommenen Attacke. Bei derselben stürzte ein Dragoner mit seinem Pferde, so daß er unter das Tier zu liegen kam. Weder Kopf noch Reiter erhoben sich wieder vom Boden. In bewußtlosem Zustande wurde der verunglückte Soldat unter dem Pferde hervorgezogen, das Pferd selbst lag noch auf dem Platze, als die Truppen bereits vom Exerzierfeld abgerückt waren.

Die Verzweiflungsthat einer Mutter. Sonntagvormittag hat die 41jährige Ehefrau Vertha des Sprengwagenführers Aukt in Charlottenburg, Sophie Charlottenstr. 82 wohnhaft, in ihrer im Seitenflügel belegenen Parterrewohnung erst ihrem 31-jährigen Lützlichen Lieblingen und dann sich selbst mit einem Rasiermesser die Kehle durchgeschnitten. Das Kind sowie die Mutter haben den Tod gefunden. Zwischen dem Ehemann Aukt, der dem Trunke ergeben war, und seiner Frau fanden seit längerer Zeit Elandtszenen statt. So auch in der Nacht zum Sonntag. Nachdem Aukt sich gefesselt in seinen Dienst begeben hatte, schickte seine Frau ihre 16-jährige Tochter, die an Krücken geht, nach einem in der Potsdamerstr. 40 zu Charlottenburg gelegenen Schlächtergeschäft, um dort Fleisch einzukaufen. Als das Mädchen zurückkam, wurde ihre nicht geöffnet. Sie stieß deshalb das Fenster auf, und nun bot sich ihr ein graußiger Anblick. Die Mutter lag mit durchschnitener Kehle und mit dem Tode ringend neben dem Bett auf dem Fußboden. Ihr Schwesterchen lag mit klaffender Halswunde entseelt im Bett. Das Mädchen lief sofort zu Hausbewohnern und suchte dann nach einem Schutzmann. Bei dessen Eintreffen war die Mutter bereits eine Leiche. Die Tochter suchte des Mannes soll die Mutter zu ihrer Verzweiflungsthat getrieben haben. Nach andren Gerüchten soll Frau Aukt die That in einem Anfall von Geistesstörung begangen haben. Sie hatte erst vor kurzem an Influenza gelitten, und seit der Zeit, wo sie aus dem Krankenhaus entlassen wurde, hat sie stets ein schmerzhaftes Schauderfieber bekommen. Die beiden Leichen wurden nach dem Charlottenburger Schauhaus geschafft.

Auf der Turnfahrt und Leben gekommen ist in Oranienburg der Turner Alfred Breetzsch, Grüner Weg 62 in Reinickendorf wohnhaft. Der Gau 2 der Berliner Turnerschaft, dem die Turnvereine der nördlichen Vororte angehören, machte am Sonntag eine Turnfahrt nach Oranienburg, um den dortigen Turnverein zu besuchen. Die meisten Teilnehmer traten um 9 Uhr abends wieder den Heimweg an, eine Anzahl Turner aber, darunter Breetzsch und ein Freund Fritz K., der gleich ihm dem Turnverein Gesundbrunnen angehört, blieben noch zurück. In ihrem Nebenamt unterhielten sie sich damit, in der Nähe des Bahnhofs über die Varietten zu springen. Als um



1 Uhr 20 Minuten ein Güterzug von Neu-Strelitz die Stelle passierte, machten Breisch und sein Freund den Versuch, auf den Zug zu klettern. Während dies letzterem gelang, machte Dr. einen Schritt, geriet unter die Räder und wurde sofort getötet. Die ganze rechte Seite wurde ihm zermalmt. Mitglieder des Turnvereins Wedding brachten A., der ganz verzweifelt war, nach Hause, um zu verhindern, daß er sich ein Leid antue. Die Leiche des Verunglückten wurde gestern morgen, nachdem sie die Nacht über auf der Anglistenstraße gelegen hatte, nach dem Oranienburger Güterbahnhof gebracht.

**Von Ali Bey im Feenpalast.** In den Künstlern, die Groß und Klein immer wieder in Erstaunen setzen, gehört von Ali Bey, der indisch-ägyptische Zauberer und Wunderhüter. Er ist gleich seinen liebenswürdigen Gehilfen zwar seit langen Jahren in Berlin bekannt; aber doch erinnern wir uns gern wieder der Freuden, die er uns und mehr noch unsern Kindern im Pantomime-Theater bereitet hat. Neben manchem Bekannten bringt der Mann im phantastischen Kostüm jetzt allerhand neue Ueberrassungen, denn auch ein Zauberer darf nicht müßig sein, will er das Publikum unterhalten und der leidigen Konfurrenz die Spitze bieten. Man verlangt von gewöhnlichen Künstlern schon das Unmögliche, und nun erst von einem Zauberer, der dort hinten in Indien anscheinend sehr profitable Dinge erlöst hat. Aber von Ali Bey ist nicht so. Wer ein bißchen Glück hat, kann vermittelt der „magischen Koffeeküche“, die der Zauberer auf der Bühne erscheinen läßt, gratis zu einem Täßchen Mokka kommen. Und in dem Gedanken, daß dieser Kaffee gewiß aus der Zauberküche eines indischen Prinzen stammt und daher völlig orientiert ist, ist ein solcher Genuß sicher nicht zu verachten. Wir allerdings als notorische Schwelger haben den kostbaren Trank nicht zu kosten bekommen und mußten uns mit der sämmerlichen Erinnerung trösten, daß die schöne Sulamith, des Zaubereis Gefährtin, uns bei früherer Gelegenheit eine süße Apfelsine auf die Schulter geworfen hat. Neben derartigen, jedermann belustigenden Künstlern führt von Ali Bey auch solche vor, bei denen einem das Grausen packt. Es ist nichts Kleines, zu sehen, wie dem indischen Magier plötzlich der Kopf vom Kumpfe verschwindet und nebenan auf dem Tisch Platz nimmt. Bei einem Künstler, der solche Leistungen vollbringt, kann es auch nicht wunder nehmen, wenn er sich sprachlich auf eine ungewöhnliche Weise ausbildet. Und ist mancher kunstbesessene Orientaler vor Augen gekommen, aber keiner, der die deutsche Sprache so germanisch-berlinisch rein wie von Ali Bey zu sprechen verstanden hat.

**Orchesterverein.** In der Varietät werden Mittwoch, 7. Mai, um 10 Uhr, Herr Musikdirektor Dietel, Hr. Clara die Preire, Frau Maria Bunt, Hr. Luise Gahr, der Violinist Herr Hans Bassanus und der Organist Herr Paul Hener Kompositionen von Bach, Mendelssohn, Chopin, Schumann, Hoff, v. Herzogenberg und Dietel vortragen. Der Eintritt ist frei.

**Feuerbericht.** Sonntagsabend kurz nach 7 Uhr wurde die Wehr nach der Königstraße 61 gerufen. Hier war aus noch nicht ermittelter Ursache in einem Keller Feuer ausgebrochen, das in kurzer Zeit Gekörbe, Kisten, Verpackungsmaterial etc. erfaßte. Die Wehr mußte daher längere Zeit mit einer Schlauchleitung Wasser geben, um die Flammen zu ersticken. Kurz darauf hatten in der Bernauerstraße 31 Gardinen und Kleidungsstücke Feuer gefangen. Gegen 9 Uhr mußte in der Wäldersstraße 104 ein Küchenbrand beseitigt werden, der in der Hauptkammer Möbel beschädigte. Früh 8 Uhr war in der Frankfurter Allee 3 in einer Hofstube eine Holzwaage in Brand geraten, dessen Abbläsung indes bald erfolgte. In der Nacht zum Sonntag gingen in der Moritzstr. 1 Lumpen usw. in einem Keller in Flammen auf, die jedoch noch im Keime erstickt werden konnten. Kurz nach Mitternacht mußte in der Oranienstr. 60 ein Brand abgelenkt werden, der den Fußboden, Schabede und die Ballenlage ergriffen hatte. Sonntagabend 10 Uhr hatte die Wehr in der Meyerstraße 25 zu thun, um einen Kellerbrand zu beseitigen, der in der Hauptkammer Lumpen zerstörte. Außerdem hatte die Wehr im Laufe des Sonntags noch Alarmierungen von der Petersburgerstraße 79 und der Prenzlauer Allee 3 zu verzeichnen. In beiden Fällen handelte es sich um kleinere Brände, deren Abbläsung in kurzer Zeit erfolgen konnte.

**Aus den Nachbarnorten.** Bei der Gemeindevertreter-Wahlwahl erhielten Herr Jung (Wiederwahl) 104 Stimmen, Herr Thurow (Wiederwahl) 60 Stimmen und Herr Brille 58 Stimmen. Die Stichwahl zwischen Jung und Thurow findet am Mittwoch, den 14. Mai, nachmittags zwischen 5 und 8 Uhr statt. Die ungünstige Wahlzeit am Donnerstag und die Ausperrung wegen der Wehr für die letzten Tage der vergangenen Woche haben viele Arbeiter von der Wahl ferngehalten und brachten uns einen Verlust von 16 Stimmen gegen die Wahl im März. Der beabsichtigte Zweck ist diesmal erreicht.

reicht. In auffallend korrekter Weise verhielt sich der Wahlvorstand, der bei dieser Wahl nicht, wie früher, die Rechte der Wähler beschnitt. Unsere kräftige Kritik hatte gefruchtet. Unser Genosse im Wahlvorstand sprach sich gegen die Gültigkeit von 24 Stimmen der Antipartei aus.

**Zur Eingemeindung Lichtenbergs.** Ein Berichterstatter meldet: Die Verhandlungen zwischen dem Berliner Magistrat und dem Lichtenberger Gemeindevorstand wegen Eingemeindung dieses Vorortes in die Reichshauptstadt sind jetzt soweit gediehen, daß es sich nur noch um den Abschluß eines Vertrages und die Entschickung der Regierung handelt. Sowohl der Berliner Magistrat als die Gemeindevorstand von Lichtenberg haben sich Abschriften von Verträgen kommen lassen, die zwischen beiden Großstädten und deren Vororten aus Anlaß der Eingemeindung abgeschlossen wurden. Sofern über den abzuschließenden Vertrag eine Einigung erzielt wird, dürfte sich die Berliner Stadtverordneten-Versammlung wahrscheinlich schon im nächsten Monate mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben. Die Verhandlungen werden keineswegs an der allgemeinen für zu hoch erachteten Forderung von 670 000 M. scheitern, welche der Kreis von Lichtenberg für den Fall des Anschlusses der Ortschaft an den Kreisverband, verlangt. Lichtenberg wird darauf nicht eingehen und eventuell im Verwaltungsstreitverfahren die Festsetzung einer geringeren Entschädigung zu erzielen suchen. Zweifelhaft ist noch, ob auch die Genehmigung des preussischen Landtags erforderlich ist. So lange die Staatsbehörden zu der Frage noch nicht Stellung genommen haben, erscheint jedenfalls das Schicksal des Projektes unsicher.

**Bootsunfall auf dem Müggelsee.** Durch das Eingreifen eines Seglers sind Sonntag auf dem Müggelsee fünf Menschenleben gerettet worden. Fünf Ruderer vom Friedrichshagen Ruderklub, welche von Rahndorf kamen, wurden mit ihrem Fahrzeug auf dem Müggelsee von einer Sturzwaile erfaßt, das Boot schlug um, und die fünf jungen Leute wären unrettbar verloren gewesen, wenn nicht die Jungsleute eines Segelbootes, welche von der Ferne die schlimme Situation erkannten, mit ihrem Fahrzeug zur Hilfe geeilt wären. Mit Aufbietung ihrer Kräfte gelang es, die mit den Wellen kämpfenden fünf Ruderer in das Segelboot zu retten und glücklich ans Land zu bringen. Sie wurden im Restaurant Bellevue ans Land gesetzt und erhielten sich nach längerer Zeit, nachdem sie mit ihnen bereitwillig gebliebenen trockenen Sachen versehen waren. Die auf dem Müggelsee errichtete Rettungsstation konnte nicht rechtzeitig zu Hilfe eilen, da sie wegen der weiten Entfernung mit ihrem Ruderboot nicht so schnell die Strecke zurücklegen konnte.

**Ein Hauseinsturz** erfolgte gestern vormittag 1/9 Uhr in R. Adersdorf. Dort wird in der Straße Am Kanal der Neubau eines Wohnhauses vorbereitet. Bei den Fundamentierungsarbeiten drang nun so tief in die Erde, daß die Grundmauern des Nachbarhauses, eines einstöckigen Wohngebäudes, bloßgelegt wurden und den Halt verloren. Es dauerte nicht lange, bis die Seitenwand des alten Hauses infolge der Unterminierung ins Wanken kam. Als die Wände plötzlich stöckende Risse bekamen, suchten die Bewohner des Hauses voller Angst ins Freie zu flüchten. Doch schon im nächsten Augenblick brach das Haus zusammen, und die Mietsparteien sahen sich mit ihrer Habe im wahren Sinne des Wortes „auf die Straße gesetzt“, ohne daß eine Person einen bemerkenswerten Schaden genommen hätte. Es hatte nur die Vorder- und eine Seitenwand nachgegeben und die Zimmerdecke, die die Bewohnerschaft des Hauses trug, brach nach der Straßenseite zusammen. Zum Glück waren die unteren Räume im Augenblick des Einsturzes unbesetzt. Ein Langschläfer kam beim Einsturz, ebenfalls ohne Schaden zu nehmen, in seinem Bett ins Freie.

**Gerichts-Beitrag.** Ein kleiner Zeitungsausschnitt half zur Ermittlung einer Kindesmörderin geführt. Die Gestalt in der Person des 21-jährigen Dienstmädchens Elise Serredzun vor dem Schwurgericht des Landgerichts I stand. Letzteres begann unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Grotke eine neue Sitzung. Am 25. März wurde in einer Thorweg-Ritze des Hauses Falkenbergstr. 78 eine Pappschachtel vorgefunden. Als man sie öffnete, zeigte sich darin die in Papier gewickelte Leiche eines neugeborenen Mädchens, dem die Kehle mehrmals durchschnitten war. Die Pappschachtel war in mehrere Zeitungsbüchlein eingewickelt, darunter befand sich auch ein solches, aus welchem ein kleines Zerkleinertes ausgeschnitten war. Dieser anscheinend unbedeutende Umstand sollte zur Ermittlung der Mutter des ermordeten Kindes führen. Kriminalkommissar Braun stellte fest, daß an der betreffenden Stelle der Zeitung eine Annonce stand, durch welche leistungsfähige Holzwaagenfabriken gesucht wurden. Die polizeilichen Recherchen richteten sich

min auf alle derartige Fabriken und es wurde schließlich der Verdacht der Täterschaft auf die Angeklagte gelenkt, die in der Landberger Allee bei einem Fabrikanten G. diente. Das Mädchen war fleißig, arbeitsam und ehrlich, und ihre Herrschaft war aufs höchste erstaunt, als der Kriminalkommissar dem Mädchen auf den Kopf zusagte, den Kindesmord begangen zu haben. Sie leugnete zuerst, als aber in ihrer Kammer eine blutige Schere vorgefunden wurde, gestand sie die That ein. Auch gestern war sie unter den Zeugen der tiefsten Reue gestanden. Weder von ihren Angehörigen, noch von ihrer Herrschaft ist das geringste bemerkt worden, was darauf hindeutete, daß die Angeklagte sich in anderen Umständen befand; sie hat auch nach der heimlichen Geburt des Kindes un verändert ihren Dienst verrichtet. Sie behauptete, daß sie von ihrem Zustande selbst gar keine Ahnung gehabt habe und deshalb von der Geburt völlig überrascht worden sei. Als das Kind zu schreiben begonnen, habe sie Angst und Verzweiflung gepackt, und ohne zu wissen, was sie that, habe sie mit der Schere dem Kinde die Kehle durchgeschnitten. Nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Mitzing war das Kind lebensfähig gewesen. Staatsanwalt Reizer und Rechtsanwält Stachowski empfahlen den Schwurjuroren übereinstimmend die Jubilierung milderer Umstände; diese wurden der Angeklagten auch gewährt. Das Urteil lautete auf zwei Jahre Gefängnis.

**Wegen Unterschlagung städtischer Gelder** stand gestern der interimsistische Inspektor der zweiten städtischen Gasinspektion Ernst Kulide vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte stand unmittelbar vor seiner Anweisung als Revier-Inspektor. Am 22. Januar wurde bei einer Revision der von dem Angeklagten verwalteten Kasse ein Fehlbetrag von 4180 M. festgestellt. Er gab zu, etwa 3000 M. unterschlagen zu haben, behauptete aber, daß ihm 1000 M. auf unbegreifliche Weise abhanden gekommen seien. Dieser Verlust, in Verbindung mit mißlichen häuslichen Verhältnissen, habe ihn auf die schiefste Ebene gebracht. Als Jungsgeselle sei er verschuldet gewesen, er habe geglaubt, durch seine Heirat in geordnete Verhältnisse zu kommen, er habe sich über seine Kräfte in Möbel-Verträgen engagiert, dann sei seine Frau krank geworden und er sei manchmal in die Lage gekommen, bei seinen untergebenen Schulden zu stehen. Da seine Anweisung unmittelbar bevorstand, habe er seine Schulden decken wollen und die ihm anvertrauten Gelder angegriffen, in der festen Absicht, nach seiner Anstellung den Fehlbetrag zu ersetzen. — Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten, der das ihm von der Verwaltung entgegengebrachte Vertrauen in der erheblichsten Weise mißbraucht habe, ein Jahr Gefängnis. Rechtsanwält Dr. Schwindt empfahl den Angeklagten der möglichst milden Beurteilung, da er nicht durch hiesigen Lebenswandel, sondern durch mißliche häusliche Verhältnisse erkrankt auf neun Monate Gefängnis.

**Eingegangene Druckchriften.** Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 31. Heft des 10. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervor: Zeits-Geldes — Aristokratien. Von Karl Kautsky. 5. Die Veränderungen im Charakter der Reichen. (Schluß). — Rentabilität im Ruhrbergbau. Von Wilhelm Dörmel. — Die Straß in Italien in den Jahren 1900 und 1901. Von Alessandro Schiavi (Rom). — Sozialpolitische Umwälzung. Von Emanuel Wurm. — Splitter. — Literarische Rundschau: Thesen, Dr. Beiträge zur Geschichte des Handwerks in Preußen. — Notizen: zehn Jahre Unfallversicherung in Oesterreich. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Colportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspredikste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 3389 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die Nr. 10 seines 19. Jahrganges erscheinen lassen. Das farbige Titelbild „Germania in Bedrängnis“ zeigt in Anlehnung an das bekannte Motiv der „Suzanna im Bad“ die den Hüften der Karyatide und des Centrums ausgelassene Germania, der nur im Rücken der deutschen Völk, ein Retter aus ihrer Lage ersehen kann. Das farbige Titelbild zeigt zwei Bilder aus dem Leben eines Wohlhabenden der „Wahrheit“ in eine Satire auf das Verbalten Krumpfs, der in seinen deutschen Fabriken die Arbeiter immer intensiver ausbeutet und gleichzeitig auf Capri den Wohlthäter spielt. Das schwarze Titelbild „Und der Wohlthäter zum Deutschen Reich“ zeigt Bülows als einen Reiner, der es seinem feinen Geiste, den Parteien des Reichstags, recht zu machen versteht. Ein zweites schwarzes Titelbild „Das Duell“ zeigt ein Duell zwischen zwei Männern, welches die herrschende Moral anwendet, indem sie das Duell nicht dem gewöhnlichen Nothwehrverbrechen gleichstellt, während es doch in Wirklichkeit nichts anderes ist. Des weiteren enthält die Nummer eine Novelle „Der Weinberg“. Außerdem ist die politische Satire noch reich in Wort und Bild in der 10. Seiten starken Nummer vertreten, so daß wir unsern Lesern die Anschaffung derselben nur empfehlen können. Der Preis der Nummer ist 10 Pfennig.

**Deutscher Buchbinder-Verband.** (Zahlstelle Berlin.) Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege der Geschäftsführer **Oskar Evers** am Sonntagabend verstorben ist. Obre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Elisabeth-Gemeinde, Prinzen-Allee, aus statt. 23/19 Um rege Beteiligung ersucht Die Erbsverwalter.

**Orts-Krankenkasse der Bildhauer, Stuccateure und verwandter Gewerbe zu Berlin.** **Bekanntmachung.** Mittwoch, 14. Mai, im Lokal Kamenstr. 16: — Außerordentliche — **General-Versammlung** Tagesordnung: 1. Uebernahme der Geschäftsleitung über die Höhe der Beiträge und Sterbegelder zur dritten Statutenänderung. 2. Geschäftliche Mitteilungen. 3. Vortrag von Herrn Dr. Böhm, zu welchem auch die Mitglieder hierdurch eingeladen werden. 27/19 **Der Vorstand.** H. K.: Conrad Storch, Vorsitzender.

**II. Nachtrag** zur Bilanz vom 26. März 1902. Die Kassabücher der Genossen hat sich im Laufe des Geschäftsjahres nicht vermehrt, sondern durch Tod eines Genossen um fünf Mark vermindert. Geschäftsbücher betragen 85 M. Kassabücher 85 M. am Schluß des Geschäftsjahres. Mitgliederbestand am 1. Oktober 1901: 17. **Berliner Genossenschafts-Bäckerei** (Gingelt, Wen. u. Bekker, Ostplatz). **Der Vorstand.** Franz Schornath. Paul Lenz.

**Orts-Krankenkasse der Cigarrenmacher, Cigarrenfortierer und deren gewerbliche Hilfsarbeiter zu Berlin.** Durch Beschluß des Bezirks-Ausschusses zu Berlin vom 13. März 1902 ist die VII. Abänderung des Statutensatzes, Abänderung der §§ 2, 5, 10, 20, 31 wegen der durch Urtheil der Stadt Berlin vom 7/14. Oktober 1901 frantenversicherungsrechtlich gewordenen selbstständigen Hausgewerbetreibenden genehmigt. 24588 Die Abänderung tritt vom 1. Januar 1902 in Kraft. **Der Vorstand:** M. Ködler.

**Orts-Krankenkasse der Kürschner und verwandten Gewerbe zu Berlin.** **Bekanntmachung.** Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß die von der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. Januar 1902 beschlossene zweite Abänderung zum revidierten Statut (letztens des Bezirks-Ausschusses unter dem 9. April cr. genehmigt ist. Die Einbringung der Abänderung an die Mitglieder erfolgt gemäß den Bestimmungen des § 67 Abs. 1 des revidierten Statuts. 27/20 **Der Vorstand.** H. K.: G. Seldenkranz, Vorsitzender.

**Charlottenburg.** **F. Kunstmann, Wallstr. 1.** **Uhren und Goldwaren!** **Grossartige Auswahl!** Billigste Preise! Reelle Garantie!

**ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN** Ausstellung für Feuerschutz Berlin 1901 **GOEDENE MEDAILLE** Höchster Preis.

**Schmöckwitz Gasthaus zur Palme** (Endstation der „Stern“-Dampfer) **Inhaber: Hermann Peter.** Grünau Nr. 39. Empfehlung mein unbekanntes, herrlich an Sand und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen. Aufschwammung und Dampfbesetzung, Kegelbahnen, große Kaffeeküche. Gute Küche und schlagfertigste Biere zu soliden Preisen. [36772]

**„Wanzenfeind“** in der Flasche“ **„Mottenfeind“** im Beutel“ **„Schwabenfeind“** im Streu-Turm“ **Unfehlbar sicher** **Allein-Vorkauf:** Fabrikant Fernspr.: Amt 7 a, 6331. Von 1 Mark an frei Haus, anwärts gegen Nachnahme! **Th. Schmiedel** **Gesetzlich geschützt!** Neue Königsstr. 53, 1. (Alexanderplatz.)

**Honig!** Bienenhonig, schöne helle Tafelware, verl. die 10 Pfundbottle zu 8,50 M., 5 Pf. 4 M. franco. Garanti. Reine. Reelle Bedienung zugesichert. 40912 **E. Reil, Nordloh, Bohndorf, Wagnersche Dübendg.** **Dr. med. Schaper** homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f. **Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.** Königsgrätzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7. **Dr. Schünemann,** Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. **Seydelstr. 9.** 1/12-1/3, 1/6-1/8. **Möbel** auf Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung liefert die Möbelwerk **A. Krause, Schützenstr. 2.**

**Singer Nähmaschinen** Paris 1900: „Grand Prix“ Höchste Auszeichnung! **Singer Nähmaschinen** sind musterhaft in Konstruktion und Ausführung. **Singer Nähmaschinen** sind unentbehrlich für Hausgebrauch und Industrie. **Singer Nähmaschinen** sind in den Fabriksbetrieben die am meisten verbreiteten. **Singer Nähmaschinen** sind unerreicht in Leistungsfähigkeit und Dauer. **Singer Nähmaschinen** sind für die moderne Kunststickerei vorzüglich geeignet. Unentgeltliche Unterrichtskurse in allen häuslichen Näharbeiten, wie in moderner Kunststickerei. Lager von Stoffeide in großer Farbauswahl. Elektromotoren für einzelne Maschinen zum Hausgebrauch. **Hauptgeschäft:** **Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.** BERLIN, Kronen-Strasse 11. Erstes Detailgeschäft: BERLIN, Leipziger-Strasse 92 **Filialen in allen Stadtgegenden.**

**Kraus- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Strasse 2.** etc. ent-fernt un-schädl. das gesetzlich geschützte echte Bräunings Entharungspulver, Dose M. 2.- u. 30 Pf. für Porto, 2 Dosen M. 4.- gegen Vor-einsendung od. Nachnahme. Carl Reissner, Tongasse 21 Frankfurt a. M. 7. 101/2

**Gesichtshaare** etc. ent-fernt un-schädl. das gesetzlich geschützte echte Bräunings Entharungspulver, Dose M. 2.- u. 30 Pf. für Porto, 2 Dosen M. 4.- gegen Vor-einsendung od. Nachnahme. Carl Reissner, Tongasse 21 Frankfurt a. M. 7. 101/2

**Gchte Filzhüte** neueste Moden **größte Auswahl** **erstaunlich billige Preise** **auch Einzelverkauf** **im Special-** **Hut-Engroslager** Neue Königsstrasse 48, 1 Treppe, nächst dem Alexanderplatz.

**Bruch-Pollmann** empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensoren, (sowie sämtl. Artikel zur Krankenpflege. **Eigene Werkstatt.** Eisenwerk-Ordn.-u. Hilfs-Krankenkassen Berlin G. [37902] **30. Finien-Strasse 30.** **Zahn-Klinik,** beliebige Zeit-jahrlang. Invaliden- **Olga Jacobson, strasse 145** **Bad Reinerz** **Dr. Stern** Preise: beliebige Zeit-jahrlang. Invaliden- strasse 145